Amputierte Meinungsfreiheit S. 2

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

Nr. 45 – 9. November 2018

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

45
4 191814 302704



Der Umgang mit der Opposition wird rauer: Wahlplakate werden mittlerweile serienweise zerstört Bild: Ullstein

AfD in grotesker Lage

Drohende Beobachtung durch den Verfassungsschutz verwirrt Anhänger

Sie waren angetreten, die Rechtsordnung der Republik, die sie bedroht sehen, zu verteidigen. Nun droht eine groteske Situation.

Die AfD sieht sich immer heftigerem Druck ausgesetzt. Nachdem die Partei nun ins EU-Parlament, den Bundestag und alle Landtage eingezogen ist, werden die Rufe immer lauter, die neue Formation müsse vom Verfassungsschutz beobachtet werden. Befürworter einer solchen Beobachtung sagen, Teile der AfD pflegten ein „ungeklärtes Verhältnis“ zu verfassungsfeindlichen Personen oder Gruppen oder äußerten sich selbst in einer Weise, die solche Bestrebungen nahelegten.

Die AfD-Führung hat am Montag in einer Pressekonferenz geantwortet, dass man selbst gegen verdächtige Strömungen in der eigenen Partei konsequent vorgehe, desgleichen aber bei anderen Parteien, namentlich SPD und Grünen, vermisse, welche auf Demonstrationen den Schulterschluss mit gewaltbereiten Linksextremisten suchten. Dabei beriefen sich die Parteichefs Jörg Meuthen und Alexander Gauland auch auf den scheidenden Chef des Bundesverfassungsschutzes, Hans-Georg Maaßen. Dieser hatte auf seiner Abschiedsrede vor europäischen Geheimdienstchefs in Warschau am 18. Oktober laut Manuskript vor „linksradikalen Kräften in der SPD“ gewarnt.

> Maaßen warnt vor »linksradikalen Kräften in der SPD«

Für Wirbel sorgte ein Gutachten des Staatsrechtlers Dietrich Murswiek, das die AfD selbst in Auftrag gegeben hatte. Darin hat Murswiek vor der Verwendung einiger Vokabeln wie „Volkstod“ oder „Altparteien“ gewarnt, weil diese von AfD-gegnerischer Seite als Ausdruck von zu viel Radikalität gewertet werden könnten. Anders als zunächst behauptet, betrachtet der Staatsrechtler selbst die Begriffe aber keineswegs als „verfassungsfeindlich“, wie er klarstellte.

Anhänger und Mitglieder der AfD finden sich in eine aus ihrer Sicht groteske Situation gestellt. Dem eigenen Anspruch nach ist die AfD nicht angetreten, um die Rechtsordnung Deutschlands anzugreifen, sondern im Gegenteil, um diese Ordnung zu bewahren und zu verteidigen.

Auslöser der Parteigründung war die „Euro-Rettung“, die in den Augen der AfD gegen geltendes deutsches und europäisches Recht verstoßen habe. Weiteren Schub verlieh der neuen Partei die Grenzöffnung seit 2015, in welcher das AfD-Lager einen massiven Bruch des Einreise- und Aufenthaltsrechts erblickt.

Die Grünen-Fraktionsvorsitzende Katrin Göring-Eckardt sagte vor genau drei Jahren: „Unser Land wird sich ändern, und zwar drastisch. Und ich freue mich drauf!“ Diese „Veränderung“ sehen AfDler auch, nur dass sie sie nicht freudig, sondern mit äußerster Skepsis verfolgen. So sieht sich die Partei als zutiefst bewahrend, also konservativ an, sowohl hinsichtlich des Landes als auch des Staates und seiner Ordnung, weshalb eine Attacke durch staatliche Organe, als welche eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz gesehen würde, völliges Unverständnis auslöst. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Ein Vorbild

Martin von Tours ist ein Vorbild für alle humanistisch gesinnten Menschen. Die vielen ihm nachgesagten barmherzigen Taten machten ihn zu einem der bekanntesten Heiligen des Christentums. Ihm zu Ehren wird am Tag seiner Grablegung, dem 11. November, allerorten in Mitteleuropa der Martinstag begangen. Dazu gehören Umzüge, Lichterprozessionen, ein Gansessen und anderes Brauchtum, das von Region zu Region variiert.

Allerorten? Das war einmal. An vielen Orten in Deutschland wird statt des über Jahrtausende überlieferten Brauchs mittlerweile ein „Lichterfest“ oder ein „Sonne-, Mond- und Sternefest“ gefeiert. Damit sich die vielen Muslime im christlichen Abendland nicht vor den Kopf gestoßen oder ausgegrenzt fühlen. Das sei vorauseilender Gehorsam, wird gelegentlich kritisch angemerkt. Wenn, dann allerdings Gehorsam vor einer Minderheit, denn die Mehrheit der Zuwanderer hat nichts dergleichen gefordert. Es ist paradox, dass die Protagonisten der christlichen Selbstverleugnung für sich in Anspruch nehmen, besonders eifrig für kulturelle und religiöse Vielfalt einzustehen. Denn gerade das tun sie nicht. Wenn man aus diffuser Angst, jemandes Gefühle zu verletzen, Aspekte einer bestimmten Kultur oder Religion – nämlich der eigenen – nicht mehr vermittelt, fördert man das Gegenteil von Vielfalt und Zusammenhalt der Gesellschaft. Man schürt sogar die Abneigung gegen solche Personengruppen, derentwegen man auf die Pflege seiner christlichen Traditionen verzichten soll.

Kein anderes christliches Fest eignet sich so gut wie das Martinsfest, Menschen unterschiedlicher Konfessionen und Weltanschauungen zusammenzubringen. Für sie alle ist Martin ein Vorbild – auch für Muslime.

Hohe Ehrung für Fabritius

Bundesbeauftragter erhält rumänische Sonderauszeichnung

Die rumänische Ministerin für Angelegenheiten der Rumänen im Ausland, Natalia-Elena Intotero, hat Bernd Fabritius, Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten sowie Präsident des Bundes der Vertriebenen, die Sonderauszeichnung „100 Menschen für Rumänien“ in Gold überreicht. Diese wurde aus Anlass des 100-jährigen Jubiläums der Gründung des modernen rumänischen Staates geschaffen und an 100 Persönlichkeiten vergeben, die sich um Rumänien verdient gemacht haben. Insgesamt ehrte die eigens dafür nach Berlin gekommene Ministerin zehn Menschen in Deutschland, darunter den 1962 in Arad geborenen Physiker und Nobelpreisträger Stefan Hell sowie den Präsidenten der Tabaluga Kinderstiftung, Peter Maffay, der aus Brasov stammt.

Fabritius wurde 1965 in Agnetheln, Siebenbürgen, geboren und kam 1984 gemeinsam mit seinen Eltern in die Bundesrepublik. Hier engagiert sich der promovierte Jurist seit Jahren als Präsident der Föderation der Siebenbürger Sachsen in aller Welt, Bundesvorsitzender des Verbandes der Siebenbürger Sachsen in Deutschland und seit 2014 als Präsident des Bundes der Vertriebenen. Außerdem lehrt er als assoziierter Professor an der Juristischen Fakultät der Lucian Blaga-Universität sowie der Deutsch-Rumänischen Universität für Rechtswissenschaften und Europäische Institutionen in Hermannstadt.

Fabritius, der von 2013 bis 2017 als CSU-Abgeordneter dem Deutschen Bundestag angehörte, erhält die Auszeichnung in erster Linie für seinen Einsatz für die grenzüberschreitende Verständigung sowie die Siebenbürger Sachsen in aller Welt. In seiner Dankesrede betonte er, dass er die Auszeichnung nicht als Privatperson, sondern nur stellvertretend für die mehreren hunderttausend Angehörigen der deutschen Minderheit in und aus Rumänien annehme. Die Volksgruppe habe in der rumänischen Geschichte stets eine wichtige Rolle gespielt. Ohne deren Beitrag sei der moderne rumänische Staat nicht denkbar. *J.H.*

Defizit verringert

Positive Entwicklung sowohl in der EU als auch im Euro-Raum

Das öffentliche Defizit und der öffentliche Schuldenstand haben sich relativ gesehen sowohl in der Europäischen Union (EU28) als auch im Euroraum (ER19) im Vergleich zu 2016 verringert. Das geht aus den von Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Union, veröffentlichten Daten zum öffentlichen Defizit und öffentlichen Schuldenstand hervor. Grundlage sind die Angaben, welche die EU-Mitgliedstaaten in der zweiten Datenmeldung im Jahr 2018 für die Jahre 2014 bis 2017 im Rahmen des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit übermittelt haben.

Gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) verringerte sich das öffentliche Defizit in der EU von 1,7 Prozent im Jahr 2016 auf 1,0 Prozent im Jahr 2017 und im Euroraum von 1,6 Prozent auf 1,0 Prozent.

Die Bundesrepublik Deutschland verzeichnete im Jahr 2017 einen öffentlichen Überschuss von einem Prozent ebenso wie Malta von 3,5 Prozent, Zypern von 1,8 Prozent, Schweden von 1,6 Prozent, Tschechien von 1,5 Prozent, Luxemburg von 1,4 Prozent, die Niederlande von 1,2 Prozent, Bulgarien und Dänemark von jeweils 1,1 Prozent, Kroatien von 0,9 Prozent, Griechenland von 0,8 Prozent, Litauen von 0,5 Prozent und Slowenien von 0,1 Prozent. Zwei Mitgliedstaaten wiesen ein Defizit von drei Prozent oder mehr des BIP auf, nämlich Spanien mit einem Minus von 3,1 Prozent und Portugal mit 3,0 Prozent.

Gemessen am BIP sank der öffentliche Schuldenstand in der EU von 83,3 Prozent zum Ende des Jahres 2016 auf 81,6 Prozent Ende 2017 und im Euroraum von 89,1 Prozent auf 86,6 Prozent.

In Deutschland ging die Verschuldungsquote von 67,9 Prozent auf 63,9 Prozent des BIP zurück. Die höchsten Verschuldungsquoten wurden in Griechenland (176,1 Prozent), Italien (131,2 Prozent), Portugal (124,8 Prozent), Belgien (103,4 Prozent), Frankreich (98,5 Prozent) und Spanien (98,1 Prozent) registriert. *J.H.*

MELDUNGEN

Straftaten durch Immigranten

Berlin – Die Bundesländer haben für das Jahr 2016 sechs politisch motivierte Straftaten durch Tatverdächtige mit dem Status „Asylbewerber/Flüchtling“ zum Themenfeld „gegen Asylunterkünfte“ gemeldet. Im Jahr 2017 sowie im ersten Halbjahr 2018 meldeten die Länder keine entsprechenden Straftaten. Das teilt die Bundesregierung auf Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion mit. Wie aus der Drucksache weiter hervorgeht, meldeten die Bundesländer für das Jahr 2016 insgesamt 217 politisch motivierte Straftaten von Tatverdächtigen mit deutscher Staatsangehörigkeit zum Themenfeld „gegen Asylunterkünfte“. Für das Jahr 2017 seien 71 und für das erste Halbjahr 2018 bislang 16 solcher Straftaten gemeldet worden. Ferner wurden für das Jahr 2016 von den Ländern 115 politisch motivierte Straftaten „zwischen Asylbewerbern/Flüchtlingen“ gemeldet, für das vergangene Jahr 84 Straftaten und für das erste Halbjahr 2018 bislang 39 Straftaten. Die Zahl der für das Jahr 2016 gemeldeten politisch motivierten Straftaten gegen „Asylbewerber/Flüchtlinge“ durch deutsche Staatsangehörige belauft sich für das Jahr 2016 auf 1569, für das Jahr 2017 auf 1095 und für das erste Halbjahr 2018 bislang auf 457 Straftaten. Des Weiteren meldeten die Bundesländer laut Vorlage für das Jahr 2016 26 politisch motivierte Straftaten „gegen deutsche Staatsangehörige (Verletzte), bei denen der Tatverdächtige den Status ‚Asylbewerber/Flüchtling‘ hatte“. Für das Jahr 2017 seien 16 und für das erste Halbjahr 2018 bislang 18 solcher Straftaten gemeldet worden. Die Bundesregierung weist in ihrer Antwort ausdrücklich darauf hin, dass sich die genannten Zahlen für das erste Halbjahr 2018 aufgrund von Nachmeldungen durch die Bundesländer teilweise noch „erheblich verändern“, also erhöhen könnten. *J.H.*

EGMR amputiert Meinungsfreiheit

Der Menschenrechts-Gerichtshof hat ein weiteres Stück des Weges zur Islamisierung Europas geebnet

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat am 25. Oktober unter dem Vorsitz der deutschen Richterin Angelika Nußberger ein Urteil erlassen, das eine Richtungsänderung seiner bisherigen Rechtsprechung zur Meinungsfreiheit zur Folge haben wird und von weitreichender Bedeutung für die 47 davon betroffenen europäischen Staaten sein kann. Darin wird die Meinungsfreiheit zugunsten der Religion des Islam deutlich eingeschränkt.

Dem Urteil liegt der Fall der Österreicherin Frau S. zugrunde, die im Rahmen eines im Jahre 2008 für jedermann offenen mehrtägigen Seminars zum Thema „Grundlagen des Islam“ auch auf das Leben des Propheten Mohammed einging. Sie stellte dabei die Frage, wie man es denn anders nennen könne als Pädophilie, wenn Mohammed als 56-Jähriger ein sechsjähriges Mädchen geheiratet und mit ihm drei Jahre später den Geschlechtsverkehr vollzogen habe. Sie meinte auch, dass Mohammed „nun mal gerne mit Kindern ein bisschen was hatte“. Frau S. wurde daraufhin mit einer Strafanzeige konfrontiert, in deren Ergebnis sie 2011 von einem Wiener Strafgericht wegen „Herabwürdigung religiöser Lehren“ gemäß Paragraf 188 des österreichischen Strafgesetzbuches zu einer Geldstrafe von 480 Euro verurteilt wurde. Da sowohl die Berufung als auch ein Antrag vor dem Obersten Gerichtshof scheiterten, wandte sich Frau S. unter Berufung auf die in der Europäischen Menschenrechtskonvention verankerte Meinungsfreiheit an den EGMR. Sie führte aus, dass ihre 2008 getroffenen Feststellungen auf Tatsachen basierende Werturteile gewesen seien, die als Diskussionsbeitrag zu einer öffentlichen Debatte beigetragen hätten, jedoch nicht auf eine Diffamierung des Propheten abzielten.

Der EGMR schloss sich in seinem Urteil vom 25. Oktober im Wesentlichen der Begründung der österreichischen Gerichte an. Er legte dar, dass prinzipiell keine Religion oder deren Anhänger von Kritik ausgenommen seien und diese auch Meinungsäußerungen über die Ablehnung ihrer religiösen Überzeugungen zu akzeptieren hätten. Wenn allerdings Äußerungen die Grenzen ablehnender Kritik überschreiten würden, dürfe ein Staat in angemessener Weise die Meinungsfreiheit einschränken. Vorliegend habe Frau S. diese Grenzen überschritten. Deshalb sei ihre Verurteilung rechtens gewesen.



Bild: pa

Seit 2017 Vizepräsidentin am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte: Angelika Nußberger

Obgleich das Gros der Islamwissenschaftler davon ausgeht, dass die Ehe des Propheten mit einem sechsjährigen Mädchen namens Aisha – nicht zuletzt durch zahlreiche Berichte von Zeitzeugen – historisch belegt ist, bestreitet der EGMR ohne nähere Begründung den Wahrheitsgehalt dieses Umstands. Der Gerichtshof meint stattdessen, dass Frau S. sich dessen hätte bewusst sein müssen, dass ihre Äußerungen geeignet sein konnten, „die religiösen Gefühle“ von Moslems zu verletzen. Ihre provokante Darstellung sei geeignet gewesen, dass Moslems sie als beleidigenden Angriff auf den Propheten verstehen, der es nicht wert sei, weiter verehrt zu werden. Dies gefährde den religiösen Frieden im Land. Der EGMR verzichtet darauf, der Frage nach dem Wahrheitsgehalt der Äußerung von Frau S. nachzugehen. Er stellt nur apodiktisch fest, dass diese Äußerung wegen fehlender Faktenbasiertheit nicht vom Schutzbereich der Meinungsfreiheit erfasst sei. Er bezweifelt auch, dass Frau S. eine offene Debatte darüber in Gang setzen wollte, obwohl Frau S. dafür die Tatsache hätte ins Feld führen können, dass ihre Äußerung in Frageform gekleidet war. Stattdessen verlegte der EGMR – ähnlich wie das Bundesverfassungsgericht in seinen beiden Kopftuchentscheidungen der Jahre 2015 und 2016 – das Problem vom objektiven in den schwer nachprüfbaren subjektiven Bereich der religiösen Gefühle. Damit entgleitet das Problem künftig einer seriösen richterlichen Kontrolle. Wie soll ein Richter künftig – abgesehen von offensichtlichen Fällen – feststellen, ob die Behauptung eines Moslems berechtigt ist, eine bestimmte Bemerkung oder ein bestimmtes Verhalten einer Person nicht islamischen Glaubens habe ihn in seinen „religiösen Gefühlen“ verletzt? Praktisch müsste ein Richter eine solche Behauptung dann regelmäßig zur Grundlage für eine Verurteilung nehmen. Da die Schwelle zum Beleidigtsein bei Muslimen erfahrungsgemäß ohnehin relativ niedrig anzusetzen ist – als Stichworte mögen Charlie Hebdo und dänische Karikaturen genügen –, ist zu erwarten, dass das EGMR-Urteil auch in der Bundesrepublik Deutschland seine Spuren hinterlassen wird. So kann wohl damit gerechnet werden, dass der der österreichischen Blasphemie-Regelung entsprechende Paragraf 166 des bundesdeutschen Strafgesetzbuches künftig durch vermehrte Klagen dem Dornröschenschlaf entrissen wird. Das Urteil des EGMR könnte nämlich hier lebende Muslime ermuntern, Strafanzeigen wegen der Verletzung ihrer religiösen Gefühle zu stellen. Andererseits – und das wiegt noch schwerer – ist das Urteil geeignet, „die schon länger hier Lebenden“ zu veranlassen, sich im öffentlichen Raum aus Furcht vor Sanktionen im Zweifel einer solchen Meinungsäußerung zu enthalten, die eventuell als Beleidigung von Moslems verstanden werden könnte. Das wäre ein weiteres Hindernis für den in diesem Land so bitter notwendigen offenen Diskurs. Somit hat der EGMR mit dieser Entscheidung die Meinungsfreiheit amputiert und damit seinen Ruf als Verteidiger der Meinungsfreiheit eingebüßt. Zugleich hat er ein weiteres Stück des Weges zur Islamisierung Europas geebnet.

Es mag dahin gestellt bleiben, ob es einen Zusammenhang zwischen diesem Urteil und dem Urteil der Großen Kammer des EGMR vom 1. Juli 2014 gibt, in dem das französische Gesetz über das Verbot der Vollverschleierung moslemischer Frauen mit großer Mehrheit als rechtmäßig bestätigt wurde.

Zu diesem Urteil hatte Richterin Nußberger bereits ihre Haltung klar zu erkennen gegeben, indem sie in einem Sondervotum das Verbot der Vollverschleierung ernsthaft unter anderem mit der Begründung ablehnte, dass eine Interaktion mit vollverschleierten Frauen auch ohne Augenkontakt sehr wohl möglich sei, denn hierzulande würde man ja auch mit Personen reden, die einen Ski- oder Motoradhelm tragen oder die sich mit einem Faschingskostüm verkleiden. Im Übrigen gebe es auch ein „Recht auf Nichtkommunizieren“.

Zugleich heißt es in dem Sondervotum, die Aufnahmegesellschaften müssten diesbezüglich noch toleranter werden, denn Toleranz sei ein Merkmal der Demokratie. *Gerd Seidel*

PAZ: *Neue Preise ab 2019*

Drei Jahre lang hat die *Preußische Allgemeine Zeitung* den Preis ihres Abonnements stabil gehalten. Nun zwingen uns steigende Kosten trotz strikter Ausgabendisziplin leider zur Anpassung der Bezugspreise. Zudem wird die *PAZ* im Abonnement im sogenannten Schnellläufernetz der Post befördert und befindet sich bereits ab Donnerstag in der Zustellung. Das ist zwar mit zusätzlichen Kosten verbunden, gewährleistet aber, dass die Abonnenten ihre Zeitung stets pünktlich erhalten.
Unser Inlands-Abopreis steigt ab 1. Januar 2019 von elf auf zwölf Euro im Monat, also 144 Euro im Jahr. Der Bezugspreis im Ausland steigt auf 14,50 Euro monatlich (18,50 Euro bei Versand per Luftpost). Am Kiosk kostet die *Preußische Allgemeine Zeitung* künftig 2,90 Euro.
Der Preis für das Online-Abo beträgt künftig 8,25 Euro, als E-Paper kostet die *PAZ* dann 1,20 Euro im Monat.
Soweit keine Einzugsermächtigung besteht, bitten wir unsere Abonnenten um rechtzeitige Anpassung von Daueraufträgen.
Auch nach dieser moderaten Preisanpassung bleibt die *Preußische Allgemeine Zeitung* die mit Abstand günstigste Wochenzeitung mit vergleichbarem journalistischen Angebot.

Streit um Ungarn in der Karpatenukraine

Kiew fürchtet, nach der Krim und dem Donbass auch noch die Oblast Transkarpatien zu verlieren

In der Regel sehen normale Staaten es ungern, wenn ihre Staatsangehörigen einen zweiten Pass besitzen, weil sich dann die Frage der Loyalität spätestens in dem Fall stellt, wenn die beiden Staaten in Konflikt miteinander geraten. So stößt der geplante österreichische Pass für Südtiroler in Rom auf eine ähnliche Ablehnung wie in Kiew der bereits in die Wege geleitete ungarische für die in der ukrainischen Oblast Transkarpatien lebenden Ungarn. Allerdings fallen die jeweiligen Reaktionen unterschiedlich heftig aus. Schließlich verbindet Italien und Österreich die gemeinsame Zugehörigkeit zu EU und NATO, Ungarn und die Ukraine hingegen nicht. Während man sich in Rom bislang auf Proteste beschränkt, kursiert in der Ukraine eine Todesliste mit den Namen von 313 ethnischen Ungarn, denen eine Gruppe von ukrainischen Rechtsextremisten mit engen Kontakten zum Geheimdienst vorwirft, einen ungarischen Pass angenommen zu haben.

In der Oblast Transkarpatien, welche die historische Region Karpatenukraine umfasst, leben neben Ukrainern, Ruthenen, Juden, Polen, Zigeunern, Deutschen, Russen und Slowaken auch Ungarn. Letztere stellen nach den Ukrainern die zweitgrößte Gruppe dar und bestehen auf einem Mindestmaß an Autonomierechten, besonders auf dem Recht, ihre Sprache zu sprechen.

Diese Forderung wird in Kiew nicht gerne gehört, schließlich war das Verbot, im Donbass Russisch zu sprechen, der Auslöser des Bürgerkrieges. Als vor einem halben Jahr in Galizien, speziell in Lemberg, die dortigen Polen ebenfalls kulturelle Autonomie verlangten, wurde das in Kiew tiefer gehängt, schließlich wollte man vermeiden, im eigenen Land zeitgleich zwei Bürgerkriege führen zu müssen. Jetzt also ist Transkarpatien dran.

Grund des Streits ist ein Gesetz, das vorsieht, ab dem Jahr 2020 nur noch die ukrainische als Unterrichtssprache zuzulassen. Dieses Gesetz trifft nicht nur die Ungarn, sondern alle Minderheiten in der Ukraine. Doch in Transkarpatien kam es zu antiungarischen Demonstrationen und Schändungen von Denkmalen der ungarischen Geschichte. Daher forderte der ungarische Außenminister Péter Szijjártó im vergangenen Jahr die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) dazu auf, Beobachter zu entsenden, um die Minderheit zu schützen. Viel gebracht hat das nicht.

Nun nämlich wurde der ungarische Konsul im transkarpatischen Zentrum Bergsaß (Berehowe) von Kiew zur „unerwünschten Person“ erklärt. Dem ungarischen Botschafter in Kiew, Ernö Keskeny, wurde eine entsprechende Note überreicht. Danach wurde die Ausweisung des Konsuls mit dem Artikel 23 des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen begründet, in dem von Tätigkeiten die Rede ist, „die nicht mit dem Status einer konsularischen Amtsperson übereinstimmen“. Gemeint ist damit das Ausstellen von ungarischen Pässen an ukrainische Staatsbürger.

„Einen entsetzlichen Tiefpunkt“, so klagt Ungarns Außenminister Szijjartó, habe Kiews Politik gegenüber dem gemeinsamen Grenzgebiet erreicht. Das erinnere an die „dunkelsten Diktaturen“. Und weil dies gut zusammenpasst, warf der Minister dem ukrainischen Parlament eine Verbindung zu Extremisten vor. Damit diese Klage entsprechende Verbreitung fand, wurde sie auf der Webseite der ungarischen Regierung veröffentlicht.

Ungarns Außenminister äußerte darüber hinaus diplomatisches Erstaunen über die Verlegung ukrainischer Truppen ins Grenzgebiet zu Ungarn. In Hinblick auf die Ukrainer meinte Szijjartó: „Es ist ziemlich ungewöhnlich, dass sie ihre Truppen an die Grenze eines NATO-Mitgliedstaates verlegen. Man muss sie fragen, worin der Sinn besteht. Ich kenne die Antwort nicht.“ Diese gab das Wehrkommando Transkarpatien. Die Truppenteile sollten an einem Manöver teilnehmen, hieß es. Zur Illustration gab es auf dem Videoportal YouTube rollende Schützenpanzer zu sehen, Lastwagen und Sanitätsfahrzeuge, alle angeblich aus Richtung Lemberg. Ganz war so die Frage des ungarischen Außenministers nicht beantwortet, da unklar bleibt, wieso die Ukraine ein Manöver in der Nachbarschaft zur NATO abhält. Üblicherweise tut man so etwas in Richtung eines verfeindeten Staates.

Nach der Annexion der Krim durch Russland und dem erfolglosen Krieg im Donbass scheint Kiew die Angst vor einem weiteren Kontrollverlust umzutreiben. Dass die Ukraine ihre Ansprüche auf die Krim nicht aufgegeben hat, zeigt das Bestehen eines „Ministeriums für zeitweilig okkupierte Territorien der Ukraine“. Dessen Vizechef, Georgi Tuka, erklärte, dass man nach der Erlangung der Unabhängigkeit der Ukraine drei Regionen des Landes – die Krim, den Donbass und Transkarpatien – „den dortigen Eliten im Austausch gegen ihre Loyalität in die Hand gegeben“ habe. „Wir haben faktisch schon zwei Territorien verloren“, so Tuka weiter, „Transkarpatien noch nicht. Aber ich bin völlig davon überzeugt, dass wir die Territorien verlieren, in denen es keine Politik der Zentralführung gibt.“ Hier tut sich die alte Frage auf, ob Zentralismus Loslösungstendenzen wirklich schwächt oder nicht vielmehr noch verstärkt.

Inzwischen wurde den Vereinten Nationen von ungarischen Parteien und ungarischen Organisationen in Rumänien eine gemeinsame Erklärung zur Unterdrückung von Minderheiten in der Ukraine vorgelegt. In der Klage heißt es: „Da man jetzt in der Ukraine nicht nur den Vertretern der transkarpatischen Minderheiten die Rechte entzieht, sondern auch die Ungarn verfolgt, sollten wir an Artikel 2 der UN-Deklaration zur Beseitigung der Diskriminierung erinnern.“ *Florian Stumfall*

Zwei Vorteile für Kramp-Karrenbauer

Bei der Wahl des neuen CDU-Vorsitzenden tun sich ungewohnte Alternativen auf

Annegret Kramp-Karrenbauer hat zwei Vorteile im Kampf um die Nachfolge Angela Merkels als Parteivorsitzender. Zum einen hat sie den linken Parteiflügel für sich alleine, während ihre beiden Hauptkonkurrenten Jens Spahn und Friedrich Merz sich den rechten Flügel teilen müssen. Zum anderen werden die Entscheidung aller Voraussicht nach die Parteifunktionäre auf dem Parteitag in Hamburg fällen und nicht die als rebellischer geltenden einfachen Parteimitglieder in einer Urwahl.

Passiert nicht noch ein basisdemokratisches Wunder, dann stimmen am 7. und 8. Dezember rund 1000 Delegierte darüber ab, wer Angela Merkel als Vorsitzende der CDU folgen wird. Die vereinzelten Rufe nach einer Urabstimmung unter den derzeit rund 417 000 Mitgliedern dürften keine Mehrheit finden. So hatte Thomas Strobl die Delegierten als „Menschen aus der Mitte der Partei ..., die sich das Vertrauen erarbeitet haben“, gelobt. Der stellvertretende Parteivorsitzende und Schwiegersohn Wolfgang Schäubles gilt als Vertrauter Merkels, und es ist kein Geheimnis, dass sich die Kanzlerin die Generalsekretärin und ehemalige saarländische Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer als Nachfolgerin wünscht. Neben Kramp-Karrenbauer treten fünf weitere Kandidaten an, Chancen werden indes lediglich den Gesundheitsminister Jens Spahn und dem früheren Fraktionsvorsitzenden Friedrich Merz eingeräumt. Die übrigen Kandidaten, unter ihnen der hessische Unternehmer Andreas Ritzenhoff, sind dagegen krasse Außenseiter.

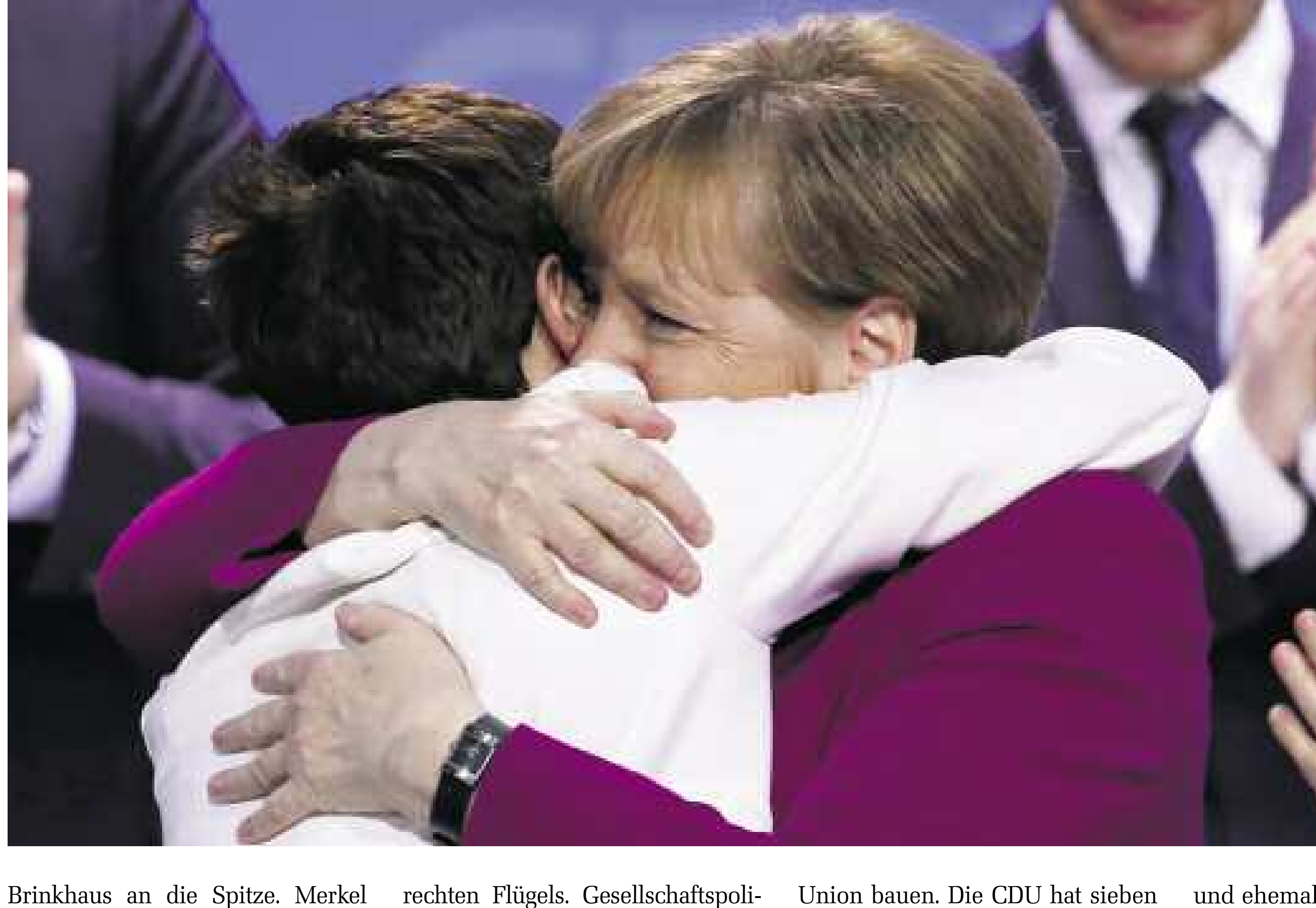
Kampfkandidaturen haben innerhalb der CDU keine wirkliche Tradition. Umso schwerer sind die Machtverhältnisse einzuschätzen. Viel wird davon abhängen, wie die Stimmungslage in den großen Landesverbänden ist. 140 000 Mitglieder leben in Nordrhein-Westfalen, mehr als 60 000 sind es in Niedersachsen und Baden-Württemberg, jeweils weitere 40 000 Menschen haben in Hessen und Rheinland-Pfalz das CDU-Parteibuch. Merkel hat die Vielzahl an Kandidaturen als „demokratischen Prozess in einer lebendigen Partei“ bezeichnet und es bisher vermieden, sich für Kramp-Karrenbauer auszusprechen. Dies hat einen guten Grund: Als kürzlich die Neuwahl des Fraktionsvorsitzenden von CDU und CSU anstand, entschied sich eine Mehrheit gegen Merkels Kandidaten Volker Kauder und wählte stattdessen den Außenseiter Ralph Brinkhaus an die Spitze. Merkel muss also damit rechnen, dass die Bekundung ihres Wohlwollens ihrem Wunschkandidaten eher schadet als nützt.

Die Bruchlinien laufen quer durch die Landesverbände. Sichtbar wird dies vor allem im mitgliederstärksten Verband NRW. Ministerpräsident Armin Laschet gilt als entschiedener Verfechter einer Nachfolge im Sinne Merkels. Er selbst hat eine Kandidatur ausgeschlossen. Eine öffentliche Empfehlung für Kramp-Karrenbauer kann er nicht aussprechen, schließlich stammen sowohl Spahn als auch Merz aus seinem Landesverband. Auch der Baden-Württemberger Strobl würde gerne Kramp-Karrenbauer an der Spitze sehen, an der Basis im Ländle sind Merz und Spahn allerdings deutlich beliebter.

Inhaltlich haben die drei aussichtsreichsten Kandidaten uneinheitliche Profile. Spahn ist mit 39 Jahren der jüngste. Er gilt in Immigrationsfragen als Vertreter des rechten Flügels. Gesellschaftspolitisch präsentiert er sich als konservativ. Seine Homosexualität und sein Eintreten für die „Ehe für Alle“ könnte aber traditionell gestimmte Delegierte abschrecken. Ebenfalls als konservativ wird Merz eingestuft. Allerdings handelt es sich bei dem 62-Jährigen um einen ausgesprochenen Transatlantiker. Seine berufliche Tätigkeit im Bankensektor dürfte wenig geeignet sein, um die eher sozial geprägten Delegierten der mitteldeutschen Verbände auf seine Seite zu ziehen. Wie der Deutschlandfunk berichtet, sei im politischen Berlin schon darüber spekuliert worden, „ob der noch junge Spahn seine Kandidatur nicht zurückziehen und Merz den Vortritt lassen würde“. Doch bei einer Veranstaltung der „Rheinischen Post“ in Düsseldorf habe Spahn noch einmal klar gemacht, dass er sich zutraue, die CDU zurück zu alter Stärke zu führen. Dabei kann er bisher vor allem auf Unterstützung aus der Jungen Union bauen. Die CDU hat sieben offiziell anerkannte Mitgliedsvereinigungen, die Junge Union ist eine von ihnen. Spahn ist dort Favorit. Allerdings genießt auch Merz Sympathien bei den Jüngeren. Gleiches gilt für die Mittelstandsvereinigung. Die Frauen-Union und die Senioren-Union haben sich dagegen für Kramp-Karrenbauer ausgesprochen.

Die Saarländerin dürfte unter den Delegierten vor allem deshalb gute Chancen auf eine Mehrheit haben, weil die Merkel-Gegner die Wahl zwischen Spahn und Merz haben und deshalb gespalten sind. „Die Modernisierung unserer Partei muss einschließen, dass gerade in Zeiten von Migration und Globalisierung nationale Identität und traditionelle Werte einen festen Platz in unserem Denken und Handeln haben“, erklärte Merz. Bei Spahn hört sich das ähnlich an.

Doch ob die CDU-Delegierten so viel „Revolution“ möchten? Bernhard Vogel, CDU-Politiker und ehemaliger Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz und Thüringen, sprach sich gegenüber dem Deutschlandfunk für Kramp-Karrenbauer aus: „Also, Frau Kramp-Karrenbauer ist sicher nicht Merkel 2. Aber Frau Kramp-Karrenbauer garantiert besonders, was sie betrifft, auch eine gewisse Kontinuität. Und wir haben ja Regierungsverantwortung bis 2021“. So wie Vogel, heißt es in der Partei, würden viele der Funktionäre denken. *Peter Entinger*



Der bislang größte Erfolg des Zweiergespanns: Annegret Kramp-Karrenbauer (li.) wird Angela Merkels Generalsekretärin

Bild: pa

MELDUNGEN

»Melde Cops in deiner Nähe«

Berlin – Akteure, die laut Medienberichten dem Künstlerkollektiv „Peng!“ und der „Polizeiklasse“ zugerechnet werden, haben unter „www.cop-map.com“ eine Seite ins Internet gestellt, auf der Polizeiaktivitäten anonym in einer Online-Karte eingetragen werden können. Die Nutzer können Polizeiwachen, Personenkontrollen, Überwachungskameras sowie Streifen- und Zivilpolizisten melden. Das Projekt unter dem Motto „Drohende Gefahr. Cop Map“ richtet sich nach Angaben der Initiatoren gegen die Reform des bayerischen Polizeiaufgabengesetzes und das sogenannte Racial Profiling. Laut dem Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Oliver Malchow, ist das Projekt „ganz klar polizeifeindlich“ und birgt ein erhöhtes Risiko für Polizeistreifen. *N.H.*

Mehr Geld für Fraktionen

Berlin – Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) will, dass die Fraktionen im Bundestag im kommenden Jahr rund zwei Prozent mehr Geld aus der Staatskasse erhalten. Demnach sollen die Geldleistungen an die 2019 unter Berücksichtigung der Tarifabschlüsse für den öffentlichen Dienst und der höheren Verbraucherpreise um 2,07 Prozent angehoben werden. Daraus ergibt sich Schäuble zufolge für jede Fraktion ein monatlicher Grundbetrag von 445 571 Euro gegenüber 436 535 Euro im laufenden Jahr und ein monatlicher Betrag für jedes Mitglied der Fraktion in Höhe von 9301 Euro im Vergleich zu 9112 Euro im Jahr 2018. Die Oppositionsfraktionen erhalten wie bisher einen Zuschlag von 15 Prozent auf den Grundbetrag und von zehn Prozent auf den Betrag für jedes Mitglied. Für das laufende Haushaltsjahr 2018 waren die Geldleistungen an die Fraktionen auf insgesamt rund 115 Millionen Euro festgelegt worden. *J.H.*

Die Zukunft im Blick

Ostpreußische Landesvertretung tagte in Wuppertal – BdV-Präsident stellte Überlegungen zur Umbenennung des Verbandes zur Debatte

Ein klares Bekenntnis zu Ostpreußen – Gutes tun können, Gutes tun wollen und Gutes tun, gemeinsam für Ostpreußen und die Ostpreußen, mit Herz und Verstand.“ So hätte die diesjährige Sitzung der Ostpreußischen Landesvertretung (OLV) am vergangenen Wochenende in Wuppertal überschrieben sein können. Vereinsrechtlich ist sie die Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und deren oberstes Beschlussorgan. Politisch nimmt sie die Rolle eines Exilparlaments der vertriebenen Ostpreußen wahr.

Für nachdenkliches Schweigen sorgte Dawid Banach, evangelischer Pfarrer in Suwalki und Goldap, mit seinem Geistlichen Wort zu Beginn der Versammlung. Ihm folgte ein Grußwort des Alt-Sprechers der LO, Wilhelm von Gottberg. Der heutige Bundestagsabgeordnete bekannte, sich in diesem Kreis „ein stückweit zuhause“ zu fühlen, stand er doch knapp zwei Jahrzehnte an der Spitze der LO.

In seinem Tätigkeitsbericht informierte Stephan Grigat, Sprecher der LO, die Delegierten über seine Gespräche mit Politikern, Gremien und Vertretern von Institutionen und Verwaltungen in der Bundesrepublik und in Ostpreußen. Dabei betonte er besonders die gute Vernetzung der LO mit Parlamenten und Behörden diesseits und jenseits der politischen Grenzen, die Ostpreußen heute teilen und von uns trennen. Weiter berichtete Grigat über die erfolgreiche Durchführung des Deutsch-Russischen Forums in Insterburg zwei Wochen zuvor und die Veranstaltungen der LO in Ostpreußen, die allesamt als eine feste Größe im Veranstaltungskalender etabliert seien. Zudem berichtete Grigat über seine Tätigkeit im Beirat der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung und jene als Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen (BdV).



Höchstes Beschlussorgan und Exilparlament: Die OLV Bilder (2): PAZ

Auch wenn Grigat einräumen musste, dass es zunehmend schwieriger werde, geeignetes Führungspersonal zu finden, trat er der Annahme entgegen, es gäbe in der LO angesichts des langsamen Dahinscheidens der Erlebnisgeneration irgendwelche Abwicklungstendenzen. Vielmehr bewiesen die Ostpreußen Vitalität, Lebenskraft und Gestaltungswillen. In diesem Zusammenhang erwähnte Grigat die „Zukunftswerkstatt“ der LO. Dabei handelt es sich um ein Seminar mit 20 jüngeren Menschen, die Strategien für die Zukunft der LO entwickeln und so die Weichen für die „LO im Jahr 2050“ stellen wollen.

Der Bericht des Sprechers wurde, ebenso wie die Berichte des Bundesgeschäftsführers, des Chefredakteurs der *Preußischen Allgemeinen Zeitung*, der Bundesvorsitzenden der ostpreußischen Frauenkreise, des Referats Heimatpolitik der LO, des Bundes Junges Ostpreußen sowie der Jahresbericht und die Jahresrechnung des Schatzmeisters überwiegend ohne Aussprache zustimmend zur Kenntnis genommen. Danach war die einstimmige Entlastung des Vorstandes nur noch eine Formsache. Auch der Haushaltsplan für 2019 wurde einstimmig verabschiedet.

Mit besonderer Spannung erwarteten die OLV-Delegierten am zweiten Sitzungstag die Ausführungen des BdV-Präsidenten Bernd Fabritius zu seinen Überlegungen hinsichtlich einer Änderung der Satzung und des Namens des BdV. Zuvor gab Fabritius einen Überblick über Aufgaben und Ziele des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, der er seit April dieses Jahres ist. Dabei machte er deutlich, dass diese weit mehr beinhalteten, als es seine Amtsbezeichnung vermuten ließe. So sei er nicht nur für die Angelegenheiten aller Deutschen, die „eine vertriebenenrechtliche Aufnahme im Bundesgebiet gefunden“ hätten, zuständig, sondern auch für die Belange der deutschen Minderheiten „in den heutigen östlichen Nachbarländern“ ebenso wie für die der nationalen Minderheiten in Deutschland.

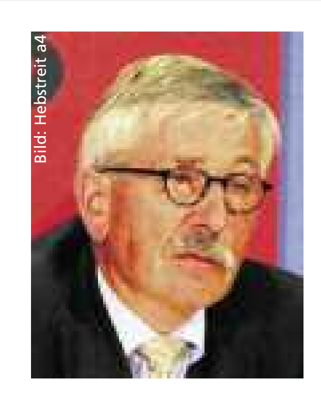
Ursprünglich war der 1957 gegründete BdV als Dachverband der deutschen Vertriebenenverbände vor allem für die Verfolgung der Interessen und Belange jener Menschen, die nach dem Zweiten Weltkrieg aus den deutschen Ostgebieten und den osteuropäischen deutschen Siedlungsgebieten vertrieben worden waren, zuständig. Doch mit dem Schwinden der Angehörigen der Erlebnisgeneration haben sich seine Aufgaben im Laufe der Zeit sukzessive geändert. Neben Aufgaben, die weggefallen sind, kamen andere hinzu. Zu letzteren gehört beispielsweise die Betreuung der Heimatverbliebenen, ein Tätigkeitsfeld des BdV, an das noch vor drei Jahrzehnten nicht zu denken war.



Will dem BdV einen neuen Namen und der Satzung „eine Seele“ geben: Bernd Fabritius

Als Konsequenz aus dieser Entwicklung hält Fabritius eine Änderung beziehungsweise Ergänzung des Verbandsnamens für angebracht. Denn der Name „Bund der Vertriebenen“ sei, wenn er die Vertreibung als einzige Klammer der Zusammengehörigkeit darstelle, nicht mehr vollständig. Die Vertreibung gehöre zur Identität des Interessenverbandes, allerdings vertrete er mittlerweile viele Menschen, die nie vertrieben wurden, wie eben die Heimatverbliebenen und die deutschen Minderheiten. Das, was der BdV abdecke, sei inzwischen viel mehr als die historische Vertreibung der Deutschen. Deshalb will Fabritius durch eine Präambel zur Satzung „dem rechtlichen Konstrukt eine Seele“ und dem Verband einen zeit- und aufgabengemäßeren Namen geben. Mit konkreten Vorschlägen zu beidem wollte der BdV-Präsident noch nicht aufwarten. Ihm ginge es zunächst darum, eine Debatte über seine Überlegungen anzustoßen. Bei den Delegierten der OLV ist ihm dies gelungen, denn seinen Ausführungen folgte ein reger Gedankenaustausch. *Jan Heitmann*

Zeitzeugen


Bild: Hebstreit a4

Thilo Sarrazin – In seinem neuesten Bestseller „Feindliche Übernahme: Wie der Islam den Fortschritt behindert und die Gesellschaft bedroht“ verweist der ehemalige Berliner Finanzsenator und Bundesbankvorstand auf eine dänische Langzeitstudie aus dem Jahre 2017, die zutage förderte, dass das Ramadan-Fasten der Mutter während der Schwangerschaft zu deutlich nachweisbaren kognitiven Einschränkungen beim Kind führt.

Iris Hauth – Nach Ansicht der ehemaligen Präsidentin der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde ist der Eindruck falsch, „dass Asylsuchende psychische Erkrankungen regelmäßig als Abschiebungshindernis vortäuschen“. Denn „die Diagnose von psychischen Erkrankungen ist heute genauso zuverlässig wie für somatische Krankheiten.“ Das stimmt aber nur zum Teil.


Bild: Imago

Romina Mizrahi – Laut einer Untersuchung der kanadischen Psychiaterin vom Centre for Addiction and Mental Health in Toronto kommt es bei Immigranten in jenem Teil des Großhirns, der Corpus striatum genannt wird, häufiger zu erhöhten Konzentrationen des erregend wirkenden Neurotransmitters Dopamin. Dopamin-Überschuss ist die wesentlichste Ursache für die Entstehung von Schizophrenien.

Yasemin Yadigaroglu – Die türkischstämmige Soziologin wollte 2008 eine Aufklärungskampagne über die gesundheitlichen Gefahren bei Verwandtenehen unter Immigranten starten und auch über dieses Thema promovieren. Beide Vorhaben scheiterten wegen massiver Drohungen von Seiten der türkischen Gemeinde ihrer Stadt sowie der fehlenden Bereitschaft mehrerer angesprochener Gender-Professorinnen, die Betreuung der Doktorandin zu übernehmen.


Bild: Imago

Ursula von der Leyen – In ihrer Eigenschaft als Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend weigerte sich die CDU-Politikerin, wissenschaftliche Untersuchungen über die körperlichen und psychischen Schäden bei Kindern aus Verwandtenehen zu unterstützen. Dabei berief sie sich auf das „Fehlen von belastbaren Daten“ – wobei die Forscher seinerzeit genau diese Daten erheben wollten.

Nicht nur eine Ausrede

Warum Immigranten tatsächlich häufiger psychisch krank sind

Wenn Immigranten schwere Straftaten verüben, heißt es häufig hinterher, die Täter seien psychisch krank. Ist das nur eine Vertuschungsstrategie, um über die wahren Ursachen der verübten Gewalt, wie zum Beispiel die kulturell-religiöse Prägung der Delinquenten, hinwegzutäuschen? Oder muss man davon ausgehen, dass die Diagnosen korrekt sind?

Allen einschlägigen Statistiken zufolge sind „Zuwanderer“ und „Flüchtlinge“ deutlich krimineller als Deutsche – was auch und gerade für die Gewaltkriminalität gilt. Allerdings sollen viele der dingfest gemachten Täter an psychischen Erkrankungen leiden: der syrische Bombenbastler oder der afghanische Messerstecher genauso wie der senegalesische Vergewaltiger und prügelnde „Ex-Jugoslawe“. Das nährt den Verdacht der Falschinformation, denn die Behörden und Mainstream-Medien versuchen, die zahllosen „Einzelfälle“ auf jede erdenkliche Weise herunterzuspielen. Doch hier trügt der Schein ausnahmsweise einmal.

Die ins Land strömenden „Schutzsuchenden“ sind tatsächlich häufiger psychisch krank als jene Menschen, „welche schon länger hier leben.“ Im Falle der Schizophrenie, einer schweren Psychose mit Halluzinationen, Wahnvorstellungen, heftigen Erregungszuständen und weitgehend fehlender Krankheitseinsicht, liegt die Quote der autochthonen Mitteleuropäer, die einmal in ihrem Leben daran erkranken, bei knapp einem Prozent der Bevölkerung. Im Vergleich dazu weisen Immigranten im Durchschnitt das 2,9-fache Risiko auf, schizophren zu werden. Und bei Menschen in oder aus Afrika wurde die Psychose sogar 3,3 bis 24,5 Mal häufiger festgestellt. Das geht aus einer Meta-Analyse von mehreren wissenschaftlichen Studien durch François Bourque vom King's College in London und Els van der Ven von der Columbia University in New York hervor. Ähnlich sieht es bei anderen psychischen Erkrankungen aus. Auch sie kommen unter „Zuwanderern“ und „Schutzsuchenden“ öfter vor.

> Zu den wirklich Kranken kommen noch die Simulanten

Über die Ursachen dieses Phänomens wird noch diskutiert – außer im Falle der Posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS), in dem die Fachleute einhellig auf Kriegserlebnisse und ähnliches verweisen. Ansonsten reichen die Erklärungen von häufigeren Eheschließungen unter Verwandten (siehe unten) bis hin zu sozialem Stress. Letzterer solle aus der Zugehörigkeit zu einer Randgruppe, kultureller Fremdheit und dem Zwang zur Anpassung an die neue Umwelt resultieren. Außerdem verweisen manche Experten wie die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gesponserte Neuropsychologin Heike Tost vom Mannheimer Zentralinstitut für Seelische Gesundheit auf die negativen Folgen von „Rassismus“ und „Diskriminierung“ innerhalb der Aufnahmegesellschaft.

Dahingegen herrscht unter den mit der Thematik befassten Wissenschaftlern nahezu vollkommenes Stillschweigen im Hinblick auf die Möglichkeit, dass manche der Störungen und Erkrankungen schlicht und einfach simuliert werden – und das beileibe nicht nur von Straftätern, denen lange Haft droht. Immerhin stellen psychische Erkrankungen auch Abschiebehindernisse dar, wenn sie schwerwiegend genug sind, was zum Beispiel bei einer Psychose definitiv der Fall ist. Und damit dies auch kein zur Abschiebung vorgesehener „Flüchtling“ übersieht, hat die Lobby-Organisation „Pro Asyl“ einen 34-seitigen Hochglanz-Ratgeber herausgegeben, in dem auf genau diese, zum Missbrauch einladende Regelung verwiesen wird.

Wolfgang Kaufmann

Angeblich »extrem verwundbar«

Mitte Oktober meldeten viele Zeitungen und Zeitschriften, darunter auch das „Deutsche Ärzteblatt“: „Fast jeder dritte syrische Flüchtling ist psychisch krank.“ Dabei beriefen sie sich allesamt auf eine Studie von Ekaterini Georgiadou, Ali Zbidat, Yesim Erim und Gregor Schmitt von der Psychiatrischen und Psychotherapeutischen Klinik der Universität Erlangen-Nürnberg. Diese vier Forscher diagnostizierten bei den syrischen Immigranten vor allem Posttraumatische Belastungsstörungen, Depressionen und generalisierte Angststörungen. Allerdings beruhen ihre Aussagen auf einer extrem schmalen Datenbasis. Sie untersuchten nicht die Grundgesamtheit der syrischen Asylsucher in der Bundesrepublik oder wenigstens in Bayern, sondern lediglich jene Gruppe von 518 Syrern, die zwischen 2015 und 2017 nach Erlangen kamen, dort blieben, eine gültige Aufenthaltserlaubnis haben und Hartz IV beziehen. Und von diesen 518 Personen waren wiederum nur 200 bereit, sich an der Studie zu beteiligen.

> Presse verzichtete auf Quellenkritik

Letztere verlief dergestalt, dass man die Probanden jeweils drei Fragebögen zu ihrer psychischen Befindlichkeit ausfüllen ließ. Klinische Untersuchungen fanden dahingegen nicht statt. Deshalb ist in keiner Weise garantiert, dass die 61 syrischen Asylsucher, die Symptome angaben, auch tatsächlich krank sind und nicht nur Beschwerden äußerten, um ihren Aufenthaltsstatus zu verbessern. Dennoch wagte die Forschergruppe unter der Leitung des Professors Erim folgende verallgemeinernde Aussage: „Unsere Ergebnisse verdeutlichen, dass syrische Flüchtlinge in Deutschland eine extrem verwundbare Bevölkerungsgruppe sind.“

Statt diese Aussage bereitwillig zu verbreiten, hätte es den Medien deutlich besser zu Gesicht gestanden, auf die überaus problematische Datenbasis der vier Erlanger Mediziner zu verweisen und dieses gravierende methodische Manko der Studie genauso zu diskutieren wie deren angebliche Resultate. *W.K.*


Häufig zwischen Verwandten: Eheschließung im muslimischen Kulturkreis

Bild: Imago

Der Faktor Verwandtenehe

Unter Moslems überdurchschnittlich häufig

Viele psychische Gebrechen und Störungen sind genetisch bedingt und damit erblich. Das Risiko, dass ein Kind eine Erbkrankheit körperlicher oder geistiger Art aufweist, liegt nach übereinstimmenden Aussagen von Humangenetikern bei zwei bis vier Prozent – vorausgesetzt, zwischen den Eltern besteht kein nahes Verwandtschaftsverhältnis. Andernfalls steigt die Quote des geschädigten Nachwuchses deutlich an. Bis sie im Falle einer Vater-Tochter-, Mutter-Sohn- oder Bruder-Schwester-Paarung 25 Prozent erreicht. Derartige Verbindungen sind jedoch gesetzlich verboten.

Anders sieht dies hingegen bei blutsverwandten Cousinen und Cousins aus, die in aller Regel die Ehe miteinander eingehen und Nachkommen zeugen dürfen. Aber auch hier liegt die Wahrscheinlichkeit, ein körperlich oder psychisch beeinträchtigtes Kind zu bekommen, immer noch deutlich höher als im Normalfall, nämlich bei rund acht Prozent.

Heiraten zwischen Vettern und Basen kommen in allen Kulturen der Welt vor, jedoch im Normalfall eher selten. Ihre Häufigkeit liegt zumeist im Ein-Prozent-Bereich. Außer in der islamischen Welt oder unter Immigranten, die von dort stammen. Hierzu einige Beispiele: In Marokko sind 30 Prozent der verheirateten Paare Blutsverwandte, im Irak 30 bis 40, in Syrien und dem Oman 40 bis 60 und in der Türkei zwischen 20 und 30 Prozent. Viele Muslime weichen von dieser Heiratspraxis auch dann nicht ab, wenn sich ihr Lebensmittelpunkt dauerhaft in ein westliches Land verlagert hat. So gehen immer noch 25 Prozent der Türken, die in der dritten oder vierten Generation in der Bundesrepublik leben, eine Ehe unter nahen Verwandten ein.

> Das Risiko von Erbkrankheiten liegt weitaus höher

Wie problematisch diese Praxis ist, zeigt sich dabei nicht nur an den deutlich höheren Quoten bei Erbkrankheiten. Eine indische Studie aus dem Jahre 2014 belegt zugleich auch, dass der Intelligenzquotient des nicht in pathologischer Weise geschädigten Nachwuchses aus Verwandtenehen bemerkenswerte 24 Punkte unter dem Durchschnittswert der Normalbevölkerung liegt. *W.K.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Siemens will den großen Wurf

»Campus«: Der Weltkonzern plant Berlins größte private Investition der Nachkriegszeit



„Alles mit Siemens-Geld bezahlt“: Auch günstige Wohnungen sollen entstehen

Bild: Imago

Der DAX-Konzern Siemens hat sich dafür entschieden, seinen Innovationscampus in Berlin aufzubauen. Die Ansiedelung gilt als größte Einzelinvestition eines Unternehmens in der Nachkriegsgeschichte Berlins.

Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD) und Siemens-Vorstandsmitglied Cedrik Neike haben bereits am 31. Oktober eine entsprechende Vereinbarung über das Projekt im Bezirk Spandau unterzeichnet.

Bis zum Jahr 2030 will der Münchner Technologiekonzern auf dem historischen Industriegelände in der Siemensstadt einen sogenannten Zukunftscampus aufbauen. Auf etwa einem Quadratkilometer Fläche sollen Büros, Forschungslabore, Produktionsanlagen und Gründungszentren für junge Firmen entstehen.

Vorgesehen sind zudem auch günstige Wohnungen: „Wir wollen 200000 Quadratmeter Wohnraum, bezahlbaren Wohnraum in der Siemensstadt kreieren, um die Leute auch mit einzuladen“, kündigte Neike an. Insgesamt will das Unternehmen in Berlin bis zu 600 Millionen Euro investieren. Siemens will in der Hauptstadt an Themen wie der Künstlichen Intelligenz und Elektromobilität forschen.

Längere Zeit war offen gewesen, ob Siemens mit Hilfe einer internationalen Ausschreibung einen Standort für sein Campus-Projekt sucht. Beobachter hatten es im Fall eines Ausschreibungsverfahrens für wahrscheinlich gehalten, dass ein Ort in Asien oder den USA das Rennen machen würde, kaum aber Berlin.

Laut Medienberichten haben der Berliner Senat und der Münchner Konzern in den vergangenen Wochen intensive Verhandlungen über eine Ansiedelung am historischen Gründungsort des Unternehmens geführt. Konzern-Chef Joe Kaeser sagte mit Blick auf die nun erfolgte Entscheidung zugunsten der deutschen Hauptstadt: „Der Senat von Berlin hat uns überzeugend dargelegt, dass er ein solches Großprojekt will. Und er hat sehr gute Voraussetzungen dafür geschaffen, um die Entwicklung für beide Seiten zu einem Erfolg zu führen.“

> Joe Kaeser: »Wir können morgen anfangen«

Siemens will die veranschlagte Investitionssumme selber tragen. Kaeser verspricht: „Alles Siemens-Geld, versteuert und vorrätig. Wir können morgen anfangen.“

Auch wenn offenbar keine öffentlichen Subventionen fließen, die rot-rot-grüne Landesregierung musste dem Weltkonzern doch auch einiges bieten. In einem Eckpunktepapier, das im Oktober an die Adresse von Siemens ging, sicherte die Stadt eine schnelle Internetanbindung sowie einen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in der Siemensstadt zu. Als kritischer Punkt galt auch der Denkmalschutz auf dem Gelände, auf dem das alte Dynamowerk und das Schaltwerk stehen.

Mittlerweile wurde indes bekannt, dass Siemens seinen Berliner Zukunftscampus notfalls auch selbst mit einem eigenen schnellen 5G-Mobilfunknetz ausstatten will, falls die Telekommunikationsunternehmen nicht schnell eine Lösung bieten können: „Wir werden sehen, ob Partner 5G-Mobilfunk und Breitband liefern können. Andernfalls machen wir es selbst“, so Neike.

Müller sprach im Zusammenhang mit der Vereinbarung über den Campus von einem „wichtigen Tag für den Wirtschaftsstandort Berlin“. Für die Hauptstadt hat die Entscheidung allerdings nicht nur wirtschaftspolitische Bedeutung, sondern auch städtebauliche Auswirkungen: Mit dem Zukunftscampus wird in der Siemensstadt in den nächsten zehn Jahren ein ganz neuer Stadtteil entstehen.

In Gang gekommen ist mittlerweile auch eine Diskussion über eine Wiederbelebung der „Siemens-Bahn“. Diese 1980 stillgelegte Strecke der Berliner S-Bahn verband einst die Siemensstadt mit der Berliner Ringbahn. Künftig könnte die Strecke über ihren Endpunkt verlängert werden und bis in geplante Neubaugebiete in Spandau führen.

Nicht nur Siemens hat Pläne für einen Campus in der deutschen Hauptstadt. Der Internet-Riese Google hat bereits vor zwei Jahren die Absicht verkündet, in Berlin ein Gründungszentrum zu schaffen. Wie bereits in Metropolen wie Madrid und Sao Paolo wollte das Internet-Unternehmen auch an der Spree mit einem „Google-Campus“ Unternehms-Neugründungen mit einem Mentor-Programm begleiten.

Der Internetgigant hatte ein früheres Umspannwerk in Berlin-Kreuzberg als Standort ins Auge gefasst. Im Berliner Szene-Kiez sind die Pläne allerdings auf massive Proteste und Widerstand sogenannter Gentrifizierungsgegner gestoßen. Im Oktober hatten Aktivisten sogar den von Google bevorzugten Bauplatz besetzt. Inzwischen hat der Konzern erklärt, auf sein geplantes Gründerzentrum in Kreuzberg verzichten zu wollen. Die vorgesehene Immobilie will Google als „Haus des sozialen Engagements“ der Online-Spendenplattform Betterplace und der Sozialgenossenschaft Karuna zur Verfügung stellen.

Nach der Entscheidung kündigten linke Aktivisten jedoch prompt an, auch die Ansiedlung anderer Neugründungen verhindern zu wollen.

Norman Hanert

Bewegte Zeiten

Von Vera Lengsfeld

Wenn man sich in diesen Tagen dem Gropius-Bau vom Potsdamer Platz kommend nähert, fallen zwei lange Schlangen vor dem Eingang auf. In der etwas größeren stehen die Neugierigen, die sich endlich die viel besprochene Sammlung Gurlitt ansehen wollen, die Besucher in der kleineren wollen in die Ausstellung über die Archäologie in Deutschland.

Das Warten lohnt sich. Die Schau ist sensationell. Gezeigt werden spektakuläre archäologische Neufunde der vergangenen 20 Jahre. Der rote Faden ist, dass Bewegung und Veränderung seit Urzeiten zu den Konstanten menschlichen Handelns gehören. Neu ist die Erkenntnis, in welchem Ausmaß die Mobilität menschliche Gesellschaften geprägt hat.

Im ersten Saal locken die zahllosen Funde, die man im Rhein bei Ausbaggerungen gemacht hat. Man findet nicht nur Bruchstücke aus allen Ecken und Enden des Römischen Reiches, sondern Scherben, die weit vor der Geburt Christi aus Ägypten gekommen sind – per Schiff.

Die ersten befestigten Wege wurden zur Überquerung von Mooren angelegt, später wurden Straßen mit Holzbohlen befestigt, noch später gepflastert. Wie viele heutige Straßen über uralten Wegen angelegt sind, zeigt sich, wenn sie erneuert werden müssen. Dann finden sich von Reisenden vor vielen Jahrhunderten weggeworfene oder verloren gegangene Gegenstände, Schuhe, Schlüsselbunde, Taschen mit Kämmen, Haarnadeln und Spangen, die viel über das Leben unserer Vorfahren erzählen. Am häufigsten finden sich Keramikgefäße, die dem Transport von Nahrung dienten und, nachdem sie geleert waren, ähnlich dem heutigen To-go-Geschirr weggeworfen wurden. Die Gründe für das Reisen ähneln sich: Wanderlust, Handel, militärische Truppenbewegungen, aber auch Gefangenschaft und Verschleppung. Mit den modernen Möglichkeiten kann man sogar die DNA in gefundenen Knochen bestimmen. Seither weiß man, wie reichhaltig der genetische Pool der heutigen Europäer ist.

Der Ressourcenaustausch begann in der Jungsteinzeit und führte bereits damals zu weitreichenden Kontakten in ganz Europa.

Natürlich gab es schon immer Konflikte. Aus der Bronzezeit stammen die ersten Schlachtfelder. Im lieblichen Tal der Tollense fand die erste bekannte Feldschlacht statt. Kriege führten zur Vernichtung von Kulturen oder identitätsstiftender kultureller Objekte. Unter anderem wird ein zerstörter Jupitertempel gezeigt. Eine Videoinstallation dokumentiert die Zerstörung von Denkmälern durch islamistische Extremisten, danach aber auch die Entfernung von Statuen kommunistischer Massenmörder. Diese Gleichsetzung ist ein fataler Fauxpas. Der Sturz einer Stalin-Statue ist ein Zeichen der Befreiung von der Diktatur, die Islamisten sind Diktatoren.

Steuergeld für Besetzer

War es eine »Abfindung«? Berliner Politiker streiten um Zahlungen

Die Besetzung der Kreuzberger Gerhart-Hauptmann-Schule durch Asylsucher verursachte dem Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg auch nach ihrer offiziellen Beendigung weitere Kosten. Fünf Jahre lang duldete und finanzierte das von den Grünen geführte Bezirksamt die Besetzung mit fünf Millionen Euro. Im Januar 2018 zogen die Okkupanten ab. Der CDU-Bezirksverordnete Timur Husein wollte nun wissen, ob und an wen anschließend weitere Gelder flossen.

Die Antwort: Für neun ehemalige Besetzer wurden ab Januar weitere 60000 Euro gezahlt. Auf Nachfrage der Zeitung „B.Z.“ erklärte Stadtrat Knut Mildner-Spindler (Linkspartei), die Gelder seien überwiegend an das Landesamt für Flüchtlinge (LAF) geleistet worden. Das LAF habe neun ehemalige Besetzer untergebracht. Seltsamerweise sprach der Stadtrat nicht mehr von „Geflüchteten“ sondern von „wohnungslosen Menschen“. Der Bezirk sei verpflichtet gewesen, für „zwangsgeräumte“ Menschen „eine Unterbringung zu prüfen und zu organisieren“. Bisher hatte das Bezirksamt mit der moralischen Pflicht argumentiert, „Flüchtlingen“ zu helfen.

> Nach der Räumung flossen weitere 60000 Euro

Nun steht der Vorwurf im Raum, das Bezirksamt habe den Hausbesetzern eine Art Abfindung gezahlt. Auf Befragen verneinte Mildner-Spindler das zwar, aber den Verdacht kann er nicht ganz ausräumen. Um die Unterbringungskosten der letzten neun ehemaligen Besetzer rankt sich auch eine Auseinandersetzung zwischen dem grün geführten Bezirksamt und Berlins Sozialsenatorin Elke Breitenbach (Linkspartei), denn das ihr unterstehende LAF sieht keine Veranlassung, für die Kosten aufzukommen. Die Grünen werfen der Senatorin vor, ein „Schwarzer-Peter-Spiel“ zu betreiben.

In der Koalition auf Landesebene tobt ein weiterer Streit um fünf ehemalige Besetzer der Schule. Linkspartei-Fraktionschef Udo Wolf beschwerte sich bei Innensenator Andreas Geisel (SPD), weil er die Abschiebung der fünf abgelehnten Asylbewerber vorbereite. Dabei habe doch der Senat den Besetzern eine zügige und wohlwollende Aufnahme ins Härtefallverfahren zugesichert. Bei den fünf Personen will Geisel aber nicht mit sich reden lassen, weil sie allesamt verurteilte Straftäter seien. Es handele sich dabei keinesfalls um kleinere Delikte wie Ladendiebstahl. Grüne und Linkspartei beklagen nun einen Alleingang des Senators.

Frank Bücker

Zu viele »Malls«?

Berlins 69. Einkaufszentrum hat eröffnet

Berlin hat mit der „East Side Mall“ sein mittlerweile 69. Einkaufzentrum erhalten. An der Warschauer Brücke im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg gelegen, bietet die „East Side Mall“ auf drei Ebenen fast 25000 Quadratmeter Verkaufsflächen.

Bereits in den ersten Tagen nach der Eröffnung des Zentrums sorgten drei falsche Feueralarme samt Evakuierungen für Schlagzeilen. Diskutiert wurde anlässlich der Eröffnung allerdings auch die Frage, wie viele Einkaufszentren Berlin überhaupt vertragen kann. Erst im August war in Berlin-Moabit mit der Eröffnung des „Schultheiss Quartiers“ die 68. Einkaufsmall in Betrieb gegangen. So berichtete der Sender RBB, in vielen Einkaufszentren würden noch Läden leerstehen, und warf die Frage auf: „Sind die fetten Jahre endgültig vorbei?“

> Kritiker warnen vor Grenzen der Kaufkraft

Der Handelsverband Berlin-Brandenburg sieht bei den sogenannten „Malls“ dagegen noch Luft nach oben und kann dabei auf Vergleichswerte anderer Großstädte verweisen. So kommt im Schnitt auf einen Berliner eine Verkaufsfläche von 1,24 Quadratmetern, der Bundesdurchschnitt liegt bei 1,44. Als Ursache für den Berliner Wert wird die unterdurchschnittliche Entwicklung von Verkaufsflächen im Ostteil der ehemals geteilten Stadt gesehen.

Eine für den Einzelhandel in der Hauptstadt zuständige Vertreterin der Gewerkschaft Verdi mahnt dagegen: „Die Kaufkraft in Berlin ist endlich.“ Auch Stadtplaner weisen darauf hin, dass mittlerweile die attraktivsten Standorte oft bereits belegt seien und Einkaufszentren immer häufiger in sogenannten B-Lagen gebaut würden.

N.H.

Bahnhof Zoo wird aufgewertet

Mit dem Konzept „Deutschland-Takt“, das die Deutsche Bahn (DB) allerdings erst 2030 einführen will, sollen künftig wieder mehr Fernzüge am Berliner Bahnhof Zoo halten. 2006 hatte die DB den Bahnhof zum Regionalbahnhof herabgestuft, um die Fahrgäste zum neuen Hauptbahnhof umzuleiten. Laut dem damaligen Bahnchef Hartmut Mehdorn erhoffte man sich dadurch höhere Mieteinnahmen am Hauptbahnhof. Interventionen des Senats und eine Bürgerinitiative blieben erfolglos. Auch die Dauerbaustelle Berlin-Ostkreuz nähert sich ihrer Vollendung. Ab dem 9. Dezember werden alle Gleise wieder nutzbar sein. Die Regionalzüge von Küstrin werden dann dort enden. Die Bauarbeiten an dem benachbarten Bahnhof Warschauer Straße lassen später auch kürzere Fahrzeiten zu. Allerdings wird 2019 noch an dem Empfangsgebäude und den Toiletten gebaut, auch die Verlegung der Straßenbahnlinie 21 direkt vor den Bahnhof steht noch aus.

F.B.

MELDUNGEN

IS setzt sich in der EU fest

Athen – Nahe des Flusses Evros auf griechischer Seite der Grenze zur Türkei wurden drei ermordete Frauen gefunden. Sie mussten niederknien, bevor ihnen der Hals durchgeschnitten wurde. Derartige Taten sind nur vom IS oder den Taliban bekannt. Der Evros ist wieder zum Eingangstor der Balkan-Route geworden, über die jetzt auch der IS seine Leute in die EU schleust. Über 8000 illegal Einreisende sind hier bereits in diesem Jahr festgenommen worden. Parallel zu dem Mord an den Frauen erhärten sich Berichte, dass der IS auch im größten griechischen Lager Moria auf der Insel Lesbos die Kontrolle übernommen hat und hier eine feste Basis errichtet. *B.B.*

Deutsche E-Autos in Israel

Tel Aviv – Die israelischen Firmen Mobileye aus Jerusalem und Champion Motors aus Tel Aviv haben mit Volkswagen eine Unternehmenskooperation zur Gründung eines Fahrdienstes mit selbstfahrenden Elektroautos vereinbart. Volkswagen will die Elektrofahrzeuge einbringen, die Intel-Tochter Mobileye die Technik für den fahrerlosen Betrieb liefern – erstmals mit einem kompletten, laut Unternehmensangaben „schlüsselfertigen" System und Champion Motors soll für Logistik und Infrastruktur verantwortlich sein. Ziel sind Hunderte selbstfahrende Elektroautos der Autonomiestufe 4. Dabei übernimmt das autonome System auch Fahrentscheidungen, selbst wenn der Fahrer nicht auf die Aufforderung zur Übernahme der Kontrolle reagiert. Dazu gehört beispielsweise das Notfallsystem, das den Wagen am Fahrbahnrand zum Halten bringt, wenn der Fahrer nicht mehr reagieren kann, und ein Notfallsignal absetzt. Der Dienst soll bereits 2022 voll in Betrieb sein. *J.H.*

Rom wird Poker gewinnen

Warum die italienische Regierung im Schuldenstreit mit der EU-Kommission die besseren Karten hat

Im Konflikt zwischen der italienischen Regierung und der EU-Kommission um den nächsten Haushaltsentwurf Italiens ist Brüssel im Nachteil. Gleich mehrere Asse hat die Koalition aus Lega und Fünf-Sterne-Bewegung in der Hand.

Bisher einmalig in der Geschichte hat die EU-Kommission den Haushaltsentwurf eines Mitgliedslandes komplett zurückgewiesen. Italiens Regierung hatte einen Budgetentwurf vorgelegt, der im kommenden Jahr in Defizit von 2,4 Prozent vorsieht. Die Haushaltsplanung sieht die Erhöhung von Sozialleistungen und Pensionen sowie die Senkung von Steuern vor. Ursprünglich war zugesagt worden, dass die Neuverschuldung nur bei 0,8 Prozent liegen werde.

Im Streit zwischen italienischer Regierung und EU-Kommission sind die Fronten verhärtet. Matteo Salvini, Innenminister und stellvertretender Ministerpräsident Italiens sowie Parteisekretär der Lega, erklärte in Richtung Brüssel, er würde keine Strafe zahlen. Hintergrund der Aussage ist, dass seinem Land Sanktionen drohen, falls es im Streit um den Haushalt keine Einigung gibt – zumindest in der Theorie.



Roms Blatt ist fast genauso unschlagbar: Ein Royal Flush Bild: Colourbox

In der Praxis hält sich diese Drohung gleich aus mehreren Gründen in Grenzen. So kann sich Italiens Regierung bei ihrer Haushaltsplanung auf eine breite Zustimmung in der Bevölkerung stützen. In einer Isos-Umfrage, die von der italienischen Tageszeitung „Corriere della Sera" unlängst veröffentlicht wurde, sprachen sich 60 Prozent der Befragten für eine erhöhte Kreditaufnahme aus. Hingegen haben laut dem Eurobarometer, einer in regelmäßigen Abständen von der EU-Kommission in Auftrag gegebenen öffentlichen Meinungsumfrage in den EU-Mitgliedsstaaten, nur 36 Prozent der Italiener Vertrauen in die Arbeit der Kommission. Auf ähnlich schlechtem Niveau lag die Zustimmung zur EU nur noch in Großbritannien oder Griechenland. Angesichts dieser Ausgangsbasis besteht aus Sicht der EU-Kommission die Gefahr, dass ein eigener Sieg im Kampf um das italienische Budget die EU-Skepsis unter den Italienern noch weiter erhöht und die EU-kritischen Regierungsparteien Italiens sich im Vorfeld der Europa-Wahlen kommenden Mai als Opfer der EU und eines „deutschen Spardiktats" stilisieren können.

Auch wegen der immensen Höhe seiner Schulden befindet sich Italien in einer starken Verhandlungsposition. Die Italienische Republik hat Schulden in Höhe von 2,3 Billionen Euro angehäuft. Laut Berechnungen der IÉSEG School of Management in Lille halten italienische Banken mit über 600 Milliarden Euro den Großteil dieser Schulden. Die Europäische Zentralbank und die Notenbanken der Eurozone halten italienische Staatsanleihen im Volumen von zirka 360 Milliarden Euro. Hinzu kommen Verbindlichkeiten der italienischen Zentralbank gegenüber anderen Euro-Zentralbanken. Italien ist mit Verbindlichkeiten von über 470 Milliarden Euro der größte Schuldner im Rahmen des Target2-Verrechnungssystems. Als „too big to fail" (zu groß zum Scheitern) könnte es Systemrelevanz gewonnen haben. Robert Halver, Leiter der Kapitalmarktanalyse der Baader Bank, formulierte es in einem Artikel für das „Manager-Magazin" wie folgt: „EU und EZB wissen, dass sie mit Italien im selben Boot sitzen, auf der ‚Eurotanic'. Bei einem römischen Bankrott wird Italien zu einem Schulden-Eisberg, dem die europäischen Finanz-Schotten nicht standhalten." Er äußert die Vermutung, dass die EU vor diesem Hintergrund an Italien kein Exempel statuieren wird.

Wenn alle, also auch die EU-Kommission, gute Miene zum bösen Spiel machen, besteht die Hoffnung, das Problem verschleppen zu können, denn nach gängiger Darstellung werden die italienischen Verbindlichkeiten erst im Falle eines Ausstiegs Italiens aus dem Euro beziehungsweise bei einem Auseinanderbrechen des Eurosystems zu einem offenkundigen Problem. Einen Ausstieg Italiens schließt Beppe Grillo, der Gründer der in Rom mitregierenden Fünf-Sterne-Bewegung, nicht mehr aus. Im Sommer hat er in einem Interview einen „Plan B" für einen Ausstieg seines Landes aus dem Euro verlangt, falls die wirtschaftlichen Bedingungen dies erfordern würden.

Rom in die Karten spielt auch, dass Pierre Moscovici Wirtschafts- und Währungskommissar der EU ist. Der französische Sozialist bekleidete dieses Amt schon, als seinem eigenen Land 2015 ein zweijähriger Aufschub gewährt wurde, als es beim Haushalt die Defizitgrenze nicht einhalten wollte. Der Vorwurf der Parteilichkeit läge nahe, wenn der Franzose nun Italien strenger behandeln würde als weiland sein eigenes Land.

So wundert es nicht, dass Moscovici sich bislang denn auch eher zurückhaltend gibt. In einem Interview mit France Inter, einem landesweit ausgestrahlten Hörfunkprogramm des französischen öffentlich-rechtlichen Hörfunks Radio France, sagte der EU-Kommissar, er wolle wegen der Haushaltspläne keine Krise mit Italien. *Norman Hanert*

Brüssel drückt ein Auge zu

Kein Vertragsverletzungsverfahren gegen Bukarest geplant

Der rumänische Staatspräsident Klaus Johannis übte vor dem Europaparlament in Straßburg deutliche Kritik an der aus der postkommunistischen Partidul Social Democrat (PSD, Sozialdemokratische Partei) und der Alianta Liberalilor si Democratilor (ALDE, Allianz der Liberalen und Demokraten) gebildeten Regierung seines Landes. Er solidarisierte sich mit den seit dem Amtsantritt der linkliberalen Regierung vor fast zwei Jahren nicht abnehmenden Großkundgebungen gegen die Regierung, auf denen ein Rumänien ohne Korruption gefordert wird. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Junker erklärte, dass eine Aufnahme Rumäniens in die Schengenzone nur möglich sei, wenn es im Land einen nationalen Konsens über die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit und den Kampf gegen die Korruption gibt.

Rumänien und Bulgarien sind beide 2007 der EU beigetreten. Bulgarien hatte im ersten Halbjahr 2017 erstmals den Ratsvorsitz der EU, und Rumänien wird diesen im ersten Halbjahr 2019 übernehmen. Damit wird das Land Einfluss auf die Tagesordnung und den Fortschritt der EU bei vielen strittigen Themen gewinnen.

Gleichzeitig wächst die Kritik an der Regierung in Bukarest, weil sie die Arbeit der Antikorruptionsbehörde untergräbt und durch Gesetzesänderungen die Korruptionsbekämpfung weiter erschwert. Während die EU jedoch gegen die nationalkonservativ geführten Regierungen in Ungarn und Polen bereits Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet hat, sträubt sie sich beim linksliberal regierten Rumänien.

Eine Mehrheit von 65 Prozent der Einwohner Rumäniens bekennt sich zur EU-Mitgliedschaft und sieht sie positiv. Das beweisen auch die Massendemonstrationen seit zwei Jahren gegen Korruption und Vetternwirtschaft. Aber bei Parlamentswahlen gehen sie entweder nicht wählen oder wählen mehrheitlich die PSD oder die ALDE.

> In Rumänien regieren halt keine »Rechtspopulisten«

Der Fraktionsvorsitzende der Europäische Volkspartei (EVP), Manfred Weber, warf der linkliberalen Regierung vor, dass sie mehrere rote Linien überschritten habe. Auch der Vorsitzende der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE), Guy Verhofstadt, macht sich Sorgen um Rumänien. An der Korruption in Rumänien sind jedoch auch Verhofstadts politischen Freunde beteiligt. Seit einigen Wochen läuft ein Korruptionsverfahren wegen Amtsmissbrauchs gegen den liberalen Außenminister Rumäniens, der seinen Stiefsohn Sorin Pîrvulescu ohne Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben zum Generalkonsul in Strassburg ernannt hatte.

Vor einigen Wochen ist ein Gutachten der Europäischen Kommission zur Justizreform in Rumänien verheerend ausgefallen. Der bereits in Kraft getretene Umbau des Justizsystems untergräbt laut der sogenannten Venedig-Kommission de facto dessen Unabhängigkeit, während die vom Parlament verabschiedete Strafrechtsnovelle die Bekämpfung der Korruption und des organisierten Verbrechens erheblich schwächt. Johannis hatte dieses Gutachten angefordert. Jetzt forderte der Siebenbürger Sachse an der Spitze Rumäniens die Regierungskoalition auf, alle Empfehlungen der Venedig-Kommission umgehend umzusetzen. Dass Rumäniens sozialdemokratische Regierungschefin Vasilica Viorica Dancila die Empfehlungen der Venedig-Kommission umzusetzen gedenkt, ist jedoch fraglich. *Bodo Bost*

Rückführung à la française

Frankreichs Gendarmerie setzte Asylsucher in Italien aus

Frankreich grenzt an Italien und Spanien. Über diese Länder kommen derzeit die meisten Asylsucher in Europa an. Italien und Spanien sind bekannt dafür, dass sie die meisten Asylsucher gar nicht registrieren, sondern einfach nur durchwinken, damit sie sich woanders in der EU, zumeist in Frankreich oder Deutschland, neue Bleiben suchen. Dies hat Frankreich schon vor Jahren dazu veranlasst, an der Grenze zu beiden Ländern aufgegriffene Asylsucher in Bussen und Polizeibegleitung in die Nachbarländer, aus denen sie kamen, zurückzuschicken. Nach dem Abkommen von Dublin müssen Asylsucher in dem Land, in dem sie die EU betreten, ihr Asylverfahren betreiben. Dennoch hat der italienische Innenminister Matteo Salvini jetzt Polizisten an der Grenze zu Frankreich aufmarschieren lassen, um zukünftig den Rücktransport von Immigranten von Frankreich nach Italien durch die französische Polizei zu verhindern.

Wie italienische Medien vor Kurzem berichteten, hatte ein Minibus der französischen Gendarmerie ohne Kennzeichen Immigranten über die Grenze nach Italien gefahren und sie nahe einer Ortschaft in der norditalienischen Region Piemont abgesetzt. Es soll sich um Immigranten aus Afrika gehandelt haben, deren Spur sich in dem waldreichen Gebiet verlor. Die Aktion der französischen Polizisten war von mobilen Überwachungskameras der italienischen Antiterrorpolizei Digos aufgezeichnet worden.

Der italienische Innenminister sprach von einem „beispiellosen Affront" gegenüber Italien. Sein Land sei nicht das Flüchtlingslager Europas, schrieb er auf Facebook. Das Außenministerium in Rom bestellte den französischen Botschafter ein. In Paris forderte der italienische Botschafter Aufklärung über den Zwischenfall und protestierte gegen die Grenzverletzung. Frankreich sprach von einem Versehen und räumte Fehler ein. Salvini teilte daraufhin auf Facebook mit, der französische Präsident Emmanuel Macron könne „nicht so tun, als wäre nichts geschehen".

> Rom wurde über die Aktion nicht informiert

An der italienisch-französischen Grenze kommt es seit Jahren immer wieder zu Spannungen, weil Tausende Asyltouristen, ohne dass italienische Grenzschützer sie aufhielten, hier die Grenzen auf ihrem Weg Richtung Norden überschreiten. Rom verdächtigt Paris, auf französischem Boden aufgegriffene Immigranten systematisch und ohne Wissen der italienischen Behörden nach Italien zurückzuführen.

Seit dem Antritt der neuen Regierung in Rom, welche die Asylfrage zur Mutter aller Probleme erklärt hat, haben sich die Beziehungen zwischen beiden Ländern verschlechtert. Italien wirft Frankreich seither regelmäßig vor, Rom in der Asylfrage im Stich zu lassen. Bereits im Juni hatte die italienische Regierung den französischen Botschafter einbestellt, nachdem Paris die Weigerung Roms kritisiert hatte, ein Asylsucherschiff in einen italienischen Hafen einlaufen zu lassen.

Allerdings hatte es bereits unter den Vorgängerregierungen Italiens oft Streit wegen den Grenzverletzungen durch Asylsucher gegeben, gegen die auch die vorherigen Regierungen nichts unternommen hatten. Frankreich hatte deswegen mehrmals die Grenze geschlossen und Hunderte Asylsucher bei Ventimiglia in Italien wochenlang blockiert. Seit Jahren hat Frankreich steigende Asylsucherzahlen, während die von Italien und Spanien zurückgehen. *Bodo Bost*

Friedrich Merz' Brötchengeber

Was der Schwarze Fels (BlackRock) ist, für den der Ex-Fraktionschef der Schwarzen (CDU/CSU) arbeitet

Mit der Kandidatur von Friedrich Merz für den CDU-Parteivorsitz ist auch dessen Arbeit für das Unternehmen BlackRock ins Visier der Öffentlichkeit gerückt. Die Vermögensverwaltungsgesellschaft aus den USA ist nicht nur wegen ihrer schieren Größe eine Ausnahmeerscheinung.

Mit einem Anlagevermögen von 6,29 Billionen US-Dollar ist BlackRock der größte eigenständige Vermögensverwalter der Welt. Zu den Kunden zählen Versicherungen, Pensionskassen, Unternehmen, Banken, Stiftungen, aber auch Privatanleger aus über 100 Ländern. An allen 30 DAX-Unternehmen ist Blackrock beteiligt, bei Schwergewichten wie Siemens oder Bayer ist der Vermögensverwalter aus den USA sogar größter Einzelaktionär.

Beeindruckend ist nicht nur das verwaltete Vermögen, sondern auch das Tempo des Aufstiegs von BlackRock. Der Firmenchef Laurence Douglas „Larry" Fink gründete das Unternehmen gemeinsam mit drei Kollegen erst im Jahr 1988. Als ein Erfolgsfaktor wird regelmäßig das firmeneigene Datenanalysesystem „Aladdin" (Asset, Liability, and Debt and Derivative Investment Network) genannt, welches die Risikomanagementplattform des Unternehmens ist.

Beim extrem schnellen Wachstum des Konzerns spielten immer wieder kluge Übernahmen eine Rollen. BlackRock kaufte beispielsweise im Jahr 2005 State Street Research & Management und 2006 Merrill Lynch Investment Managers. Ein wichtiger Schritt für das Unternehmen war die Übernahme des Fondsanbieters Barclays Global Investors (BGI) von der britischen Barclays Bank im Jahr 2009. Blackrock wurde mit dem Schritt zum führenden Anbieter von börsengehandelten Indexfonds, sogenannten exchange-traded funds (ETF).

Börsengehandelte Indexfonds kommen ohne aktive Fondsmanager aus und bilden die Entwicklung von Börsenindizes wie etwa dem deutschen DAX ab, indem die im Index enthaltenen Aktien erworben werden. Dabei handelt es sich zwar um ein margenschwaches Geschäft, allerdings auch um eines der wenigen Geschäfte an der Wallstreet, das nach der globalen Finanzkrise noch stark wächst. In solchen passiven Fonds stecken mittlerweile zwei Drittel des Vermögens, das BlackRock für seine Kunden verwaltet.

Das Geschäft mit Rentenfonds für Anleihen von Staaten und Unternehmen hat BlackRock wiederholt den Vorwurf eingebracht, eine Schattenbank zu sein. Fink sagte wiederholt, das Unternehmen lege lediglich das Geld seiner Kunden an. Auch Friedrich Merz äußerte sich im Jahr 2016 in einem Interview mit der „Börsen-Zeitung" ähnlich: „Wir sind keine Schattenbank, und das sehen auch die Regulierer bislang so. Wir verleihen kein Geld. Wir nehmen kein Geld bei der Zentralbank auf. Wir sind kein Kredithaus. Wir sind ein treuhänderischer Vermögensverwalter – und als solcher voll transparent und reguliert."



Blackrock: Die Zentrale des Finanzkonzerns in New York

Bild: pa

Regelmäßige Kritik entzündet sich an einem weiteren Standbein des Finanzgiganten. Blackrock bietet über sein Tochterunternehmen „BlackRock Solutions" Beratungsdienstleistungen an. Zu den Kunden zählen auch große Zentralbanken. Seit dem Jahr 2011 hat etwa die Europäische Zentralbank (EZB) immer wieder Experten der BlackRock-Tochter als externe Berater engagiert. Kritiker warnen vor einem möglichen Interessenkonflikt. Zum einen ist BlackRock über die Tochtergesellschaft zum Beispiel bei der Durchführung der Bankenstresstests involviert. Auf der anderen Seite hält der Vermögensverwalter große Aktienpakete der geprüften europäischen Banken. Der Bankökonom Martin Hellwig kritisierte im „Tagesspiegel" die Beauftragung als Berater als „grundsätzlich falsch", da werde „einem privaten Unternehmen eine hoheitliche Aufgabe anvertraut".

Inzwischen wird auch immer öfter die Frage diskutiert, welche Effekte sich daraus ergeben, dass einigen wenigen Vermögensverwaltern wie den „großen Drei" BlackRock, Vanguard und State Street Global immer mehr Geld anvertraut wird.

Nach Berechnungen, die der Finanznachrichtendienst Bloomberg im letzten Jahr vorlegte, werden die beiden Vermögensverwalter BlackRock und Vanguard in weniger als einem Jahrzehnt insgesamt 20 Billionen US-Dollar verwalten. Zum Vergleich: Das Bruttoinlandsprodukt der Vereinigten Staaten lag 2017 bei etwa 19,4 Billionen Dollar. Mit der steigenden Bedeutung der großen Vermögensverwaltungsgesellschaften wächst die Frage nach der Zukunft der Marktwirtschaft. Im Zusammenhang mit dem Boom bei passiven Anlageformen wie Indexfonds sehen einige Marktbeobachter die Gefahr, dass der Druck auf Unternehmen nachlässt, nachhaltig gut zu wirtschaften. Auch einige Ökonomen in den USA warnen, dass die Beteiligungen einiger weniger Großinvestoren an mehreren Unternehmen einer Branche zu nachlassendem Wettbewerb auf dem Mark führt. *Norman Hanert*

MELDUNGEN

Fessenheim bleibt am Netz

Paris – Der Staatsrat, das oberste Kontrollgremium der französischen Republik, hat den Regierungserlass zur Abschaltung von Frankreichs ältestem Kernkraftwerk in Fessenheim direkt an der deutsch-französischen Grenze bei Freiburg im Breisgau für ungültig erklärt. Demnach hat es rechtliche Fehler der alten sozialistischen Regierung bei dem Stilllegungsbeschluss gegeben. Die Gemeinde Fessenheim und linke Gewerkschaften hatten gegen die Schließung geklagt. Beide fürchten massive Arbeitsplatzverluste, wenn das störanfällige Atomkraftwerk wie geplant bis 2022 abgeschaltet werden sollte. *B.B.*

Banken wollen nach Frankfurt

Bonn – Bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht sind bisher 30 Anträge von Finanzinstituten eingegangen, die im Zuge des bevorstehenden Austritts Großbritanniens aus der EU nach Deutschland umziehen wollen. Die Bundesanstalt verweist in diesem Zusammenhang auf eine Untersuchung, wonach sich Frankfurt unter den globalen Finanzstandorten von Platz 20 auf Platz zehn verbessert habe. Frankfurt liege damit vor Luxemburg (Platz 14) und deutlich vor Paris (Platz 26) sowie Dublin (Platz 30). *J.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.933.163.457.861 €
Vorwoche: 1.933.211.599.417 €

Verschuldung pro Kopf:
23.350 €
Vorwoche: 23.351 €

(Dienstag, 6. November 2018, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Neue Köpfe und Ressorts

Nach der Präsidentenwahl formiert sich Brasiliens Regierung

Die Wahl Jair Bolsonaros zum brasilianischen Präsidenten sorgt für Besorgnis bei dem bisherigen Umweltminister Edson Duarte und Umweltschutzorganisationen. Nach Bolsonaros Ankündigungen, das Amazonasgebiet zur wirtschaftlichen Ausbeutung freizugeben, befürchten sie das Schlimmste. Bolsonaro gilt als Unterstützer der Agrarlobby. Diese hatte gefordert, die Zahl der Naturschutzgebiete zu reduzieren und mehr Flächen für die Landwirtschaft freizugeben. Bolsonaro will das Umwelt- und das Landwirtschaftsministerium zusammenlegen, was, so die Befürchtung von Umweltschützern, auf Kosten des Umweltschutzes gehen wird. Außerdem wurde bekannt, dass Bolsonaros Wirtschaftsberater Paolo Guedes Chef eines neuen Superministeriums werden soll. Das neue Ressort wird aus dem Finanz-, dem Wirtschafts- und dem Industrieministerium sowie der Privatisierungsbehörde gebildet.

Aus Sicht der EU-Kommission ist diese Personalentscheidung kein positives Signal für den seit Jahren angestrebten Abschluss des Freihandelsabkommens zwischen der EU und dem südamerikanischen Wirtschaftsblock Mercosur, dem außer Argentinien, Uruguay Paraguay und dem dauerhaft suspendierten Venezuela auch Brasilien angehört. Guedes ist als Kritiker des Mercosur-Abkommens bekannt.

Aus diesem Grund hatten die Verhandlungspartner noch kurz vor der Wahl in Brasilien für Anfang September in Uruguay eine weitere Verhandlungsrunde anberaumt. Die Mercosur-Staaten liefern vornehmlich Agrarrohstoffe, die lateinamerikanischen Verhandlungspartner die europäischen Subventionen für den Agrar- wie auch den Automobilsektor. Die EU meint, ihrerseits keinen Spielraum für weitere Zugeständnisse bei dem Rindfleischimport zu haben. Das angebotene Einfuhrkontingent von 99 000 Tonnen wird vor allem von Frankreich, Belgien und Irland kritisiert.



Brasiliens designierter Staatspräsident: Jair Bolsonaro

Bild: Agência Brasil Fotografias

Die EU, der wichtigste Handelspartner des Mercosur, exportiert Autos, Chemieprodukte, Maschinen und Ausrüstungen. Nachdem es im Laufe dieses Jahres immer wieder Stockungen bei den Treffen gegeben hatte, standen die Verhandlungen zuletzt angeblich unmittelbar vor dem Abschluss.

Doch es kam erneut zu keiner Einigung. Wieder beanstandeten die Agrar- … Auf einer Pressekonferenz im Vorfeld der Verhandlungen verlangte der agrarpolitische Sprecher der Fraktion Die Grünen/Europäische Freie Allianz im Europaparlament, Martin Häusling, auch wegen der schwierigen politischen und wirtschaftlichen Lage Brasiliens und Argentiniens ein Ende der Verhandlungen. *Dagmar Jestrzemski*

Digitalsteuer kommt 2020

Nach dem Brexit soll sie in Großbritannien Realität werden

Nach dem Brexit soll in Großbritannien ab dem Jahr 2020 eine Digitalsteuer für große Internetkonzerne gelten. Die britische Regierung erhofft sich dadurch Einnahmen in Millionenhöhe und setzt dabei groteskerweise ein Vorhaben um, das die EU-Kommission seit Langem auf der Agenda hat, das aber innerhalb der EU auf starke Widerstände stößt. Schatzkanzler Philip Hammond kündigte an, im April 2020 eine besondere Steuer auf die Umsätze einzuführen, die Internetkonzerne im Königreich machen. Die „Digital services tax" soll es Unternehmen wie Facebook, Amazon oder der Google-Mutter Alphabet erschweren, Gewinne in Staaten mit niedrigeren Steuersätzen zu verschieben.

Die Konzerne sollen nach einem Bericht der Wochenzeitung „Die Zeit" ab dann eine Steuer von zwei Prozent auf das mit britischen Nutzern und Nutzerinnen verdiente Geld zahlen. Großbritanniens Regierung rechnet durch die Steuer ab 2020 mit jährlichen Einnahmen von rund 400 Millionen Pfund.

Sobald der Brexit vollzogen ist, kann Großbritannien unabhängig von den Vorgaben der EU-Kommission agieren. Diese hat kürzlich einen Gesetzentwurf vorgelegt, der vorsieht, für Digitalfirmen mit einem Umsatz von mindestens 750 Millionen Euro sowie einem Online-Umsatz von 50 Millionen Euro in Europa drei Prozent Umsatzsteuer zu erheben. Auch die Regeln zur Körperschaft will man langfristig ändern, um Firmen auch ohne physische Präsenz in einem Land besteuern zu können. Nach den bislang gültigen internationalen Steuerregeln kann ein Staat ein Unternehmen aus einem anderen Land nur besteuern, wenn es dort eine dauerhafte physische Betriebsstätte hat. In vielen EU-Staaten haben große Digitalunternehmen eine solche physische Betriebsstätte nicht. „Und dort, wo sie präsent sind – das prominenteste Beispiel ist Apple in Irland –, profitieren die Unternehmen von speziellen Steuerabsprachen, die die jeweiligen Behörden auf sie zugeschnitten haben", schreibt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung".

> Die EU konnte sich dazu noch nicht durchringen

Europäische Technologiefirmen – darunter Spotify, Booking.com und Zalando – sprechen sich naheliegenderweise öffentlich gegen die sogenannte Digitalsteuer aus. In einem Brief an die Finanzminister der 28 EU-Staaten drängen die Geschäftsführer von 16 Unternehmen des europäischen Tech-Sektors darauf, die Pläne für die Digitalsteuer zu verwerfen. „Eine Besteuerung der Einnahmen von Technologiefirmen mit drei Prozent wird der Technologiebranche in der EU einen erheblichen Schaden zufügen", heißt es in dem Schreiben.

Der sozialdemokratische Bundesfinanzminister Olaf Scholz laviert in der Frage, ob er eine Digitalsteuer befürwortet oder nicht. In Berlin gibt es Befürchtungen, die Steuer könnte den Handelskonflikt mit den USA weiter verschärfen. Noch deutlicher ist der Widerstand von Steuerparadiesen wie Irland, die viele große Internetunternehmen beheimaten. Scholz, so heißt es in Berlin, sei nicht grundsätzlich gegen die Besteuerung von Digitalunternehmen. In einem Positionspapier seines Ministeriums heißt es, Regelungen der EU-Kommission „sollen einen fairen Beitrag zur Finanzierung öffentlicher Güter" leisten. Allerdings sei eine „Nutzungsbesteuerung", wie von der Kommission geplant, „nicht zielführend". Denn als Exportnation profitiert Deutschland auch in vielen Fällen vom Grundsatz, dass Gewinne dort zu versteuern sind, wo sie entstehen. *Peter Entinger*



Schwarzer Humor

Von Florian Stumfall

Wenn man es nicht besser wüsste, könnte man meinen, bei der EU gebe es so etwas wie einen Sinn für Schwarzen Humor. Da findet im fernen Brasilien eine Präsidentenwahl statt, ein Vorgang von demokratischer Erhabenheit. Kaum aber sind die Wahlurnen weggeräumt, das Feuerwerk verglüht die Wähler in der Taberna, und noch hat der neue Präsident auf seinem Sessel kaum Platz genommen, stellt man in Brüssel fest, dass einem das Ergebnis nicht passt, und in einem solchen Fall muss man natürlich einschreiten, zumindest diplomatisch.

Eingeleitet durch eine aufgeschürfte Berichterstattung, die einen wahren Gottseibeiuns vorstellt, und vorangetrieben durch entschlossene Bekundungen aus Politikermund hat der neue Amtsträger schon keine Chance mehr, vor europäischen Demokratie-Richtern zu bestehen. Das wirft zwei Fragen auf.

Zum einen: Wann wird der Westen aufhören mit dem ebenso anmaßenden wie lächerlichen Versuch, seine ureigenen Ordnungsvorstellungen und die dazugehörige Moral dem ganzen Globus aufzuzwingen? Wenn es sein muss, mit Gewalt? Die vielbemühte Toleranz in der Politik scheint für alle diejenigen zu gelten, welche dieselbe Meinung vertreten wie Berlin, Brüssel oder Washington. Für andere nicht.

Die zweite Frage: Was hat ihrerseits die EU mit Demokratie zu tun? Eine Organisation, deren Spitze über eine Machtfülle verfügt wie eine asiatische Militärjunta? Klagen über diesen Zustand wurden vielfach geführt, niemals erhört, geschweige denn, dass es je einen Versuch gegeben hätte, grundsätzliche Änderungen herbeizuführen. Davon darf man die Einsicht ableiten: Wer Demokratie predigt und nicht betreibt, ist ein größeres Ärgernis als einer, der sich von vorneherein nicht darauf beruft.

Man sollte ihn einfach einmal anfangen lassen zu regieren, den brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro. Für empörte Heuchelei ist später noch Zeit genug.

Grundsätzlich bedenkenswert

Von Herman Paul Winter

Der grüne Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer meldete sich nach der Gruppenvergewaltigung an einer 18-Jährigen in Freiburg mit Vorschlägen zu Wort, wie man künftig solche Straftaten würde verhindern können. Unter anderem möchte Palmer gewaltbereiten Asylsuchern die Bewegungsfreiheit entziehen und sie in „entlegenen Gegenden" unterbringen. Außerdem sei ein „doppelter Spurwechsel" hilfreich. So könne man die Verbrechen drastisch reduzieren. Das ist grundsätzlich ein löblicher Vorstoß, allerdings einer, der nur wenig praktikabel sein dürfte.

Asylsucher seien dann gewaltbereit, wenn sie dies wiederholt gezeigt und Polizei, Ordnungsbehörden oder Sozialarbeiter hiervon Kenntnis erlangt hätten, definiert Palmer. Doch kann sich Gewaltbereitschaft nicht allein an diesen Kriterien messen lassen. Es ist kaum auszuschließen, dass sich auch in den Reihen der Nicht-Auffälligen Gewaltbereite befinden.

Mit seinem Slogan „doppelter Spurwechsel" wirbt Palmer dafür, Gewalttätige in einer Art Ankerzentren in Schach zu halten, solange sofortige Abschiebungen nicht funktionieren. Den „Anständigen, egal woher sie gekommen sind", will er dauerhaftes Bleibrecht einräumen. Bleiberecht für anständiges Verhalten? Diesen Vorschlag hat Palmer entweder nicht zu Ende gedacht oder Geist und Gesetze der Asylgewährung sind für ihn ohne Bedeutung. Denn mit einem solchen Anreiz öffnet er dem Asylstrom nach Deutschland Tür und Tor mit der Folge, dass die Zahl der durch Asylsucher verübten Verbrechen nicht reduziert, sondern erhöht wird.

> Belohnung für Gesetzestreue ist ein falscher Anreiz

Die von Palmer ins Spiel gebrachten Landeseinrichtungen – wo immer sie Platz finden mögen – sollten „nicht zu groß" sein, sie sollten mit einer Überzahl an Sicherheitspersonal sowie starker Polizeipräsenz ausgestattet werden und über „keine nächtliche Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr" verfügen. Leider sind auch diese Vorstellungen realitätsfern. Für einen Kriminellen wird nicht von Belang sein, ob er nachts oder tags zu einem Verbrechen ausrückt. Und vor allem: Für die Bewachung der vielen hinzukommenden kleinen Einrichtungen und starke Polizeipräsenz fehlt das Personal.

Immerhin: Während der grüne Ministerpräsident Winfried Kretschmann 2015 die Aufhebung der Residenzpflicht für Asylbewerber erwirkt und damit den Gewalttätern Bewegungsfreiheit verschafft hat, möchte Palmer eben diese Bewegungsfreiheit wieder einschränken. Auch wenn Zweifel an der Umsetzbarkeit bestehen, ist Palmers Vorschlag grundsätzlich bedenkenswert. Auch hat Palmer wiederholt gezeigt, dass er nicht zu denen gehört, die in Sachen Asyl zu rein kosmetischen Vorschlägen neigen.



Verteilung als Lösung: Tübingens grüner Oberbürgermeister Palmer will Asylsucher in vielen kleinen Unterkünften auf dem Land unterbringen

Bild: pa

Gegenwind



Was die Politik mit der Angst so lohnend macht

Von Florian Stumfall

Das Wort „Problemlösungskompetenz" gehört zu den semantischen Neuschöpfungen der jüngeren Zeit. Funktional gehört es zu jenen Begriffen, die den Mangel dessen beschreiben, was sie ausdrücken. „Kompetenz" ist eine Möglichkeit, keine Ausführung, mithin haftet dem Wort immer ein substantieller Zweifel an. Wer Probleme wirklich löst, macht das durch eine Handlung, nicht durch eine Wortneuschöpfung. Deshalb hat es vor Jahrzehnten, als dem politischen Personal noch etwas Elitehaftes anhing, diesen Begriff nicht gegeben.

Doch am besten erörtert man diesen delikaten Zusammenhang an einem Beispiel. Im Verlauf der ersten rot-grünen Koalition in Berlin unter dem Bundeskanzler Gerhard Schröder gab es einen grünen Umweltminister namens Jürgen Trittin. Angetreten mit den erhabensten Ansprüchen, entpuppte er sich bald als taube Nuss. Er hat das nirgendwo so eindringlich bestätigt wie bei seinem Titanenkampf gegen leere Blechdosen.

Zugegeben, leere Blechdosen sind ein Ärgernis, ebenso wie jeder andere Müll, der in die Natur entleert wird. Hier muss man Herrn Trittin Recht gegeben, wenn auch nicht er es war, der das als erster erkannt hat. Doch was er dann mit seinen Büchsen aufführte, war grotesk. In der Bundesrepublik Deutschland, einer der führenden Industrienationen dieser Welt und auch politisch nicht ohne Bedeutung, gab es rund ein Dreivierteljahr lang kein Thema, das mit solcher Inbrunst behandelt worden wäre wie die Blechbüchsensaga. Das Volk der Dichter und Denker war mit einer intellektuellen Herausforderung konfrontiert, die es an seine Grenzen führte. Irgendwann war ein Ende damit, wie die Heroenschlacht endete, weiß heute niemand mehr. Hier wird verständlich, warum der Begriff von der Problemlösungskompetenz hat erfunden werden müssen.

Wer indes hofft, die Dinge hätten sich seither zum Besseren gewandelt, der irrt. In diesen Tagen wird der Kampf um Stickoxyd und Dieselfahrzeuge geführt, wahrscheinlich mit noch mehr Ingrimm als einst derjenige ums Dosenblech. Die Stichwörter sind schnell genannt: Stickoxyd, Lebensgefahr, Diesel, Fahrverbote. Letztere haben einen humoristischen Nebeneffekt, weil durch sie inkriminierte Fahrzeuge längere Routen nehmen müssen als notwendig. Wie gesagt – die Sache mit der Kompetenz.

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind" gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht" hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Der Kern des Problems liegt aber woanders, nämlich bei den Grenzwerten. Die Politik – nicht etwa die Wissenschaft – hat für den Straßenverkehr eine Obergrenze von 40 Mikrogramm Stickoxyd pro Kubikmeter Luft festgelegt, alles darüber sei schädlich, so die Begründung. Woher dieser Wert kommt – man weiß es nicht, jedenfalls nicht aus der Wirklichkeit. Der nämlich sieht folgendermaßen aus: Der Grenzwert für einen Arbeitsplatz beträgt in Deutschland 950 Mikrogramm pro Kubikmeter, die bedächtigen Schweizer lassen sogar 9000 Mikro zu. Und wenn ein Raucher eine Zigarette inhaliert, so kommt er auf glatte 100000 Mikrogramm. Hätte die Politik recht, so müsste jeder Raucher mit der noch brennenden Zigarette in der Hand tot aus seinem Sessel sinken.

„Ist dies schon Tollheit, hat es doch Methode", heißt es in William Shakespeares „Hamlet" in anderem Zusammenhang, aber man gewinnt den Eindruck, dass auch die willkürliche Festlegung von Grenzwerten durch die Politiker einen methodischen Zug aufweist. Nicht zum ersten Mal führt sie zu Panikattacken der Gesellschaft. In großem Umfang geschah dies, als im Jahre 1986 in der damaligen Sowjetunion das Kernkraftwerk Tschernobyl havarierte. Auch damals führte die Politik umgehend Grenzwerte ein, in Deutschland eine zulässige Strahlenbelastung von 800 Becquerel (Bq) pro Liter Flüssigkeit beziehungsweise Kilogramm (Kg) festem Material. Wiederum aber wurde die Grenze nicht nach wissenschaftlichen Daten, sondern in dem Bemühen festgelegt, ein gutes Bild vor dem Publikum abzugeben, was die Sorgsamkeit der Politik um das Wohl der Bürger betrifft.

Hätte man die vielfältige natürliche Strahlung ins Auge gefasst, so wäre sehr schnell klar geworden, dass die 800 Bq völlig willkürlich sind. Die lebenslange zusätzliche Strahlenbelastung für einen Erwachsenen in Deutschland beträgt weniger als ein Prozent der natürlichen Strahlung. Ein paar Langstreckenflüge oder regelmäßiger Fernsehkonsum machen ein Vielfaches aus. Wer vom Arzt eine Kur in Bad Gastein verschrieben bekommt, weil diese der Gesundheit dienlich ist, schluckt dort mit jedem Liter Wasser 2500 Bq. Der Unterschied zu jenem verbotenen Kilogramm Wildpret ist aber der, dass man das Gasteiner Wasser tatsächlich literweise trinkt, aber niemand Fleisch nach Kilo isst. Ein statistischer „Standardmensch" hat eine innere Radioaktivität von zirka 9000 Bq. In seinem Körper zerfallen jede Sekunde 9000 Kerne das sind fast 800 Millionen pro Tag. Trotzdem wird noch heute auf radioaktive Restbestände in Deutschland aus der Tschernobylkatastrophe hingewiesen.

Warnungen vor lebensbedrohlichen Gefahren gibt es ebenso etwas weniger spektakulär, auch wenn kaum ein Sommer vergeht ohne Geflügelpest, Rinderwahn oder Würmern im Fisch, wenn man auch nie davon hört, dass irgendjemand zu Schaden gekommen wäre. Was typisch in diese Reihe passt, war vor Jahren die Sache mit den Nitrosaminen. Diese sind organische Verbindungen, die sich in vielen Lebensmitteln finden. Aktiviert werden sie in sauren Milieus, wie etwa im Magen nach dem Verzehr. Alsdann können sie krebserregend wirken, so die drohende Warnung.

Der Autor: Florian Stumfall ist ein christsoziales Urgestein. Unter anderem war der 1943 geborene promovierte Politikwissenschaftler ein Vierteljahrhundert lang Redakteur beim „Bayernkurier". In mehreren Büchern hat er das Zeitgeschehen aus konservativer Weltsicht aufs Korn genommen.

Einen schönen Sommer lang waren also die Nitrosamine der Schreck der Ängstlichen und die Wonne der Medien. Als schließlich verbreitet wurde, dass sogar beim Backen von Brot Nitrosamine entstehen, war der Boom nicht mehr zu überbieten. Es kann nicht verwundern, dass auch in diesem Fall wie vielen ähnlichen der Grenzwert das entscheidende Datum darstellte. Und hier wie anderswo ging es, locker gesagt, nach der Methode: Wenn eine Ratte 50 Jahre lang täglich 30 Kilogramm von dem und dem Wirkstoff zu sich nimmt, dann kann es geschehen ...

Ob Tschernobyl, Diesel oder Formaldehyd, das auch einmal eine Gruselsaison lang den Ton angeben durfte, bei allen Erscheinungen keimt der Verdacht, dass den Politikern Angst und Panik willkommen sind. Bei den meisten Journalisten sind diese Erscheinungen ohnehin eine beliebte Form der Konjunkturspritze, aber bei den Politikern? Auf den ersten Blick nicht so sichtbar, ziehen auch sie Nutzen aus dem täglichen Grauen.

Angst ist das am besten bewährte Mittel, dem Staat zu einer Macht über die Bürger zu verhelfen, die diese ihm niemals von selbst überantworten würden. Daher ist sie ein Wesensgrund der Diktaturen. Und Ordnungen, die sich dem Totalitären nähern, greifen mehr und mehr zu dem Mittel der Angstverbreitung. Es kommt dabei darauf an, dräuende Zustände zu schildern, denen gegenüber Beschwernisse, die der Staat auferlegt, als das weitaus geringere Übel erscheinen – seien es überhöhte Steuern oder Einschränkungen der Meinungsfreiheit. Wer würde beispielsweise widerspruchslos ein gefräßiges NATO-Monster mit Abermilliarden füttern, wenn nicht zuvor Russland als ein teuflisches System der Bedrohung dargestellt worden wäre? Die Angst lockt den Euro aus dem Portemonnaie und gebietet Stillschweigen, wo eine abweichende Meinung sich regen könnte. So gesehen muss man der Politik doch eine gewisse Problemlösungskompetenz zuschreiben. Nur handelt es sich dabei um andere Probleme als diejenigen der Bürger.



»Ist das gerecht?«

ARD-Themenwoche beschäftigt sich mit Gerechtigkeit und Chancengleichheit

Gerechtigkeit und Chancengleichheit in unserer Gesellschaft: Das ist das Thema der ARD-Themenwoche 2018. Unter der Leitfrage „Ist das gerecht?" werden sich vom 11. bis zum 17. November alle Fernseh- und Radioprogramme der ARD sowie die Online-Angebote in allen Genres mit dem Thema beschäftigen.

Fragte man einen der Zuwanderer, die zu Hunderttausenden den Weg nach Deutschland suchen, so erwarten sie wohl ein Land, in dem Milch und Honig fließen: Jeder hier hat angeblich ein Haus und ein Auto, wer keine Arbeit hat, kriegt trotzdem Geld, wer beim Arzt eine Karte seiner Krankenkasse rüberschiebt, wird versorgt, fast kostenlos. Und im Alter kann man die Hände in den Schoß legen, bezieht Rente und hat es gut. Deutschland – gelobtes Land?

Die ARD leuchtet mit ihrer Themenwoche „Gerechtigkeit" vom 11. bis 18. November hinter die Kulissen dieser Märchenwelt, trägt im Ersten und allen dritten Programmen, im Rundfunk und online Filme, Reportagen und Porträts zusammen – und findet Ungerechtigkeiten zuhauf. Eigens in Auftrag gegebene Statistiken beleuchten ein reiches Land, in dem die einen den Dritturlaub in die Karibik planen und die anderen froh sind über eine bezahlbare Wohnung mit ein wenig Morgensonne. 51 Prozent erleben ihre Gesamtsituation als eher gerecht, 46 Prozent als ungerecht.



Bild: rbb/Degeto/Moovie GmbH/Julia Terjung

Ist das gerecht? In „Terror – Ihr Urteil" muss sich Eurofighter-Pilot Lars Koch (Florian David Fitz) für den Abschuss eines entführten Passagierflugzeuges verantworten. Sein Verteidiger (Lars Eidinger, li.), die Staatsanwältin (Martina Gedeck) und der Richter (Burghart Klaußner, re.)

Ungerecht sind vor allem die Zwei-Klassen-Medizin, die ungleich verteilten Bildungschancen und die ungleiche Entlohnung zu Lasten der Frauen. 16,26 Euro pro Stunde war 2016 der durchschnittliche Bruttoverdienst für eine Frau. Ein Mann erhält 20,71 Euro, also ein Fünftel mehr. Durchschnittlich verdienen Frauen bei gleicher Leistung 20 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen.

Fernsehfilme zeigen, wie im Gelsenkirchen des Jahres 1979 weibliche Angestellte um den gleichen Lohn wie Männer kämpfen („Keiner schiebt uns weg", Mittwoch, 14.11., 20.15 Uhr). Die Ungleichheit ist trotz feministischer Revolten bis heute geblieben und reicht hoch bis zur gläsernen Decke, an die ehrgeizige Frauen oft stoßen. Selbst eine gefeierte Diva wie Iris Berben bekennt: „Männer werden anders bezahlt." Besser nämlich. („Superfrauen – die weibliche Seite des Films", Sonntag, 11.11., 23.35 Uhr). Stimmt, im wohlhabenden Deutschland muss keiner unter Brücken schlafen oder seine minderjährigen Töchter an alte Männer verheiraten, damit ein Esser weniger an der Couscous-Schale hängt.

Aber ist es gerecht, dass Menschen nach 45 Jahren am Fließband, in der Bäckerei oder im Büro mit 878 Euro Rente pro Person auskommen müssen? Seit 2003 hat sich die Zahl der Rentner verdoppelt, die von ihrer Rente nicht leben können. Mehr als 500 000 müssen aufstocken. Die Dunkelziffer ist hoch. Viele alte Menschen trauen sich nicht zum Sozialamt, weil sie sich schämen.

Und es ist richtig: Wer hierzulande eine medizinische Behandlung benötigt, wird sie bekommen. Fragt sich nur, wann, fragt sich, in welcher Klinik er behandelt wird und wieviele Reha-Maßnahmen ihm von seiner Krankenkasse zugestanden werden. Deutschlands Zwei-Klassen-Medizin ist ein Aufreger quer durch alle Bevölkerungsschichten. Ist es etwa gerecht, dass ein Kassenpatient monatelang auf einen Termin beim Facharzt warten muss, während Privatpatienten zum Arzt durchgewinkt werden? Ist es hinnehmbar, dass viele sich gleich in die Notaufnahmen der Krankenhäuser flüchten und die wirklich akut Erkrankten auf den Fluren warten müssen?

„Einigkeit und Recht und Freiheit" heißt es in der Nationalhymne der Deutschen, aber Recht bekommt oft nur der, der den richtigen Anwalt bezahlen kann. Tagesthemen-Moderator Ingo Zamperoni wird genau dieses Thema mit fachkundigen Gästen diskutieren („Das soll Recht sein? Umstrittene Urteile", Sonntag, 11.11., 22 Uhr, NDR). Der „Polizeiruf" mit Charly Hübner und Anneke Kim Sarnau (Sonntag, 11.11., 20.15 Uhr) wirft das Thema auf, ob es sich mit dem Gerechtigkeitsempfinden vereinbaren lässt, wenn ein einmal Freigesprochener wegen desselben Verbrechens kein zweites Mal angeklagt werden darf. Auch dann nicht, wenn die neuen Verdachtsmomente erdrükkend sind?

Schließlich: Die Chancen, sein Leben frei zu gestalten, hängt wie zu feudalen Zeiten von dem Vermögen und dem Bildungsstand der Eltern ab. Denn der Zugang zur Bildung und damit zu einem qualifizierten und gut bezahlten Beruf gleicht weiterhin einem Nadelöhr: In gehobenen Kreisen gehört das Auslandsjahr in Kalifornien oder Brighton zum Standard, in weniger privilegierten können Kinder auch in der vierten Klasse nicht richtig lesen. Gerade Jungen fallen zurück, sie kompensieren ihr angekratzes Selbstbewusstsein mit umso lauterem Auftreten. In sozialen Brennpunkten schließen sich viele zweifelhaften Peer-Groups (Gruppen mit gleichen Interessen) an und geraten auf die schiefe Bahn. Der Fall der Berliner Jugendrichterin Kirsten Heisig, die sich einer zu laxen Verurteilung junger Straffälliger entgegensetzte und kurz vor Veröffentlichung ihres Buches tot aufgefunden wurde, wird in dem hervorragenden Film mit Martina Gedeck („Das Ende der Geduld", Montag, 12.11., 22.45 Uhr, MDR) nochmals aufgegriffen. Außerdem sendet das Erste eine Dokumentation. („Tod einer Richterin", MDR, 11.11., 21.30 Uhr).

13,4 Millionen Menschen waren im Jahre 2016 armutsgefährdet. Als arm wird laut Statistik bezeichnet, wer als Alleinstehender 1064 Euro in der Haushaltskasse hat, als Ehepaar mit zwei Kindern unter 14 Jahren 2243 Euro. Der Mindestlohn von derzeit 8,84 Euro steht dabei oft nur auf dem Papier: Eine aufrüttelnde Reportage zeigt das Leben der Paketfahrer, die den zunehmenden Online-Handel schultern. Moderne Sklaven, oft ohne feste Arbeitsverträge, die jährlich 3,3 Milliarden Pakete treppauf, treppab schleppen und nicht die leiseste Chance haben, jemals eine Rente zu erhalten. („Paketfahrer – ausgebeutet für den Online-Boom", Mittwoch, 14.11., 20.15 Uhr, SWR)

Ob die Schwerpunkt-Woche der viel gescholtenen Medien an diesen Zuständen etwas ändern kann? Auch die öffentlich-rechtlichen Anstalten mit ihren zwangsweise einkassierten Gebühren in Milliardenhöhe, mit ihren aufgeblähten Verwaltungen und ihren wohlversorgten Mitarbeitern stehen schließlich auf dem Prüfstand, wenn es um Gerechtigkeit geht. Das wäre glatt mal eine Extra-Sendung wert. *Anne Martin*

Lebendige Musikgeschichte

Ausstellung über »Pink Floyd« in Dortmund

Kann man Musikgeschichte überhaupt in einem Museum ansprechend aufbereiten? Die Frage lässt sich im Fall der Ausstellung „Pink Floyd – Their Mortal Remains", die im Dortmunder U, dem in der ehemaligen Union Brauerei befindlichen Zentrum für Kunst und Kreativität, mit einem eindeutigen und begeisterten „Ja!" beantworten. Die Ausstellung stellt die britische Band, ihre Mitglieder, ihre Musik und ihre musikalische Entwicklung vor. Sie bietet einen Rückblick auf über 50 Jahre Band- und Musikgeschichte und ist gleichzeitig auch eine Reminiszenz an das legendäre Wall-Konzert in Dortmund 1981.



Bild: Rupert Truman/Pink Floyd Music Ltd Courtesy of Pink Floyd

Nachgebaute Kulisse von Pink Floyds „The Wall"-Tour 1980/81

Mit „Another Brick in the Wall" hat Pink Floyd 1979 Musikgeschichte geschrieben. Man schreibt das Jahr 1965, als in London Syd Barret, Richard Wright, Roger Waters und Nick Mason eine Band gründen. Zu dieser Zeit waren Gruppen wie die Beatles und die Rolling Stones kommerziell und musikalisch auf jeden Fall erfolgreicher. Dank ihres eigenen Stils, für den Barret in den ersten Jahren prägend war, setzte der internationale Erfolg dann in den 1970er Jahren ein mit Liedern wie „Wish you were here" oder „Shine on you crazy diamond". Als Musikgruppe existiert Pink Floyd auch heute noch, auch wenn die Mitglieder in der Zwischenzeit gewechselt haben.

Der Erfolg wird in der Ausstellung chronologisch nachgestellt. Beginnend im Jahre 1965 wandert der Besucher durch einen schier endlosen, verwinkelten Gang. An den vielen aufeinanderfolgenden Stationen blickt man auf die wichtigsten Punkte im Leben der Musikgruppe. Viele Fotos, Zeitungsartikel, LP-Cover, Musikinstrumente und Plakate gibt es zu sehen. Lesetafeln liefern ergänzende Informationen.

Am wichtigsten sind aber die Filmeinspielungen an den zahlreichen Videostationen. Hier kommen die Musiker zu Wort, berichten über ihre Arbeit und spielen einzelne Lieder ein. Die gesellschaftlichen, politischen und musikalischen Einflüsse werden dabei ausgeblendet – einzig und allein Pink Floyd und ihre Leistungen stehen im Vordergrund.

Als Besucher lernt man sogar etwas über die Bedeutung der Architektur für die Bühnenshows und Videoclips kennen – die dazugehörigen Beiträge sind mehr als ein „Making-of", sie vermitteln fast so etwas wie musikwissenschaftliche Theorie.

Am Ende des Rundgangs gibt es einen sogenannten Performance-Bereich. Dort kann man auf einer Leinwand ein Konzert quasi live und mit viel Atmosphäre erleben.

30 Euro Eintritt kostet der Spaß. Angesichts der multimedialen Ausstattung, Aufmachung und des umfangreichen Dokumentationsmaterials ist der Preis aber durchaus angemessen, zumal bei lebensälteren Besuchern auch die Erinnerung an die eigene Jugend wieder hochkommen wird. Hier wird Musikgeschichte anschaulich und lebendig erzählt. *Andreas Rüdig/tws*

Dortmunder U, Leonie-Reygers-Terrasse, 44137 Dortmund, geöffnet bis 10. Februar 2019 von Montag bis Mittwoch von 10 bis 18 Uhr, Donnerstag und Freitag bis 20 Uhr, Sonnabend und Sonntag bis 22 Uhr. www.dortmunder-u.de



Die zweite Rzeczpospolita

Nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges stellte sich für viele Nationalbewegungen in den vier Imperien Deutsches Reich, Österreich-Ungarn, russisches Zarenreich und Osmanisches Reich die erwartungsvolle Frage, ob und wie die ersehnte Unabhängigkeit erreicht werden könne. Polen machte den Anfang. Am 5. November 1916 schufen das Hohenzollern- und das Habsburgerreich aus taktischem Kalkül das sogenannte Regentschaftskönigreich Polen (Królestwo Regencyjne). Dessen Regentschaftsrat war von den beiden mitteleuropäischen Nachbarn abhängig. Nichtsdestotrotz ermöglichte das Regentschaftskönigreich die Bildung erster politischer Strukturen, etwa indem schon bestehende Parteien Verantwortung auf unterer Ebene übernahmen.

Im Herbst 1918 nahm die Niederlage der Mittelmächte immer stärkere Formen an. Die Doppelmonarchie zerfiel, das Deutsche Reich wurde Republik. Am 6. Oktober 1918 erklärte der Regentschaftsrat die 14 Punkte des US-Präsidenten Woodrow Wilson zur Grundlage der Staatsbildung in Polen und bat den Reichskanzler um die sofortige Entlassung Józef Pilsudskis. Der polnische Sozialistenführer, der sich schon vor dem Weltkrieg im Kampf gegen das Zarentum hervorgetan hatte, wurde Anfang November 1918 aus Magdeburg, wo er von den Deutschen interniert gewesen war, nach Warschau zurückgebracht. Dort übernahm er am 11. November 1918 den Oberbefehl über die polnischen Streitkräfte, und der Regentschaftsrat übertrug ihm die allgemeine Staatsgewalt.

Regentenkönigreich wird ausgeblendet

Unter Missachtung des Regentschaftskönigreiches wird dieser 11. November im heutigen Polen als Unabhängigkeitstag begangen. Nach der in den sogenannten polnischen Teilungen untergegangenen ersten Rzeczpospolita begann nun die zweite, die im Zweiten Weltkrieg unterging. Das heutige, postsowjetische, bürgerliche, prowestliche Polen versteht sich als die dritte.

Dirk Klose

Als das Boot noch voll sein konnte

Willkommenskultur und Grenzen bei Südvietnams Boatpeople

Der 3. Dezember 1978 war der erste Advent. An diesem Sonntag sendete das Fernsehen Bilder, die viele Zuschauer tief berührten. Die ersten Boatpeople aus Südvietnam trafen in Deutschland ein. 40 Jahre ist das nun her.

Enthusiastisch skandierten Studenten im Mai 1975 den Namen ihres Idols: „Ho Ho Ho Tschi Minh …“ Die Vereinigten Staaten von Amerika hatten den Vietnamkrieg verloren. Ganz Vietnam wurde Sozialistische Republik, und Saigon, die letzte Bastion der US-Amerikaner, hieß nun „Ho-Tschhi-Minh-Stadt“. Zehntausende Südvietnamesen und Gegner des kommunistischen Regimes machten sich auf die Flucht vor den Umerziehungsmaßnahmen der Sieger.

Ende der 1970er Jahre waren es 1,5 Millionen Flüchtlinge, die auf völlig überladenen Schiffen und nicht seetüchtigen Booten versuchten, Malaysia, die Philippinen oder Thailand zu erreichen. Schätzungsweise eine Viertelmillion soll dabei umgekommen sein. Bilder von Fischerkähnen mit verzweifelten Familien auf hoher See gingen um die Welt. Mit Stacheldraht eingezäunte Aufnahmelager der Anrainerstaaten waren hoffnungslos überfüllt. Der schrottreife Frachter „Hai Hong“ dümpelte schon seit zwei Monaten mit 2500 Flüchtlingen vor Malaysias Küste und durfte nicht anlegen.

Privatleute und Medien appellierten an die Bundesregierung, die sogenannten Boatpeople in einem Akt der Humanität aufzunehmen. Doch das sozialliberal geführte Kabinett unter Kanzler Helmut Schmidt (SPD) zögerte. Deutschlands Linke machten Stimmung gegen die Geflohenen aus dem vormals von US-nahen Regimes regierten Südvietnam.

Ernst Albrecht, der damalige christdemokratische Ministerpräsident des Landes Niedersachsen, beendete das Tauziehen um Menschenleben. Zu Beginn der Adventszeit ließ er 168 Boatpeople nach Hannover-Langenhagen einfliegen. Von dort aus wurden sie in das Grenzdurchgangslager Friedland gefahren. Nun erklärten sich alle von der CDU geführten Bundesländer bereit, den Ostasiaten Zuflucht zu bieten.

Das Wort „Willkommenskultur“, das heute für viele einen problematischen Beiklang hat, war noch nicht erfunden. Aber die ausgemergelten Ankömmlinge, gegen die ungewohnte Winterkälte in Rotes-Kreuz-Decken gehüllt, wurden von der Bevölkerung herzlich willkommen geheißen. Eine Welle der Hilfsbereitschaft schlug ihnen entgegen. Bereits um Weihnachten konnten alle das Lager verlassen und in besseren Unterkünften oder von Privatleuten angebotenen Wohnungen unterkommen.



Auf dem Flughafen in Hannover-Langenhagen: Ernst Albrecht mit ersten Boatpeople Bild: pa

An der Spitze der Helfer stand Rupert Neudeck, Journalist und Redakteur beim Deutschlandfunk. Der gebürtige Danziger hatte als Kind die Schrecken der Flucht erlebt. Er gründete das Hilfskomitee „Ein Schiff für Vietnam“. Prominente wie Heinrich Böll, Martin Walser, Dieter Hildebrandt und Alfred Biolek unterstützten das Projekt. Die CDU-Abgeordneten Elmar Pieroth und Matthias Wissmann gründeten ein „Vietnam-Büro“. Zeitungsverlage und das Fernsehen sammelten Millionen an Spendengeldern ein.

Schon kurz nach der Gründung seiner Organisation konnte Neudeck ein Schiff chartern: die „Cap Anamur“. Der Frachter für Container und Schwergut der Reederei Bauer und Hauschildt in Hamburg wurde zum Hospitalschiff umgebaut und nahm im August 1979 seinen Dienst vor der südvietnamesischen Küste auf. Bilder der „Cap Anamur“ erschienen in allen Medien. Aufgrund ihrer Popularität wurde das Hilfskomitee in „Cap Anamur/Deutsche Not-Ärzte“ umbenannt. Die Boatpeople wurden an Bord medizinisch behandelt und mit Essen und Kleidung versorgt. Maschinen der Bundeswehr flogen sie nach Deutschland. Aber das Schicksal vieler anderer blieb ungewiss.

Die Gegner der Aufnahme eines größeren Kontingents führten die hohen Kosten für Unterbringung und Integration ins Feld. Sie rechneten vor, dass allein 5000 Flüchtlinge die Steuerzahler im ersten Jahr nach ihrer Ankunft in Deutschland 100 Millionen D-Mark kosten würden. Hinzu kam der ungeklärte Flüchtlingsstatus der Menschen aus Südostasien. Was sollte mit ihnen geschehen?

Am 9. November 1979 schrieb Anke Fuchs, Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, an den Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, dass sie den bereits anerkannten Asylberechtigten gleichgestellt werden sollen, da „sich durch das Asylverfahren die Eingliederung der Kontingentflüchtlinge in das Erwerbsleben unnötig verzögert“. 1980 verabschiedete der Bundestag das „Gesetz über Maßnahmen für im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommene Flüchtlinge“. Das hieß: Sie erhielten als „Kontingent-Flüchtlinge“ sofort eine Aufenthaltsgenehmigung und durften arbeiten. Familienzusammenführung sollte den Vorrang haben.

Zunächst sollten nur 10 000 Boatpeople nach Deutschland kommen dürfen. Dann wurde das Kontingent, auch auf Druck der USA – die etwa 800 000 Südvietnamesen aufnahmen und von ihren Verbündeten Solidarität verlangten – auf 40 000 erhöht. Allein über 10 000 kamen von der „Cap Anamur“. Nach anfänglichen Lobeshymnen geriet Rupert Neudeck in die Kritik. Ihm wurde vorgeworfen, seine Aktion sei ein Magnet, der auch Wirtschaftsflüchtlinge anziehe. Von der „Cap Anamur“ Gerettete durften nicht mehr nach Deutschland gebracht werden. Im März 1982 kehrte das Schiff mit 285 Flüchtlingen von seinem letzten Einsatz nach Hamburg zurück. Wieder war es das Land Niedersachsen, das sie aufnahm.

Das Schlusswort sprach Helmut Schmidt. Im Kabinettsprotokoll vom 11. November 1981 heißt es: „Der Bundeskanzler weist in der Beratung nachdrücklich darauf hin, daß die Bundesrepublik Deutschland kein Einwanderungsland ist und auch nicht werden soll. Schon jetzt haben einige Stadtteile in Großstädten einen Ausländeranteil von 20 bis 30 Prozent. Das sei jedoch auch im Interesse einer Integration nicht mehr zu verkraften.“

Die Vietnamesen erwarben sich den Ruf, besonders lernwillig und fleißig zu sein. Sie integrierten sich schneller als andere Asylanten. Einer Studie zufolge konnten die meisten in den 90er Jahren ihren Lebensunterhalt selbst finanzieren und besaßen die deutsche Staatsbürgerschaft. Rupert Neudeck und Ernst Albrecht, beide inzwischen verstorben, werden von den Boatpeople und ihren Nachkommen als Retter verehrt.

Klaus J. Groth

Vier Phasen hatte die Afrikapolitik der DDR

Erst hatte die internationale Anerkennung Priorität, später der militärische Export des Sozialismus und dann der devisenschonende Import

Bald nach ihrer Gründung versuchten sowohl die Bundesrepublik Deutschland als auch die DDR, bilaterale Beziehungen zu diversen afrikanischen Staaten aufzunehmen. Die Bundesrepublik reagierte damit nicht zuletzt auf den Wunsch ihrer Besatzungsmächte und Bündnispartner während des Kalten Krieges, an der Erweiterung des westlichen Einflussbereiches mitzuwirken. Daraus resultierten kontinuierlich wachsende Entwicklungshilfezahlungen, die zumeist nach dem Gießkannenprinzip erfolgten.

Dahingegen war die DDR vorrangig von dem Wunsch nach Anerkennung als eigenständiger, souveräner Staat getrieben. Darüber hinaus sollte sie auf Betreiben Moskaus diejenigen „Bruderländer“ in Afrika unterstützen, in denen der Aufbau des Sozialismus auf der Agenda zu stehen schien. Allerdings verfügte die DDR über keine großen finanziellen Mittel. So konnte sie im Gegensatz zur Bundesrepublik kaum zinsgünstige Aufbaukredite für in die Selbstständigkeit entlassene Kolonien vergeben und auch Entwicklungshilfegelder flossen eher spärlich, wie beispielsweise die Zahlen aus dem Jahre 1974 verdeutlichen. Damals stellte Ost-Berlin 400 Millionen Mark zur Verfügung, während Bonn auf 8,2 Milliarden D-Mark kam.

Deshalb wollte die DDR zunächst mit Bildungsoffensiven punkten. Etwa 20 000 junge Menschen aus afrikanischen Entwicklungsländern durften im „Arbeiter-und-Bauern-Staat“ studieren und weit über 100 000 erhielten eine Aus- und Weiterbildung. Davon profitierten unter anderem angehende Journalisten aus Guinea-Bissau, Kommunalbedienstete in Kamerun, Lehrer-Aspiranten aus Mosambik und äthiopische Ingenieure in spe. Diese erste Phase des DDR-Engagements in Afrika endete um 1970 – ab dann verlagerte sich der Schwerpunkt auf Waffenlieferungen und die Entsendung von Militärberatern.

Das Kriegsgerät ging an Regierungen und „Befreiungsorganisationen“ in Äthiopien, Algerien, Angola, Benin, Ghana, Guinea und Guinea-Bissau, der Volksrepublik Kongo, Libyen, Madagaskar, Mali, Marokko, Mosambik, Sambia, Südwestafrika (heute Namibia), Nigeria und Tansania. Abgewikkelt wurde diese sorgsam geheimgehaltene Art von „sozialistischer Hilfe“ von der Abteilung III der Hauptverwaltung Aufklärung des Ministeriums für Staatssicherheit. Das jährliche Volumen der Lieferungen lag bei rund 200 Millionen Mark. Dafür erhielten die Afrikaner Infanteriewaffen und Panzerabwehrgeschütze samt Munition, Schützenpanzer, Kraftfahrzeuge, Pioniergerät, kleinere Kriegsschiffe, Fliegerabwehrraketen, Nachtsichtgeräte und ähnliches.

Der Grundstein hierfür wurde im Verlaufe von mehreren großen Reisen des DDR-Verteidigungsministers von 1960 bis 1985, Armeegeneral Heinz Hoffmann, während der Jahre 1971/72 gelegt. Die Militärberater aus der Nationalen Volksarmee kamen in einem Dutzend afrikanischer Staaten zum Einsatz, nämlich Ägypten, Algerien, dem Sudan, den beiden Guineas, der Volksrepublik Kongo, Nigeria, Sambia, Somalia, Tansania, Mosambik und Angola. Bei der Auslandspräsenz in Afrika wurden die DDR-Militärs nur von denen aus Kuba und der Sowjetunion übertroffen. Sie vermieden allerdings die Teilnahme an Kampfhandlungen.

Zum Ende der 1970er Jahre kam es schließlich zu einer verstärkten Ökonomisierung der Afrikapolitik Ost-Berlins, die deren dritte Phase bestimmte und aus diversen Krisen resultierte. Eine davon war die Kaffeekrise von 1976, eine weitere die Devisenkrise von 1977. Um trotz Mangels an Devisen und drastisch steigender Preise auf dem Weltmarkt afrikanische Rohstoffe zu erwerben, entwickelte die SED-Führung eine geheime Afrikastrategie, die auf Kompensationsgeschäften beruhte. Als Gegenleistung für den Import von wichtigen Gütern wie Steinkohle aus Mosambik oder Kaffee aus Angola sowie auch dringend benötigten Südfrüchten wurde den betreffenden Exportländern kräftig unter die Arme gegriffen, um Produktion und Abbau anzukurbeln.

So entstanden beispielsweise landwirtschaftliche Großfarmen mit Anbauflächen von bis zu 120 000 Hektar oder Reparaturwerkstätten zur Instandsetzung der benötigten Technik. Dabei kamen in zunehmendem Maße „Freundschaftsbrigaden“ der Freien Deutschen Jugend (FDJ) zum Einsatz, die aus besonders ausgesuchten und zuverlässigen Auslandskadern der SED-Nachwuchsorganisation und „Kampfreserve der Partei“ bestanden.

Allerdings musste die DDR während der Verfolgung ihrer neuen Strategie mehrere schwere Rückschläge hinnehmen. So scheiterte die Anbahnung vertiefter wirtschaftlicher Kontakte mit Libyen durch einen mysteriösen Hubschrauberabsturz im März 1978 unweit des Wadi Suf al-Jin. Dabei starben unter anderem Honeckers „Kronprinz“ und Sonderbotschafter für die afrikanischen und arabischen Länder, Werner Lamberz, sowie der Leiter der Abteilung Internationale Verbindungen im Zentralkomitee der SED, Paul Markowski. Ebenso verschlechterte sich das Verhältnis zu Äthiopien, als das Land keinen Krieg mehr gegen seinen Nachbarn Somalia führte: Nachdem es 1977/78 noch 10 000 Tonnen Kaffee in die DDR geliefert und dafür Waffen erhalten hatte, beendete Äthiopien das Tauschgeschäft mit Ende des Konflikts und verlangte nunmehr Devisen.

Infolge solcher Entwicklungen verlagerte sich der Schwerpunkt der ökonomischen Zusammenarbeit Anfang der 1980er Jahre immer mehr auf Angola und Mosambik, wo Bürgerkriege zwischen marxistischen und antikommunistischen Milizen tobten. Die daraus resultierenden Gefahren wurden seitens der DDR-Führung bis zum 6. Dezember 1984 verdrängt. An diesem Tage überfielen mosambikanische Rebellen, die vermutlich der von Südafrika unterstützten Widerstandsbewegung Resistência Nacional Moçambicana (RENAMO, Nationaler Widerstand Mosambiks) angehörten, einen Lkw-Konvoi auf der Straße von Lichinga nach Unango. Dabei erschossen sie gezielt acht „Aufbauhelfer“ aus der DDR – und das trotz schwerer Bewachung durch Militäreinheiten der Regierung. Aber die zeigten fast alle ein „kapitulantenhaftes Verhalten“, wie die Staatssicherheit später ernüchtert feststellte.

Nachfolgend begann die vierte und letzte Phase der Afrikapolitik Ost-Berlins, die durch wachsendes gegenseitiges Misstrauen, den Abzug der meisten DDR-Spezialisten und eine zunehmende Hinwendung der afrikanischen Partner zum Westen gekennzeichnet war.

W.K.

Als Moskau die »Brüder« in Ketten legte

Vor 50 Jahren sprach Leonid Breschnew den sozialistischen Staaten das Recht auf Souveränität ab

Wie wenig die Führung der Europäischen Union aus der Geschichte gelernt hat, zeigt ihr Umgang mit Mitgliedsstaaten auf dem ehemaligen Territorium des Ostblocks. Immer, wenn Brüssel sich wieder einmal in die inneren Angelegenheiten von Ländern wie Polen, Ungarn oder Tschechien einmischt, werden die Menschen dort an die vor 50 Jahren verkündete Breschnew-Doktrin erinnert, die wie ein Damoklesschwert über dem Ostblock schwebte.

„Das Prinzip der Selbstbestimmung muss ... den Prinzipien des Sozialismus untergeordnet werden", forderte der Volkskommissar für Nationalitätenfragen und Angehörige des Revolutionären Kriegsrates der Roten Armee, Josef Stalin, schon 1918. Und so hielt es dann auch die 1922 gegründete Sowjetunion – selbst, als auf Stalin der Reformer Nikita Chruschtschow folgte, der proklamierte, es könne „unterschiedliche Wege zum Sozialismus" geben. Ein typisches Beispiel für den rigiden Dirigismus von Seiten des „Mutterlandes aller Werktätigen" ist die Niederschlagung des ungarischen Volksaufstands durch die Rote Armee im November 1956.

Chruschtschow wurde im Oktober 1964 von seinem politischen Ziehsohn Leonid Iljitsch Breschnew gestürzt, der in der Zeit danach sukzessive zum Alleinherrscher im Kreml aufstieg. Damit begann die „Goldene Ära der Stagnation", wie allerorten gewitzelt wurde, weil das Sowjetsystem unter dem Neo-Stalinisten Breschnew komplett verkrustete. Außenpolitisch zeigte sich der zunehmend lethargische und medikamentensüchtige Staats- und Parteichef allerdings nach wie vor ambitioniert. Insbesondere versuchte er, wie seine Vorgänger auch, die absolute Kontrolle über die sozialistische Welt zu erlangen, was jedoch kompliziert war. Schließlich verweigerten China, Albanien, Rumänien und Jugoslawien den geforderten Kniefall vor dem Kreml und sendeten damit für diesen besorgniserregende Signale aus. Breschnew und dessen altersschwache Unterstützerriege im Politbüro wollten es um keinen Preis riskieren, dass noch weitere sozialistische Staaten sich ihrem Einfluss entzogen.

Aber genau das drohte 1968, als in der Tschechoslowakei der als „Prager Frühling" bekannt gewordene Demokratisierungs- und Reformprozess einsetzte, der zudem auch noch auf weitere Ostblockstaaten überzuschwappen drohte. Deshalb telefonierte Breschnew am 13. August 1968 mit Alexander Dubcek, dem Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KPC), um ihn wieder auf die ideologische Linie Moskaus zu zwingen. Im Verlaufe des Gespräches äußerte er unter anderem: „Wenn du einen Streit zwischen uns verhindern möchtest, lass uns doch ... den rechten Kräften eine gebührende kommunistische Abfuhr erteilen." Daraufhin entgegnete Dubcek, Breschnew solle ihm Handlungsfreiheit gewähren oder die Initiative übernehmen: „Dann ergreifen Sie jene Maßnahmen, die Sie für richtig halten." Damit spielte er auf die unverhohlene Ankündigung einer Intervention im sogenannten Warschauer Brief vom 15. Juli 1968 an. In diesem Schreiben hatten die Führer der Kommunistischen Parteien Bulgariens, Ungarns, der DDR, Polens und der UdSSR an das Zentralkomitee der KPC appelliert: „Seht Ihr denn nicht, dass Euch die Konterrevolution eine Position nach der anderen entreißt, dass die Partei die Kontrolle über den Verlauf der Ereignisse verliert? ... Nach unserer Überzeugung ist eine Situation entstanden, in welcher die Bedrohung der Grundlagen des Sozialismus in der Tschechoslowakei die gemeinsamen Lebensinteressen der übrigen sozialistischen Länder gefährdet. Die Völker unserer Länder würden uns ein gleichgültiges und sorgloses Verhalten zu einer solchen Gefahr niemals verzeihen."



Mit der Breschnew-Doktrin hat der eine gerechtfertigt, was er dem anderen und dessen Landsleuten angetan hat: Leonid Breschnew und Alexander Dubcek beim Bruderkuss (v.l.)

Bild: Imago

Die Umsetzung der „Maßnahmen" gegen die „rechtsabweichlerische" Führung in Prag begann am 21. August 1968 mit dem Einmarsch von Truppen des Warschauer Paktes in die CSSR. Einen reichlichen Monat später reichte das sowjetische Parteiorgan „Prawda" die ideologische Begründung hierfür nach. Dabei griff es die Kernaussage des „Warschauer Briefes" auf: „Ohne Zweifel haben die Völker der sozialistischen Länder ... die Freiheit, ... den Entwicklungsweg ihres Landes selbst zu bestimmen. Dennoch darf keine ihrer Entscheidungen ... die fundamentalen Interessen der anderen sozialistischen Staaten oder der weltweiten Arbeiterbewegung schädigen."

Ganz ähnlich argumentierte kurz darauf der sowjetische Partei- und Staatschef selbst, als er am 12. November 1968 in seiner Rede vor den Delegierten und Gästen des 5. Parteitags der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei nochmals auf den Einmarsch zu sprechen kam, womit die offizielle Geburtsstunde der Breschnew-Doktrin schlug: „Und wenn die ... dem Sozialismus feindlichen Kräfte die Entwicklung irgendeines sozialistischen Landes auf die Restauration der kapitalistischen Ordnung zu wenden versuchen, wenn eine Gefahr für den Sozialismus in diesem Land, eine Gefahr für die Sicherheit der gesamten sozialistischen Staatengemeinschaft entsteht, ist das nicht nur ein Problem des betreffenden Landes." Dann sei „militärische Hilfe für ein Bruderland zur Unterbindung einer für die sozialistische Ordnung entstandenen Gefahr" ebenso legitim wie notwendig.

Allerdings agierte die Sowjetunion später nur ein einziges Mal gemäß der Breschnew-Doktrin. Das war beim Einmarsch in Afghanistan im Dezember 1979 zwecks Rettung der moskauhörigen Regierung in Kabul. Danach hielt sich die UdSSR zurück – sogar während der Krise in Polen Anfang der 1980er Jahre, die am 13. Dezember 1981 mit der Verhängung des Kriegsrechts durch den „Militärrat der Nationalen Rettung" endete. Die endgültige Todesstunde der Breschnew-Doktrin schlug indes erst Anfang Juli 1989 auf einem Gipfeltreffen der Partei- und Staatschefs des Warschauer Paktes in Bukarest. Damals forderten Nicolae Ceausescu aus Rumänien und Todor Schiwkow aus Bulgarien Strafmaßnahmen gegen die Reformstaaten Polen und Ungarn, womit sie sich aber nicht durchsetzen konnten. Immerhin hatte der neue Kreml-Chef Michail Gorbatschow bereits im März 1985 während der Beisetzungsfeierlichkeiten nach dem Tode seines Amtsvorgängers Konstantin Tschernenko erklärt, dass ab sofort jedes sozialistische Land eigenständig über seinen Kurs entscheiden könne. Für diese neue Politik Moskaus prägte Gennadi Gerassimow, der Pressesprecher des sowjetischen Außenministers Eduard Schewardnadse, im Oktober 1989 die scherzhafte Bezeichnung „Sinatra-Doktrin" – eine Anspielung auf das Frank-Sinatra-Lied „My way", also „Auf meine Art". *Wolfgang Kaufmann*

Der Republik folgten Vertreibung und Assimilierung

Vor 100 Jahren wurde das bisherige Reichsland Elsass-Lothringen erst unabhängig und dann französisch

Wie in anderen Teilen des Deutschen Reiches bildeten sich auch im Reichsland Elsass-Lothringen nach dem Ausbruch der Novemberrevolution Arbeiter- und Soldatenräte. Zusammen mit den lokalen Führern der sozialistischen Parteien und Gewerkschaftlern übernahmen diese Räte die Macht in Straßburg, wo es auf dem Kleberplatz und in Kolmar auf dem Rappplatz zu Massenaufläufen kam. In der oberelsässischen Metropole Mühlhausen allerdings bildete sich nur ein Soldaltenrat, weil sich dort bereits unter den Sozialisten Elsässer und andere Deutsche nicht mehr einigen konnten. Hatten in den Räten zunächst noch sozialdemokratische sogenannte Altdeutsche, also Deutsche, die erst nach der Reichsgründung in das Reichsland gezogen waren, das Sagen, wurden mit jedem Tag die Frankophilen stärker, allen voran Jaques Peirotes in Straßburg. Die Räte hatten jedoch zunächst nur auf kommunaler Ebene die Oberhand, im Landtag überwogen noch die altdeutschen Kräfte

Die Novemberrevolution und die deutsche Kriegsniederlage erzeugten in Elsass-Lothringen ein kurzfristiges politisches wie militärisches Machtvakuum. Mit der Verkündung der Abdankung Kaiser Wilhelms II. und dessen anschließender Gang ins niederländische Exil verlor das Reichsland seinen Landesherren, da es direkt dem Kaiser unterstellt war. Und im Waffenstillstand von Compiègne verpflichtete sich das Reich, Elsass-Lothringen schnellstmöglich zu räumen.

In großer Eile proklamierte der Landtag, die Legislative des Reichslandes, deren zweite Kammer, das sogenannte Volksparlament, aus demokratischen Wahlen hervorgegangen war, Elsass-Lothringen zu einer souveränen Republik sowie sich selber zum Nationalrat und zur alleinigen Autorität. Der Landtag/Nationalrat schlug den Franzosen Verhandlungen über die Zukunft Elsass-Lothringens vor, aber Frankreich erkannte ihn als Verhandlungspartner nicht an. Die alliierten Planungen sahen kein unabhängiges, sondern ein französisches Elsass-Lothringen vor. Die französischen Truppen standen bereits nach einer Woche in Mülhausen, einige Tage später in Kolmar, und am 21. November erreichten sie Straßburg, das politische Zentrum der jungen Republik, die über keine Armee verfügte.

Am 22. November 1918 war infolge der Macht der französischen Truppen der Traum von der Selbstständigkeit beendet. Am 5. Dezember 1918 verabschiedete die französische Nationalversammlung endgültig das „unverletzliche Recht der Elsass-Lothringer, Mitglieder der französischen Familie zu bleiben". Nachdem die meisten deutschfreundlichen Politiker ins Restreich abgeschoben worden waren, bestätigte am 6. Dezember 1918 auch der Landtag/Nationalrat den Anschluss an Frankreich. Deutschland musste im Versailler Vertrag Elsass-Lothringen an Frankreich abtreten.

„Unzuverlässige" und „pangermanische" Bürger, allen voran die sogenannten Altdeutschen, mussten Elsass-Lothringen innerhalb weniger Tage verlassen. Das traf etwa 100 000 Menschen aus Lothringen und zirka 150 000 Personen aus dem Elsass. Jeder Erwachsene durfte 30 Kilogramm Gepäck und 2000 Mark, pro Kind nur 500 Mark mitnehmen. Die übrigen Besitztümer wurden vom französischen Staat eingezogen.



Das Ende der Republik Elsass-Lothringen: Einzug der französischen 4. Armee in Straßburg am 22. November 1918

Unter den Vertriebenen befanden sich auch viele Hochschullehrer und protestantische Pfarrer, darunter der Schwiegervater von Albert Schweitzer, Harry Bresslau, Ordinarius für Geschichte an der Straßburger Universität. Er wurde wie viele seiner zumeist jüdischen Kollegen als „militanter Pangermanist" eingestuft. Helene Bresslau-Schweitzer, die Frau des späteren Friedensnobelpreisträgers, musste miterleben, wie ihr Vater unter den Hohnrufen des Pöbels und von Vagabunden über die Rheinbrücke bei Kehl getrieben wurde. Die Vertreibung ihrer Eltern aus der Wahlheimat löste bei der Ehefrau Albert Schweitzers eine tiefe Depression aus, die sie ihr ganzes Leben lang, sogar noch in Afrika, begleitete. Albert Schweizer durfte zwar bleiben, wurde aber jahrelang wie viele seiner Pfarrerkollegen, die nicht vertrieben wurden, von den neuen Machthabern bespitzelt. Die Internierung in französischen Gefängnissen, die Überwachung durch die französische Staatspolizei und die Vertreibung vieler Deutsch-Elsässer trugen dazu bei, dass sich Albert Schweitzer von Frankreich immer mehr zu distanzieren begann, selbst in Afrika sprach der größte aller Elsässer lieber Deutsch als Französisch. Erst nachdem US-Präsident Woodrow Wilson auf die Regierung in Paris Druck ausgeübt hatte, konnte etwa die Hälfte der vertriebenen Deutschen in den folgenden Monaten wieder in das Gebiet des ehemaligen Reichslandes Elsass-Lothringen zurückkehren.

Diese Vertreibungs- und die Assimilierungspolitik der Französischen Republik waren in den Folgejahren eine der Ursachen für die autonomistischen Positionen der elsässer Politiker. Bei den Wahlen zur französischen Abgeordnetenkammer erzielten die elsässischen Autonomisten, die mit der kommunistischen Partei sowie den bretonischen und korsischen Nationalisten kooperierten, in allen elsässischen Wahlkreisen die absolute Mehrheit der Stimmen. Die Abgeordneten und Politiker, die sich für Autonomie aussprachen, wurden vom französischen Staat mit Tricks und Kniffen von ihren Mandaten ferngehalten und oft zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Nachdem Deutschland auch noch den Zweiten Weltkrieg verloren hatte, gab es im Elsass kaum noch eine Regionalbewegung.

Erst Mitte der 1980er Jahre begann sich gegen die weitgehende Verbannung der deutschen und der elsässischen Sprache in Schule und Verwaltung Widerstand zu bilden, der sich zunächst in der privaten zweisprachigen sogenannten ABCM-Schulen äußerte. Erst aus dieser Bewegung zur Rettung der elsässischen Identität entstand wieder eine nennenswerte regionalistische Partei. „Unser Land", so ihr Name, erhält bei Wahlen regelmäßig zwischen zehn und 15 Prozent der Stimmen. Zulauf bekommt diese Partei seit drei Jahren, als durch Anordnung aus Paris das Elsass als eigenständige Region aufgelöst wurde und zusammen mit Lothringen und Champagne-Ardennes zur Region „Grand Est" (Großer Osten) zusammengelegt wurde.

Bodo Bost

Moment der Woche

Bild: Colour-

Kaum hat sich der Spitzensommer 2018 samt seiner spätsommerlichen Rückzugsgefechte endgültig verabschiedet, greift sie schon wieder nach ersten Opfern: die Herbstmelancholie. Grauer Himmel, nasskalte Witterung und die Aussicht auf vier dunkle Monate reißen so manchen Deutschen in tiefe Trübsal.

Die Melancholie des Herbstes

Das Wort „melancholia" bedeutet eigentlich „Schwarzgalligkeit" und stammt aus der „Viersäftelehre", die bis zum 17. Jahrhundert die Medizin prägte.

Doch warum eigentlich so negativ? Es gibt Menschen, die dieser besonderen jahreszeitlichen Stimmung durchaus Gutes abgewinnen konnten. So meinte die Modeschöpferin Jil Sander: „Um kreativ sein zu können, brauche ich einen Hamburger November." *H.H.*

Dem Tiger wird's eng

Irland ächzt unter den Folgen seines Booms: Der Wohnraum wird auch hier knapp

Auch in Irlands Hauptstadt Dublin können sich immer mehr Menschen das Wohnen nicht leisten. 1,8 Millionen Personen leben in der Greater Dublin Area, das entspricht 39 Prozent der irischen Bevölkerung. Bis 2031 wird die Einwohnerzahl nach Schätzung des irischen Statistikamtes um mindestens 100000, möglicherweise sogar um fast 300000 zunehmen.

Die meisten wohnen in der eigenen Immobilie

Schon vor 20 Jahren begann in Dublin mit dem Bauboom der steile Anstieg der Preise für Kaufimmobilien und Mieten. Ursache war der sogenannte Google-Effekt. Seit den 1990er Jahren lockte der „Keltische Tiger" Hunderte Konzerne aus der Hochtechnologie-, Pharma- und Luftfahrtindustrie mit extremen Steuervergünstigungen an. Im Tech-Viertel „Silicon Docks" im Zentrum der Stadt haben sich Google, Facebook und Twitter mit ihren Europazentralen niedergelassen sowie zahlreiche kleine und mittlere Unternehmen. Landesweit zählt der Finanz- und ICT-Sektor 280000 Beschäftigte, fast die Hälfte davon wohnt in Dublin. Für ihre Angestellten mieten die Unternehmen häufig Wohnungen in den gentrifizierten Stadtvierteln an und treiben so die Preise weiter in die Höhe. Normalverdiener werden in die Vororte verdrängt und sind nun als Pendler vom Dauerstau betroffen.

Der langanhaltende Bauboom im Wirtschaftswunderland hatte eine Immobilienblase hervorgerufen. Auf Grund dessen schossen die Preise für Wohnraum steil in die Höhe, nur unterbrochen von der Finanzkrise 2008/09 und einigen Jahren der Stagnation.

Andererseits verzeichnet Irland eine der höchsten Wohneigentumsquoten der Welt. Es scheint daher widersinnig, dass bezahlbarer Wohnraum in Dublin, anders als auf dem Land, längst wieder Mangelware ist. Zur Wohnungsnot haben neben dem Google-Effekt Bevölkerungswachstum, Zuzug aus ländlichen Gegenden, zahlreiche Immigranten und irische Rückkehrer beigetragen, die auf Grund der einst hohen Arbeitslosigkeit ausgewandert waren. Zwischen 2012 und 2016 betrug der jährliche Einwohneranstieg in Dublin zwölf Prozent. In derselben Zeit zogen die Immobilienpreise um 67 Prozent an, allein im Jahr 2014 um 40 Prozent. Sie entsprechen nun etwa denen von Hamburg, Berlin und Frankfurt, teilweise liegen sie noch wesentlich höher. Auch sind die Lebenshaltungskosten in Irlands Metropole höher als in Deutschland. Spät, erst 2016, hat die Regierung das Budget für den Bau von Sozialwohnungen verdoppelt. Zuvor wurde vor allem der Erwerb von Eigenheimen am Stadtrand finanziell gefördert.

Dubliner Einwohner im Haushaltsgründungsalter, die beabsichtigen, ihr erstes Wohneigentum zu erwerben, sind betroffen von dieser Entwicklung, junge Menschen überhaupt, aber auch Familien und Alleinerziehende. Mieten galt in Irland immer nur als Übergangslösung, doch das hat sich geändert. Wohnungen werden aufgeteilt, die Zimmer einzeln vermietet.

Doch wer zur Miete wohnt, hat nach wie vor so gut wie keine Rechte. Für immer mehr Wohnungssuchende, denen der Vermieter gekündigt hat, sind vom Staat bezahlte temporäre Notunterkünfte in Hotels der letzte Notanker, um nicht obdachlos zu werden. Im Zuge dieser Entwicklung hat sich in Dublin eine Hausbesetzerszene etabliert.

Im Kontrast dazu steht die Meldung, dass Irland im Jahr 2016 das drittreichste Land Europas war. Doch die Wirtschaft kühlt sich ab. Wachstumsraten von zeitweise bis zu 26 Prozent stand 2016 ein reales Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von „nur" noch 4,5 Prozent gegenüber. Nicht nachvollziehbar ist das Versagen der Politik, die es versäumt hat, rechtzeitig Maßnahmen in Kraft zu setzen, um die mit dem rasanten Wachstum verbundenen Entwicklungen auf dem Dubliner Wohnungsmarkt abzufedern.

Die Preise stiegen in nur vier Jahren um 67 Prozent

Dagmar Jestrzemski

Ihr Tod war keinesfalls »natürlich«

Das Ende der deutschen Monarchien vor 100 Jahren ist von allerhand Merkwürdigkeiten durchzogen

Vielen erscheint der Sturz der Fürsten des Deutschen Reichs im November 1918 heute wie ein selbstverständlicher, wenn nicht gar überfälliger Akt des historischen Fortschritts. Wer näher hinsieht, der kann diesem dürren Resümee jedoch kaum folgen.

Am Nachmittag des 28. November 1918 hatte Wilhelm II., mittlerweile im niederländischen Schloss Amerongen im Exil, die von der amtierenden deutschen Regierung so dringend gewünschte Unterschrift endlich geleistet. Der letzte kaiserliche Reichskanzler, Prinz Max von Baden, hatte die Abdankung zwar bereits am 9. November verkündet. De facto galt sie als vollzogen, formell waren Ansprüche und Stellung des Monarchen aber noch in einer Art Schwebezustand.

Wilhelm verzichtete nun „für alle Zukunft auf die Rechte an der Krone Preußens und die damit verbundenen Rechte an der deutschen Kaiserkrone". Folgt man dem Historiker Lothar Machtan, so war hier „allerdings eher ein Geschäft abgewickelt" worden. In einem im Gegensatz zur Verzichtserklärung nicht veröffentlichten Schreiben äußerte der abgesetzte Kaiser die – sich erfüllende – Erwartung, dass nun sein Vermögen freigegeben werde. Damit habe er sich, so Machtan, seine Rechte abkaufen lassen. Der Sinn für das „Erhabene" der Krone, die einen solchen Handel früher undenkbar gemacht hätte, sei nicht mehr vorhanden gewesen. Die Monarchie in Deutschland sei 1918 „eines natürlichen Todes" gestorben.

Tatsächlich fielen in den Tagen und Wochen nach dem 9. November sämtliche deutsche Fürsten. 22 Herrscherhäuser gab es bis dahin noch, aufgrund fehlender Erben dreier Dynastien allerdings nur 19 Herrscher, die abdankten oder „entthront" wurden. Das Überleben der Monarchie Wilhelms II. wäre, wohl vor allem begründet mit seiner Person und der ihm zugeschriebenen Rolle bezüglich des Ersten Weltkriegs, in der Tat wenig vorstellbar gewesen, auch in der kurzeitig erwogenen Variante, als Kaiser zu verzichten, aber König von Preußen zu bleiben.

Ähnliches gilt für einen Übergang an den Kronprinzen unter den damaligen Umständen. Zudem hatte Wilhelm II. die Erwartung seiner zu dieser Zeit vielleicht gar nicht so wenigen Anhänger enttäuscht, dass er um seine Position kämpfen würde.

Weit weniger klar nachvollziehbar ist der „natürliche" Tod einer Reihe anderer deutscher Monarchien und Fürstenherrschaften. Viele erfreuten sich großer Beliebtheit. Mag sein, dass nicht alle im Zusammenhang mit den Abdankungen des Herbstes 1918 kolportierten Geschichten historisch wasserfest sind. Allerdings stehen sie für ein Stimmungsbild, welches nicht gerade darauf hindeutet, dass man allerorts froh war, den Regenten „endlich los zu sein".

In puncto Volkstümlichkeit kann es mit dem letzten sächsischen König, Friedrich August III., wohl keiner aufnehmen. Der bekannteste Ausspruch in Reaktion auf die sich wandelnden Verhältnisse – „Machd doch eiern Drägg alleene!" – ist aller Wahrscheinlichkeit nach in dieser Form von ihm nicht geäußert worden. Untypisch wäre dieser resignative, aber doch auch gelassen-distanzierte Satz für den König, der das sächsische Idiom selbstbewusst pflegte, nicht gewesen.

Eine etwas zahmere Variante findet sich in einem Nachruf: „Wenn meine Sachsen glauben ohne mich glücklicher zu sein, so will ich ihnen nicht im Wege stehen."

Der anekdotenträchtige Friedrich August III. war im Übrigen alles andere als ungebildet. Die revolutionären Vorgänge in Dresden verliefen – im Gegensatz zu Berlin – unblutig, ausdrücklich hatte der König „Waffenanwendung untersagt". Gesträubt hatte er sich zunächst noch gegen einen Weggang aus der sächsischen Hauptstadt – von Flucht kann man in seinem Fall eigentlich nicht sprechen – mit den Worten: „Ich genne doch meine Dräsdner, die duhn mir nischt." Unrecht gehabt hat er damit wohl nicht. Selbst der erst seit wenigen Tagen amtierende sozialdemokratische Minister Julius Fräßdorf wunderte sich nach der letztlich doch erfolgten Abfahrt: „Warum geht denn der König fort? Hier hätte ihm niemand etwas getan."

Ihren Monarchen vermissten die Sachsen offenbar. Hoch- und Willkommensrufe habe es gegeben, als der Zug, in welchem sich der nun nicht mehr amtierende König befand, 1919 auf der Durchreise einen Halt in Leipzig einlegen musste. Eine Menschenmenge, „Angehörige des sogenannten werktätigen Volkes und wohl in der großen Mehrzahl Sozialdemokraten", wie ein Sohn des Königs überliefert, sei spontan zusammengekommen.

Wohl nicht ganz unerfreut soll Friedrich August mit den Worten „Ihr seid mir aber schöne Republikaner" reagiert haben. Als der im Februar 1932 verstorbene Herrscher in Dresden aufgebahrt wurde, nahmen Hunderttausende Abschied, der Andrang war so groß, dass es neben Verletzten sogar zwei Tote gab.

Dem Bayernkönig Ludwig III., der am 7. November 1918 im Englischen Garten in München seinen täglichen Spaziergang unternahm, während die revolutionären Vorgänge auf der Theresienwiese Fahrt aufzunehmen begannen, sollen ihm einige Arbeiter begegnet sein. Besorgt und ganz und gar nicht umstürzlerisch drängten sie den greisen Monarchen, er möge nach Hause gehen und dort bleiben – damit ihm nichts passiere.

In Stuttgart hatte der Sozialdemokrat Wilhelm Keil noch vor Herbst 1918 geäußert, falls das „Ländle" einmal Republik werden sollte, dann käme König Wilhelm II. von Württemberg als Präsident in Frage. Keil hätte Württemberg ohnehin gern die Monarchie erhalten und ließ von dieser Position nur ab, um ein Abgleiten der Revolution zum Linksextremismus zu verhindern.

Ebenfalls in Stuttgart war ein wortführender Spartakist am 4. November 1918 in Erklärungsnot: Der Innenminister erklärte diesem und anderen Demonstranten, der König habe „stets vorbildlich konstitutionell regiert", für die geforderte Veränderung der Staatsform bestehe daher kein Anlass. Dem Spartakisten war es nicht möglich, in der Sache zu widersprechen, er kam auf das Prinzipielle: Die Aussage über den König stimme, dennoch müsse die Monarchie fallen. Die frappierende Begründung: „'s ischt aber wegen dem Sischtem."

Eine Vielzahl von Berichten legt nahe, dass man den Fürsten oftmals mehr als nur eine Träne nachweinte. Noch in der ersten Hälfte der 1970er Jahre fragte die „Bild-Zeitung", wen die Deutschen in der Bundesrepublik „am liebsten als Bundespräsidenten sehen würden". Keineswegs favorisierten die Leser den Amtsinhaber, den „Bürgerpräsidenten" Gustav Heinemann, sondern vielmehr Prinz Louis Ferdinand von Preußen, Enkel Kaiser Wilhelms II. Das alles will so gar nicht zum „natürlichen" Tod passen.

Neben das auch von der Wissenschaft geformte Bild des autokratischen, demokratiefeindlichen Fürsten lässt sich ebenso ein anderes stellen. So betont der Historiker Frank-Lothar Kroll die Rolle der überparteilich agierenden „Landesväter" der kleineren, bis auf eine Ausnahme konstitutionellen Staaten des Kaiserreichs, die gerade in Abgrenzung zur preußischen Vormacht als Identifikationsmittelpunkt wahrgenommen wurden. Oft war man alles andere als volksfern und gab sich persönlich vergleichsweise anspruchslos. Insbesondere in ihren Residenzen förderten sie die Kultur als Mäzene oder betätigten sich sogar selbst künstlerisch, wie etwa der „Theaterherzog" Georg II. von Sachsen-Meiningen oder Ernst-Ludwig von Hessen-Darmstadt. Letzterer und Friedrich I. von Baden hatten zu Empfängen auch immer wieder sozialdemokratische Politiker eingeladen.

Die Deutschen weinten ihnen mehr als eine Träne nach

Der Gedanke der Stabilität, die Vorstellung einer neutralen, allseits akzeptierten und damit im Konfliktfall vermittelnden und ausgleichenden Spitze, nachhaltige Entscheidungen aus Verantwortung für eine nicht nur in Legislaturperioden wahrgenommene Zukunft – all dies sind weitere Punkte, die sich, über Anekdoten und konkretes historisches Geschehen hinaus, mit fürstlicher beziehungsweise monarchischer Herrschaft verbinden.

Mag die funktionierende Demokratie die beste aller Staatsformen sein – die nicht immer rationalen Sehnsüchte nach der Epoche der letzten regierenden deutschen Fürsten von so manchem heutigen Zeitgenossen sind zumindest nicht ganz unverständlich. *Erik Lommatzsch*



Feierliche Ouvertüre: Reichstagseröffnung durch Wilhelm II. im Juni 1888 Bild: akg images

Das Ostpreußenblatt

Nr. 45 – 9. November 2018



MELDUNGEN

Hauskauf übers Internet möglich

Tilsit – Die Stadtadministration hat sich entschlossen, das vom Verfall bedrohte Geburtshaus von Armin Müller-Stahl zum Verkauf anzubieten. Das im Jahre 1911 erbaute mehrgeschossige Wohngebäude in der Lindenstraße, jetzt Uliza Lomonosowa, ist samt dem 1000 Quadratmeter großen Grundstück über ein Internetportal zu einem Preis von umgerechnet 120 000 Euro ausgeschrieben. Obwohl das Haus als Architekturdenkmal eingestuft wurde, ist ein Verkauf gesetzlich zulässig. Der Käufer hat allerdings die Auflage, für den gebührenden Erhalt des Gebäudes Sorge zu tragen. Veränderungen an der Außenfassade dürfen nur in Abstimmung mit dem Amt für Denkmalschutz vorgenommen werden. *H.Dz.*

Neue Schleuse am Niedersee

Niedersee – Am Niedersee entsteht die neue Schleuse „Guzianka II“. Sie soll die Schifffahrt auf den Großen Masurischen Seen erleichtern. Der Weg über die Großen Masurischen Seen ist das wirtschaftliche Herz und Motor der Entwicklung Masurens. In der Touristen-Saison fertigt die Schleuse täglich mehrere Hundert Schiffe ab. Die Anlage aus dem Jahr 1879 ist allerdings in einem schlechten Zustand. Ihre Modernisierung erfordert die komplette Schließung, was Auswirkungen auf den Schiffsverkehr hat. „Guzianka II“ soll während der Renovierung den Verkehr der bisherigen Schleuse übernehmen. Die Bauarbeiten werden noch bis zum Juni 2020 andauern. *PAZ*

Visuelle Nachlese in Insterburg

Deutsche Teilnehmer des 9. Deutsch-Russischen Forums auf Spurensuche deutscher Geschichte

Am Tag nach dem 9. Deutsch-Russischen Forum (DRF), das im Hotel Kochar stattfand, hatten die deutschen Teilnehmer Gelegenheit, die in den Vorträgen erwähnten Orte in Insterburg und Umgebung selbst in Augenschein zu nehmen.









„Anschauungsunterricht vor Ort“: Die Originalfarben der Häuser in der Bunten Reihe zeigen, wie prächtig diese einst waren (o.l.). Suchin erklärt an einer Hauswand die Farbunterschiede (o.r.).
In der Mitte besichtigt die Gruppe den Schwedlerschen Rundlokschuppen.
Reinhard Buslaps (u.l.) führte die Teilnehmer mit Jewgenij Snegwoskij durch die Stadt und zum Ännchen-von-Tharau-Gedenkstein (u.r.), wo die Gruppe das bekannte, ihr gewidmete Volkslied sang.

Bilder: MRK

Das Wetter meinte es gut, als sich trotz gemeldeten Regens die Sonne hinter den Wolken hervorwagte. Auf dem Programm stand der Besuch jener Orte, über die tags zuvor beim DRF referiert worden war. Bei angenehmen Temperaturen führten Rainer Buslaps, Kreisvertreter von Insterburg Stadt und Land, sowie der Reiseleiter Jewgenij Snegowskij durch die Stadt. Zu Fuß ging es zu Sehenswürdigkeiten wie der katholischen St.-Bruno-Kirche, zur evangelischen Kirche, die jetzt von der Russisch-Orthodoxen Kirche genutzt wird, vorbei am Bürgermeisterhaus über altes deutsches Kopfsteinpflaster. Im Gebäude der ehemaligen Post ist heute eine öffentliche Banja (russische Sauna). untergebracht. Neben der Frieda-Jung-Mädchenschule ist das ehemalige Gymnasium erhalten (heutiges Rathaus der Stadt).

Weiter ging es per Bus über die Angerapp zum Ännchen-von-Tharau-Gedenkstein. Die Pfarrerswitwe ist 1689 in Insterburg verstorben. Auch ein Besuch der Ordensburg durfte nicht fehlen. Hier konnte die Gruppe sich die Säle des Museums zur Stadtgeschichte ansehen, in dem noch viele Exponate aus der Vorkriegszeit vorhanden sind. Der Verein „Dom Samok“ hat es sich auf die Fahnen geschrieben, die Ruine vor dem Verfall zu retten und veranstaltet hier Festivals.

Inzwischen war der Architekt Dimitri Suchin zur Gruppe gestoßen. Er übernahm die Führung zum teilweise noch erhaltenen Insterburger Rundlokschuppen aus dem 19. Jahrhundert (siehe auch Seite 19). Der heutige Besitzer betreibt dort eine Kfz-Werkstatt und zeigt sich bereit, erhaltende Maßnahmen – bislang nur geringe – zu ergreifen, .

Als Höhepunkt der Stadtbesichtigung darf der Besuch der 1921 bis 1924 errichteten „Siedlung Kamswykus“ gelten, das Erstlingswerk des späteren Meisterarchitekten Hans Scharoun. Nach dem Ersten Weltkrieg erfolgte der Wiederaufbau nach dem Konzept des „bunten Bauens“: Die Fassaden erhielten Anstriche in den Grundfarben Rot, Blau und Gelb, die Fensterwangen bildeten farbige Kontraste dazu. Keine Fassade glich der anderen, Ornamente, Vorsprünge und Glaseinsätze brachen das Sonnenlicht. Jedes dieser Reihenhäuser erhielt einen Garten mit Schuppen, von denen noch einer erhalten ist. Der gemeinnützige Verein Kamswyker Kreis plant die Einrichtung eines „offenen Zimmers“ in einer der Wohnungen, die der Verein in diesem Jahr erwerben konnte. Drei tatkräftige Männer halfen Suchin, das tags zuvor auf dem Forum gezeigte Schrankfragment Scharouns in die Wohnung zu tragen. Die Anwohner unterstützen den Verein nach Kräften. Suchin und die deutschen Besucher wurden mit offenen Armen empfangen und mit frisch geernteten, herrlich duftenden Äpfeln beschenkt. Eine Anwohnerin lockte die Gruppe zum ehemaligen Neuen Friedhof an der Kamswyker Allee, auf dem die Dichterin Frieda Jung beerdigt wurde. Die Gräber existieren zwar nicht mehr, aber Enthusiasten haben hier einen „Frieda-Jung-und-Paul-Gretschischnikow-Poesie-Park“ eingerichtet. In Eigenregie haben die Bewohner Bänke mit Gedichten der Schriftsteller angelegt. Ihre weiteren Pläne sehen vor, alte Gartenpartien wiederzubeleben sowie einen Skulpturenpark und eine Baumschule anzulegen.

Manuela Rosenthal-Kappi

Wanderausstellung »In zwei Welten« in Allenstein

Informationen zur Situtation deutscher Minderheiten in Europa: Offizielle Vertreter bei Eröffnung im Haus Kopernikus

Mitte Oktober fand im Haus Kopernikus – dem Sitz der Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit – die Eröffnung der Wanderausstellung „In zwei Welten. 25 deutsche Geschichten. Deutsche Minderheiten stellen sich vor“ statt. Die Inhalte der Ausstellung wurden von der Arbeitsgruppe Deutscher Minderheiten unter der Schirmherrschaft der Föderalistischen Union Europäischer Nationalitäten (FUEN) vorbereitet und zusammengestellt.

Zwar fördert das Bundesministerium des Inneren diese eindrucksvolle Exposition finanziell, aber die meisten präsentierten Materialien stellten die Angehörigen der deutschen Minderheiten zur Verfügung. Die offizielle Eröffnung fand am 4. September 2017 in Berlin in der ungarischen Botschaft statt. Danach gingen die Thementafeln der Ausstellung auf Wanderschaft. Außerhalb der Grenzen der Bundesrepublik war sie in Käsmark, Pressburg [Bratislava], Oppeln, Breslau und Ratibor zu sehen. Im Oktober hatte die Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit die Ehre, die Exponate unter dem Dach des Hauses Kopernikus zu beherbergen. Anschließend gingen sie nach Memel.

Die Idee einer Wanderausstellung ist nicht zufällig, denn sie vermittelt mangelndes Wissen über die im Ausland als Minorität lebenden Deutschen. Die Einzigartigkeit der Schau besteht darin, dass sie den Betrachtern Einblicke in das Leben und in die Tätigkeit der deutschen Minderheiten in verschiedenen Ländern Europas bietet. Dabei beleuchten die Texte von bestimmten Länderprofilen die Geschichtshintergründe und erklären, wie es dazu kam, dass sich Deutsche dort niederließen. Die komplizierte europäische Geschichte, geprägt durch Kriege, totalitäre Staatssysteme, Migration, Deportation, Vertreibung sowie persönliche, mehrmals dramatische Familienschicksale, ist nur eine der Ursachen.

Auf Informationstafeln oder an den Audio- und Videostationen kann man erfahren, wie die Mitglieder der deutschen Minderheiten zur Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens auf der kulturellen, politischen, künstlerischen oder auch religiösen Ebene in einzelnen europäischen Staaten beitrugen und weiterhin darauf Einfluss nehmen. Die Ausstellung beweist außerdem, dass die Vertreter deutscher Minderheiten aus dem Baltikum, auf dem Balkan oder in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion vielfältige Aktivitäten im Bereich der Kulturprojekte, Medien, Jugendarbeit oder Bildung unternehmen, was positive Wechselbeziehungen zwischen den deutschen Minderheitsmitgliedern und den Mehrheitsgesellschaften widerspiegelt.



Haus Kopernikus: Bernard Gaida (M.) bei der Eröffnung Bild: D.K.

Ansonsten bringt der Titel der Ausstellung auch eine wichtige Tatsache zum Ausdruck, nämlich, dass das Leben der deutschen Minderheitsgruppen immer in zwei Welten verläuft, deswegen griff man auch Identitäts- und Assimilationsfragen auf.

Die Situation der außerhalb der Bundesrepublik Deutschland lebenden Deutschen ist nicht gleich, worauf in seinem Grußwort der Vorsitzende des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen, Bernard Gaida, hinwies. Während es beispielweise den Bürgern deutscher Abstammung in Tschechen oder Polen relativ gut geht, ist der Zusammenhalt des deutschen Minderheitsverbands in Moldau aus finanziellen Gründen gefährdet. Die deutschen Volksgruppen stoßen auf ernsthafte Probleme vor allem dort, wo sie in kleiner Zahl von zum Beispiel weniger als 500 Mitgliedern in großer Zerstreuung leben. Beispiele dafür sind Turkmenistan oder Tadschikistan, wo die Pflege der deutschen Sprache und Kultur einer schweren Probe ausgesetzt ist. Deswegen vermittelt die Ausstellung Impulse dazu, über die Rolle, den Wert und die Zukunft von deutschen Minderheiten nachzudenken und zu diskutieren. Diese Themen tauchten sicher in den Gesprächen der zur Ausstellungseröffnung geladenen Gästen auf, unter denen sich der Honorarkonsul Deutschlands in Allenstein, die Beauftragten des Marschall- und Woiwodschaftsamtes für ethnische und nationale Minderheiten sowie Geistliche der evangelischen und katholischen Kirche befanden. *Dawid Kazanski*



ZUM 104. GEBURTSTAG

Heyn, Hildegard, aus Lyck, am 15. November

ZUM 101. GEBURTSTAG

Engelke, Liesbeth, geb. **Loesch**, aus Neumühl, Kreis Wehlau, am 10. November

ZUM 98. GEBURTSTAG

Niederstraßer, Fritz, aus Kassuben, Kreis Ebenrode, am 9. November
Sonnendecker, Friedel, geb. **Paulin**, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 13. November
Sczech, Karl Heinz, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 114, am 3. November

Anzeige

Sonderzugreisen nach Masuren - Königsberg - Danzig
Tel.: 07154/131830 www.dnv-tours.de

ZUM 97. GEBURTSTAG

Dinter, Christel, geb. **Joneleit**, aus Lyck, Bismarckstraße 40, am 4. November
Marzischewski, Grete, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 11. November
Nowatzki, Marta, geb. **Gardinowski**, aus Langheide, Kreis Lyck, am 12. November

ZUM 96. GEBURTSTAG

Kohlhaussen, Eva, geb. **Koch**, aus Wiesenfeld, Kreis Neidenburg, am 15. November
Rabe, Gertrud, geb. **Myska**, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 13. November

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bahl, Hildegard, aus Kaspersguth, Kreis Ortelsburg, am 9. November
Köck, Gerhard, aus Widitten, Kreis Fischhausen, am 13. November
Nowotka, Alice, aus Neidenburg, am 11. November
Pahl, Erika, geb. **Drummer**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 10. November
Riechey, Hella, geb. **Ragozat**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 9. November
Wuttke, Ilse, geb. **Koschul**, aus Kiefernheide, Kreis Lyck, am 10. November

ZUM 94. GEBURTSTAG

Diehr, Gerda, geb. **Rudorf**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 11. November
Dorra, Walter, aus Kannwiesen, Kreis Ortelsburg, am 9. November
Hollo, Käthe, geb. **Naschinski**, aus Waiselhöhe, Kreis Neidenburg, am 11. November
Krause, Liselotte, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 15. November
März, Helene, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 15. November
Steinke, Käthe, geb. **Ludwig**, aus Waiselhöhe, Kreis Neidenburg, am 15. November
Wernik, Else, geb. **Hopstätter**, aus Langsee, Kreis Lyck, am 5. November

ZUM 93. GEBURTSTAG

Balzer, Hedwig, aus Langsee, Kreis Lyck, am 6. November
Dörffer, Margarete, aus Lyck, am 13. November
Donde, Erich, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 13. November
Jäkel, Marta, geb. **Niostoy**, aus Neidenburg, am 11. November
Karasch, Waltraut, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 11. November
Martin, Lieselotte, aus Lyck, am 8. November
Martineau, Martha, geb. **Kullik**, aus Wickenau, Kreis Neidenburg, am 13. November
Müller, Hedwig, aus Neuforst, Kreis Lötzen, am 5. November
Nadler, Gertrud, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 7. November
Nicolaus, Waltraut, aus Lyck, am 2. November
Schulz, Ehrentraud, geb. **Wenig**, aus Zohpen, Kreis Wehlau, am 13. November
Smukal, Waltraud, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 1. November

ZUM 92. GEBURTSTAG

Albrecht, Gerda, geb. **Juckschat**, aus Lyck, am 5. November
Betker, Gertrud, geb. **Sütterlin**, verw. **Ziegenhardt**, aus Grünsee, Kreis Lyck, am 10. November
Böttcher, Gerda, geb. **Spang**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 10. November
Druba, Erich, aus Bergenau, Kreis Treuburg, am 14. November
Fleiß, Margot, geb. **Barth**, aus Schloßberg, am 15. November
Halas, Hedwig, geb. **Seyda**, aus Rodefeld, Kreis Ortelsburg, am 10. November
Herfer, Manfred, aus Lyck, am 8. November
Honnacker, Irmgard, geb. **Zielasko**, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 10. November
Johansson, Ruth, geb. **Omilian**, aus Reiffenrode, Kreis Lyck, am 1. November
Kutzinski, Heinz, aus Tannau, Kreis Treuburg, am 15. November
Laux, Käthe, geb. **Rosinski**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 14. November
Listing, Elfriede, geb. **Bogumil**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 8. November
Neubauer, Erna, aus Lyck, am 15. November
Piotrowski, Irene, geb. **Hintz**, aus Strobjehnen, Kreis Fischhausen, am 10. November

ZUM 91. GEBURTSTAG

Brandt, Ruth, geb. **Schmerberg**, aus Jürkendorf/Haselau, Kreis Heiligenbeil, am 10. November
Brutscher, Edith, geb. **Christochowitz**, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 10. November
Depolt, Herta, geb. **Gloddek**, aus Rohmanen-Abbau, Kreis Ortelsburg, am 15. November
Ermel, Helgard, geb. **Kunter**, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 12. November
Katies, Erich, aus Lyck, Schlageter Straße 15, am 10. November
Kerstan, Waltraut, geb. **Nowottka**, aus Kornau, Kreis Ortelsburg, am 9. November
Kroll, Margarete, geb. **Regge**, aus Bruchhöfen, Kreis Ebenrode, am 15. November
Makenthun, Edith, geb. **Gollub**, aus Treuburg, am 9. November
Paul, Werner, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 15. November

ZUM 90. GEBURTSTAG

Borkowski, Günter, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 3. November
Braczko, Horst, aus Stahnken, Kreis Lyck, am 4. November
Gillert, Margarete, aus Neidenburg, am 9. November
Heise, Paul, aus Dankfelde, Kreis Lötzen, am 7. November
Heydemann, Meta, geb. **Wochnowski**, aus Neidenburg, am 14. November
Kuberka, Margarete, geb. **Roters**, aus Soffen, Kreis Lyck, am 14. November
Lasarczik, Hartmut, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 15. November
Mordas, Gertrud, geb. **Bobel**, aus Erlental, Kreis Treuburg, am 11. November
Nehmer, Elli, geb. **Fröhlich**, aus Windberge, Kreis Ebenrode, am 15. November
Oelerking, Ilse, geb. **Stepowitz**, aus Hüttenfelde, Kreis Tilsit-Ragnit, am 14. November
Schachtschneider, geb. **Tönnsmeyer**, Magdalene, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 13. November
Steinert, Eva, geb. **Kropeit**, aus Neumühl, Kreis Wehlau, am 10. November
Stoll, Friedrich, aus Wittingen, Kreis Lyck, am 10. November
Tiska, Lucie, geb. **Reh**, aus Blumstein, Kreis Preußisch Eylau, am 12. November
Wenzek, Erika, aus Scharfenrade, Kreis Lyck, am 1. November
Zimmermann, Eleonore, geb. **Pilz**, aus Neusiedel, Kreis Tilsit-Ragnit, aus Platen, Kreis Ebenrode und aus Haselberg, Kreis Schlossberg, am 14. November

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bisanz, Artur, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 10. November
Böhnke, Fritz, aus Schallen, Kreis Wehlau, am 12. November
Ebert, Waltraud, geb. **Amonat**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 12. November
Fröhlich, Günter, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 14. November
Gerdey, Walter, aus Steinkendorf, Kreis Lyck, am 12. November
Jelonnek, Erika, geb. **Becker**, aus Königsberg, am 14. November
Konopka, Artur, aus Petersgrund, Kreis Lyck, am 13. November
Kopka, Manfred, aus Jägersdorf, Kreis Neidenburg, am 12. November
Krampitz, Margarete, geb. **Tomescheit**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 9. November
Murach, Ernst, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 11. November
Raulin, Kurt, aus Richtenberg, Kreis Treuburg, am 11. November
Strobel, Gertrud, geb. **Iwannek**, **Seher**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 4. November
Theiß, Helga, geb. **Nett**, aus Weidehnen, Kreis Fischhausen, am 13. November
Veitschegger, Lore-Marie, aus Lyck, am 3. November

ZUM 80. GEBURTSTAG

Arczynski, Inge, geb. **Meisterknecht**, aus Schwengels, OT-Dothen, Kreis Heiligenbeil, am 10. November
Baltruschat, Erwin, aus Druskken, Kreis Ebenrode, am 14. November
Baumgart, Christel, geb. **Adamzik**, aus Sentken, Kreis Lyck, am 9. November
Borzim, Dieter, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 1. November
Burbulla, Erhard, Vorfahren aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 9. November
Doerks, Elke, geb. **Schnorr**, aus Lyck, am 13. November
Dudde, Edeltraut, geb. **Nadzeyka**, aus Lyck, am 8. November
Düpetell, Lothar, aus Rudau, Kreis Fischhausen, am 12. November
Fekete, Waltraut, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 10. November
Gläser, Irmgard, geb. **Blaskowski**, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 5. November
Götze, Irmgard, geb. **Bachler**, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 12. November
Heck, Traute, geb. **Schliwinski**, aus Mulden, Kreis Lyck, am 3. November
Holl, Artur, aus Grundhausen, Kreis Ebenrode, am 13. November
Hülse, Irmgard, geb. **Paprothka**, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 8. November
Jobski, Herfried, aus Seehag, Kreis Neidenburg, am 12. November
Knischewski, Manfred, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 15. November
Koban, Doris, geb. **Kleylein**, aus Walden, Kreis Lyck, am 10. November
Kowalewski, Alfred, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 7. November
Krueger, Klaus, aus Groß Buchwalde, Kreis Allenstein, am 1. November
Marks, Werner, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 13. November
Meitz, Rudi, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 14. November
Pruß, Ilse, geb. **Gollmar**, aus Lyck, am 11. November
Radmacher, Ulrich, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 13. November
Salloch, Brigitte, geb. **Biallas**, aus Legenquell, Kreis Treuburg, am 12. November
Schlüschen, Erika, geb. **Czehay**, aus Königsberg, Kreis Fischhausen, am 15. November
Todtenhöfer, Gustav, aus Ebenrode, am 13. November
Voltmann, Brigitte, geb. **Drewe**, aus Gutweide, Kreis Ebenrode, am 12. November
Voos, Dieter, aus Wehlau, am 12. November
Zels, Bruno, aus Klein Nuhr, Kreis Wehlau, am 13. November

ZUM 75. GEBURTSTAG

Fechter, Herbert, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 11. November
Gnosa, Klaus, aus Treuburg, am 11. November
Krapp, Hildburg, geb. **Gonnermann**, aus Rodebach, Kreis Ebenrode, am 15. November
Leopold, Ursel, geb. **Plotzitzka**, aus Kilianen, Kreis Treuburg, am 15. November
Lischewski, Klaus, aus Weidicken, Kreis Lötzen, am 13. November
Lürtzing, Sabine, geb. **Schmidt**, aus Treuburg, am 11. November



Weihe, Kurt und Ehefrau Isa, aus Limbach-Oberfrohna, am 15. November

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen!

TERMINE DER LO

2018
12. bis 15. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

2019
16. bis 17. März: Arbeitstagung (AT) der Kreisvertreter in Helmstedt
13. bis 14. April: AT Deutsche Vereine in Sensburg
12. bis 14. April: Kulturseminar in Helmstedt
11. Mai: Jahrestreffen der LO in Wolfsburg
15. Juni: Sommerfest des VdGEM in HEilsberg
21. bis 23. Juni: 7. Sommerolympiade in Osterode (Ostpreußen)
20. bis 22. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
7. bis 13. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
19. bis 20. Oktober: 12. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)
1. November: AT der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
2. bis 3. November: Ostpreußische Landesvertretung in Wuppertal (geschlossener Teilnehmerkreis)
9. bis 12. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html.

Zusendungen für Ausgabe 47

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimatseiten der *PAZ*-Ausgabe 47/2018 (Erstverkaufstag: 23. November) bis spätestens Mittwoch, 14. November an E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de, per Fax an (040) 41400850 oder postalisch an *Preußische Allgemeine Zeitung*, z. Hd. Frau Christiane Rinser-Schrut, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



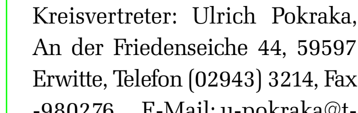
LÖTZEN

Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553, Fax (05424) 399139, E-Mail: dieter.arno.milewski@osnanet.de. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Vortrag

Neumünster – Sonnabend, 17. November, 15.30 Uhr, Lötzener Museum, Sudetenlandstraße 18H (Böcklersiedlung): Vortrag „Ostpreußen kriminell – Vom Wilddieb bis zur Giftmörderin“. Ute Eichler stellt anhand von Beispielen Nachdenkliches und Unterhaltsames aus zum Teil gar nicht so ferner Zeit vor. Der Eintritt ist frei.

Das Museum ist ab 10 Uhr geöffnet und bietet die letzte Gelegenheit, die Werke der Ausstellung „Die Elche sind da!“ – Ostpreußens Wappentier in Werken der Bildenden Kunst, der Souvenir- und Spielzeugherstellung – zu sehen. Alle Exponate werden Ende November den Leihgebern, in der Mehrzahl an das Ostpreußische Landesmuseum Lüneburg, zurückgegeben. Mit dieser Veranstaltung endet die Lötzener Museumssaison 2018.



NEIDENBURG

Kreisvertreter: Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, Telefon (02943) 3214, Fax -980276, E-Mail: u-pokraka@t-online.de. Stellvertreter: Frank Jork, Oberbörry 18, 31860 Emmerthal - Börry, Telefon (0171) 7086334.

Heimatreise

Hinflug am 24. Juni 2019 um 9.40 Uhr, Rückflug am 1. Juli um 12 Uhr. Feier zum 25-jährigen Bestehen des Vereines der Deutschen Minderheit in Neidenburg am 29. Juni 2019. Die Flugzeit beträgt rund zwei Stunden. Ein Vorteil gegenüber einer Busreise ist das Einsparen der Übernachtungen auf der Hin- und Rückfahrt. Die Unterkunft in Ostpreußen wird im Hotel Gawra in Wikno sein, das mitten im Wald liegt, direkt am Omulefsee, es ist rund zwölf Kilometer von Neidenburg entfernt. Das Einzelzimmer mit Frühstück kostet 34,71 Euro pro Person und Nacht, das Doppelzimmer mit Frühstück kostet 28 Euro pro Person und Nacht. Es wird ein warmes Abendessen ge-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 15

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 14

gen Aufpreis angeboten. Im Internet ist das Hotel unter www.osrodekgawra.pl zu besichtigen.

Der Bustransfer in Polen muss noch organisiert werden. Unser Gedanke ist, drei Kleinbusse zu mieten, die dann für weitere, verschiedene Unternehmungen zur Verfügung stehen. Für besondere Fälle stehen auch ein paar PKW zur Verfügung. Für Unternehmungen in Ostpreußen werden Angebote ausgearbeitet, bei denen dann besondere Wünsche Berücksichtigung finden können.

In Summe wird die Reise rund 750 Euro pro Person kosten. Da wir die Flüge und das Hotel buchen müssen, können weitere Interessenten nur kurzfristig berücksichtigt werden. *U. Pokraka*



ORTELSBURG

Kreisvertreter: Dieter Chilla, Buswaeg 11, 48565 Steinfurt, Telefon (02552) 3895, E-Mail: kontakt@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de. Stellvertretender Vorsitzender: Marc Plessa, Hochstraße 1, 56357 Hainau. Geschäftsführerin: Karola Kalinski, Meisenstraße 13, 45698 Gladbeck. Internet: www.kreisgemeinschaft-ortelsburg.de

70 Jahre KG

Gut besucht war das Kulturzentrum der Patenstadt Herne beim 70-jährigen Jubiläum der Kreisgemeinschaft Ortelsburg. In seiner Begrüßung wies der Kreisvorsitzende Dieter Chilla auf die Veränderungen in der Kreisgemeinschaft während der letzten Jahrzehnte hin: Aus einer Notgemeinschaft ist eine Kulturgemeinschaft mit dem Ziel deutsch-polnischer Völkerverständigung geworden.

Oberbürgermeister Frank Dudda nahm den Ball auf und verwies auf die zahlreichen Verflechtungen zwischen den Menschen aus dem ehemaligen Ostpreußen und der Revierstadt: Die Jahresendgespräche mit den Kreisvertretern machen ihm immer wieder deutlich, welche wichtige Rolle die Menschen aus Masuren und deren Nachkommen für Herne haben. Festredner Wolfgang Kessler, ehemaliger Direktor der Martin-Opitz-Bibliothek, kennt die Arbeit der Ortelsburger aus jahrzehntelanger Zusammenarbeit: „Die Kreisgemeinschaft Ortelsburg zählt zu den aktivsten Kreisgemeinschaften des ehemaligen Ostpreußens. Das liegt vor allem daran, dass sie ein hervorragend geführtes Archiv besitzt, das Anlaufstelle für zahlreiche Familienforscher, aber auch Wissenschaftler ist.“ Vor allem, so der Historiker, hat ihr Vorstand sich nicht zu einseitigen politischen Stellungnahmen verleiten lassen.

Stimmungsvolle musikalische Umrahmung erhielt die Feier durch Darbietungen des Resser Posaunenchor unter Leitung von Alexander Ribbat. Vor allem die älteren Teilnehmer reagierten gerührt, als die heimliche ostpreußische Hymne „Ännchen von Tharau“ von der Sopranistin Petra Simiatowski vorgetragen wurde, am Klavier von Rüdiger Korte begleitet.

Begonnen hatten die Feierlichkeiten zwei Tage vorher in der Martin-Opitz-Bibliothek mit einem Vortrag von Christopher Spatz zum Schicksal von Tausenden „Wolfskindern“, die nach dem Zweiten Weltkrieg ohne Hilfe Erwachsener in Ostpreußen und Litauen um ihr Überleben kämpfen mussten. *D.C.*



Schmucke Grüße: Robert Arbatowski (r) überreicht Dieter Chilla (l) Wappen und Grußschreiben des Landrates Bild: privat



Insterburg: Siegfried Dannath-Grabs und Brigitte Stramm (l) ehren Angelika Spiljowa mit der Ehrenmedaille Bild: privat

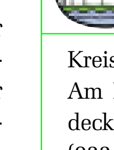
TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Erwin Feige, Am Karbel 52, 09116 Chemnitz, Telefon (0371) 3363748. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de

Ehrung

Als zweiter Vorsitzender der Stadtgemeinschaft Tilsit nahm Siegfried Dannath-Grabs am 20. Oktober am Deutsch-Russischen Forum in Insterburg teil. Das vielbeachtete Treffen stand unter der Losung „Zukunft braucht Vergangenheit“. Neben außerordentlich interessanten Vorträgen von russischen und deutschen Referenten erfolgte auch eine Ehrung für zwei russische Teilnehmer, deren Verdienste die intensive, freundschaftliche verbindende Beziehung alter und neuer Bewohner Ostpeußens beinhaltete.

Er wurde vom Vorstand der Stadtgemeinschaft Tilsit beauftragt, das 9. Deutsch-Russische Forum zu nutzen, um die verdienstvolle Direktorin des Stadtmuseums Tilsit mit der Ehrenmedaille auszuzeichnen. Entsprechend der Tagesordnung war für die Auszeichnung der Vormittag geplant. Da aber der große Blumenstrauß zu spät kam, musste die Ehrung auf den Nachmittag verschoben werden. Dannath-Grabs sprach die Laudatio, und Brigitte Stramm heftete Angelika Spiljowa die Medaille an. Viele Teilnehmer kamen nach vorn, um die Auszeichnung aus nächster Nähe fotografieren zu können. Die gut gestaltete Urkunde wurde mit Bewunderung aufgenommen. Für diesen herausragenden Moment der Auszeichnung gab es viel Beifall und Zustimmung. Der Beifall galt aber auch der Standhaftigkeit von Angelika Spiljowa in diesem Jahr. *S. Dannath-Grabs*



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Winfried Knocks, Varenhorststraße 17, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2309, E-Mail: WinfriedKnocks@aol.com

Suchanfrage

Edith Matthies wandte sich mit einer Frage an mich. Ich bin die Kirchspiel-Vertreterin für Altenkirch/ Budwethen, Kreis Tilsit-Ragnit.

Die Familie hatte es bei Kriegsende 1945 nicht geschafft, aus Nord-Ostpreußen herauszukommen. Nach dem Tod ihrer Mutter war Edith Matthies als Kind in den Kinderhäusern in Schloßberg [Pillkallen] [Dobrowolsk] und Altenkirch [Malomozajskoe] untergebracht. Bereits im Jahr 1994 nahm sie an einer Rundreise durch Nord-Ostpreußen teil, unter der Leitung von Christa Pfeiler-Iwohn. Diese war ebenfalls als Kind in einem Heim in Nord-Ostpreußen gewesen. Eine Gruppe mit dem gleichen Schicksal ging auf Spurensuche und suchte die ehemaligen Kinderhäuser auf.

Nach dem Kriegsende 1945 gab es viele Waisenkinder in Nord-Ostpreußen. Die sowjetische Verwaltung richtete Kinderheime ein. Es gab zunächst kein russisches Personal, das für die Aufgaben als Erzieher, pädagogische Leiter und Direktoren ausgebildet war. So waren bis 1947 viele deutsche Fachkräfte in den Kinderhäusern tätig. Auch geeignete Räumlichkeiten und Einrichtungen fehlten. Die hygienischen Zustände waren oft äußerst unbefriedigend. Am meisten beklagt wurde, dass die gesetzlich vorgeschriebenen Rationen an Lebensmitteln nicht bei den Kindern ankamen. Verwaltungspersonal und Küchenkräfte bereicherten sich auf Kosten der Kinder.

Nach siebzig Jahren sind die Ehemaligen, die in der Zeit nach Kriegsende im Kinderheim Altenkirch gelebt haben, in alle Himmelsrichtungen zerstreut, wenn sie noch leben. Edith Matthies möchte gerne Kontakt mit Ehemaligen aufnehmen.

Ihre Anschrift: Edith Matthies, Elzenbergstraße 7a, 08371 Glauchau, Telefon (03763) 711857. *Gunhild Krink*

Dittchenbühne

Elmshorn – Freitag, 16. November, 19 bis 21 Uhr: **Elchessen.** Auf dem Programm beim Elchessen steht neben dem Mehr-Gang-Menü mit dem Elchfleisch als Höhepunkt ein Vortrag von Forstdirektor i.R. Hans Hewicker. Der Kostenbeitrag beträgt 30 Euro. Nähere Informationen und Anmeldung beim „Forum Baltikum – Dittchenbühne“, Hermann-Sudermann-Allee 50, 25335 Elmshorn, Telefon (04121)/89710.



Bitte füllen Sie das Anzeigenformular mit Ihrem persönlichen Gruß aus und bezahlen Sie später erst nach Rechnungserhalt!

☐ Kleine Grußanzeige zum Sonderpreis von **20,-€** (inkl. 19% Mwst.)
☐ Große Grußanzeige zum Sonderpreis von **30,-€** (inkl. 19% Mwst.)

Kleine Grußanzeige
Große Grußanzeige

Ihr Name:
Straße:
PLZ/Ort:
Telefon:

Bitte ausfüllen, ausschneiden und einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung (Anzeigenabteilung)
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg
E-Mail: anzeigen@preussische-allgemeine.de
Fax an: 040/41400850

Premiere im Landesmuseum

Erste Fördererkreis-Jahresveranstaltung seit der Wiedereröffnung

Die Jahresveranstaltung des Fördererkreises Ostpreußisches Jagdmuseum – Hans-Ludwig Loeffke Gedächtnisvereinigung e.V. im Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg hat ebenso Tradition wie die musikalische Umrahmung durch die Böhmsholzer Jagdhornbläser. Die diesjährige Veranstaltung war jedoch etwas Besonderes, nämlich die erste seit der Wiedereröffnung des Museums nach dessen Umbau und Erweiterung um eine Deutsch-Baltische Abteilung. „Das Ostpreußische Landesmuseum im neuen Gewand – in Gegenwart und Zukunft“ war denn auch das Thema des Vortrags des Museumsdirektors Joachim Mähnert.

Vor dem Kernstück des Abends sprach Barbara Loeffke als Vorsitzende des gastgebenden Fördererkreises einige Worte der Begrüßung, in denen sie noch einmal in Erinnerung rief, dass in diesem Jahr nicht nur die Wiedereröffnung des Ostpreußischen Landesmuseums stattfand, sondern sich auch die Eröffnung des Ostpreußischen Jagdmuseums – Wild, Wald und Pferde Ostpreußens im Alten Kaufhaus in Lüneburg zum 60. Mal jährte, des übrigens ersten ostdeutschen Museums, wie Loeffke betonte.

Es folgten zwei Grußworte, eines von Rolf-Dieter Carl, dem Vorsitzenden der Freunde des Ostpreußischen Landes- und Jagdmuseums e.V., und eines vom Vorsitzenden der Bundestagsgruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheit, Eckhard Pols, das von Loeffkes Stellvertreter Karsten Uffhausen verlesen wurde und aus dem viel Verständnis für die notwendige Kulturförderung der Ostpreußen sprach.

Der Direktor des Ostpreußischen Landesmuseums widerstand in seinem Vortrag der Versuchung, egozentrisch nur von seinem Haus zu berichten. Vielmehr schaute er über den Tellerrand hinweg und bot eine ebenso anregende wie kritische Analyse des Zeitgeistes im Allgemeinen sowie der gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen seiner Museumsarbeit im Besonderen.

Zum Schluss bediente sich Mähnert Kants Definition der Aufklärung, wenn er seine Zuhörer aufforderte: „Lassen auch Sie sich auf das Risiko ein! Haben Sie ‚Mut, den eigenen Verstand zu bedienen‘.“ Das war durchaus sinnig, denn nach der Wiedereröffnung des Museums steht das nächste Projekt auf der Agenda: ein Anbau an das bestehende Bestandsgebäude in der Ritterstraße unter anderem für die weltweit umfangreichsten Bestände zu Immanuel Kant, die 2016 mit den Sammlungen aus dem Museum Stadt Königsberg in Duisburg übernommen wurden. Bis zu Kants 300. Geburtstag 2024 soll im Ostpreußischen Landesmuseum die bundesweit erste Dauerausstellung über den ostpreußischen Ausnahmephilosophen Realität werden.

Es wurden nicht nur die Gäste der wie immer gut besuchten Veranstaltung mit Ohrenschmaus und geistiger Nahrung beschenkt, sondern die Akteure bekamen auch etwas. Für die Musik gab es eine Flasche hochprozentiges „Trakehner Blut“ und für den Vortragenden Mähnert für sein Museum eine künstlerische Darstellung des Abschlusses der Konvention von Tauroggen zwischen dem preußischen Generalleutnant Johann David von Yorck und dem russischen Generalmajor Hans Karl von Diebitsch in der Poscheruner Mühle am 30. Dezember 1812, ein durchaus sinniges Geschenk in einer Zeit, in der wieder wie weiland zu Zeiten Napoleons von westlicher Seite mit deutscher Unterstützung versucht wird, die Deutschen gegen Russland in Stellung zu bringen.

Manuel Ruoff



Mit einer Kopie des dem Museum geschenkten Gemäldes: Barbara Loeffke, Rolf-Dieter Carl und Joachim Mähnert (v.l.) Bild: Ruoff

Themenabend im OL

»Ostpreußen im Ersten Weltkrieg in der Literatur«

Lüneburg – Donnerstag, 15. November, 18:30 Uhr, Ostpreußisches Landesmuseum (OL), Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg: „Ostpreußen im Ersten Weltkrieg in der Literatur“ – Themenabend mit Arno Surminski, Klaus Weigelt und Professor Miroslaw Ossowski, Danzig.

Die allgemeine Begeisterung zu Beginn des Ersten Weltkrieges erfasste nicht nur große Teile des deutschen Volkes, sondern auch seine geistige Elite und zahlreiche Schriftsteller. Bekannte Persönlichkeiten wie Rainer Maria Rilke, Gerhart Hauptmann, Ernst Jünger, Carl Zuckmayer und Hugo von Hofmannsthal stimmten in die Kriegsbegeisterung ein. Thomas Mann schrieb einige Wochen nach dem Kriegsausbruch: „Deutschlands ganze Tugend und Schönheit entfaltet sich erst im Kriege. Es wird freier und besser daraus hervorgehen, als es war.“

In Ostpreußen versiegte die Begeisterung schnell. Russische Truppen fielen schon im August 1914 ins Land ein, zerstörten und verwüsteten Städte und Dörfer. Bis zu 800 000 Menschen gingen auf die Flucht. Krieg, Besatzung, Deportationen, Zerstörung und Gewalt wurden zur kollektiven Erfahrung der ganzen Provinz. Das Kriegsgeschehen wurde auch in der Literatur zu einem wichtigen Thema, das Schriftsteller wie Wolfgang Koeppen, Ernst Wiechert, Alexander Solschenizyn, Arno Surminski und Siegfried Lenz beschäftigte.

Ernst Wiechert (1887–1950), selbst Frontsoldat in Frankreich, hat sich in seinem dichterischen Werk intensiv mit seinen traumatischen Kriegserlebnissen auseinandergesetzt. Im ersten Teil seines Romans „Die Jeromin-Kinder“ schildert er mit dem für ihn charakteristischen Unterton die prekäre Situation des an der Grenze gelegenen Dorfes Sowirog, dem Hauptort seines Romans: „Über die Dörfer an der Grenze geht die erste Welle und oft auch die letzte. Sie nimmt Männer und Knaben, Häuser und Vieh, die Ernte und die Saat. [...] Die Leute von Sowirog haben den Krieg nicht gemacht, und sie fühlen das Ganze nicht als Strafe. Sie fühlen es als Gottes schwere Hand, aber sie wissen nicht, weshalb die Hand sich gerade auf die ärmsten Leben legt. Gott hätte wohl Raum genug in der Welt, um seine Hand hinzulegen.“

Mit unserer Veranstaltung beleuchten wir in zwei Vorträgen, wie sich Schriftsteller mit dem Ersten Weltkrieg in Ostpreußen literarisch auseinandergesetzt haben. Anschließend wird Arno Surminski einige Ausschnitte aus seinen Romanen und Erzählungen lesen, welche die Kriegsgeschehnisse im Ostpreußen 1914–1918 zum Thema haben.

Kartenreservierung zum Preis von 7 Euro pro Person unter Telefon (04131) 759950, E-Mail: info@ol-lg.de oder Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg. *OL*

Zeitzeugen des Zweiten Weltkriegs gesucht

Gesucht werden Kriegsteilnehmer und Zeitzeugen, die selbst als Soldat während des Zweiten Weltkrieges gedient haben. Geplant ist ein Zeitzeugengespräch über die jeweiligen Kriegserlebnisse. Typische ostpreußische Infanterie-Divisionen sind beispielsweise: Die 1. Infanterie-Division („Friedrich der Große“, „Ostpreußen“), die 11. Infanterie-Division („Die Elchköpfe“), die 21. Infanterie-Division (Garnison: Elbing), die 121. ID. („Adlerschild-Division“). Jedes Gespräch mit ehemaligen Kriegsteilnehmern aller Jahrgänge ist hilfreich; eine Zugehörigkeit zu einer ostpreußischen Infanterie-Divisionen ist nicht zwangsläufig erforderlich.

Im Jahre 2018, 73 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges, ist es mit diversen Schwierigkeiten und einem enormen Zeitaufwand auf der bürokratischen Ebene verbunden, überhaupt Zeitzeugen bezüglich dieser Thematik ausfindig zu machen, daher zögern Sie bitte nicht über meine Telefonnummer mit York Meyer in Kontakt zu treten.

Leutnant Meyer studiert im Rahmen seiner 13-jährigen Verpflichtungszeit als Offizier der Bundeswehr über einen Zeitraum von vier Jahren den Studiengang der Geschichtswissenschaft an der „Helmut-Schmidt-Universität“ der Bundeswehr in Hamburg. Für seine Bachelorarbeit beschäftigt er sich mit der Thematik ostpreußischer Kriegsteilnehmer des Wehrkreises I (Königsberg) und XX (Danzig) sowie mit dem in Ostpreußen gelegenen Truppenübungsplatz Arys und Kriegsteilnehmer des Zweiten Weltkrieges.

Neben Gesprächen mit Zeitzeugen ist Meyer auch an zeithistorischen Dokumenten wie persönlichen Unterlagen aus der damaligen Zeit, Fotoalben und Dergleichen interessiert.

Zur Kontaktaufnahme wenden Sie sich bitte an:

York Meyer, Leutnant,
Schweriner Straße 20,
23972 Dorf Mecklenburg/OT Steffin, Telefon (03841) 762788,
E-Mail: YorkMeyer@web.de

Dank an alle, die sich bereits auf den Aufruf im Juni gemeldet haben mit der Erinnerung, Berichte postalisch zuzusenden und Kontaktmöglichkeiten anzugeben.

York Meyer

Schwimmsteg, Brückenschiff – Großvater – Gestell; Stützwerk – Fragewort: Zu welchem Zweck? – ostenglische Grafschaft – nicht vertraut – Unparteiischer b. Sport (Kzw.) – Lungentätigkeit – Vorsilbe: gegen (griech.) – Stuhlplatte – Inselgruppe im Atlantik – Abk.: elektronische Datenverarbeitung – kaum hörbar, fast lautlos – Laubbaum, Rüster – begründeter Anspruch – Badezimmer – gedanklicher Einschnitt – früher: persönliche Dienerin – oberster Teil des Getreidehalms – Verhältniswort – rechtswidriger Zwang – poetisch: Atem – früherer Kfz-Fahrtrichtungsanzeiger – Monatsname – besitzanzeigendes Fürwort – Befragung durch Reporter – Spielbank – im Jahre (lateinisch) – eine Zahl – elastische Aufhängung, Pufferung – schwedischer Filmstar (Greta) – Muse der Liebesdichtung – Kunstflugfigur (engl.) – sportl. Freizeitspaß (ugs.) – eine Zahl – Opferfreudigkeit – ein Schiff stürmen – kahl werden (Tannen) – Fleischwurst – erträglich, mäßig gut – Hubschrauberflügel – törichter Mensch – Drama von Goethe – Hauptstadt von Südtirol – kleine, viersaitige Gitarre – Pelz russischer Eichhörnchen – Ausdehnungsbegriff – Titulierung – mittelgroßer Papagei – positives Ergebnis – Hafenstadt in Marokko – amerik.-engl. Dichter (T. S.) – Verfasser – Diebesgutabnehmer – separat, für sich allein – echt; ehrlich – strecken, weiten – höckerloses Kamel – Fluss der Schweiz u. Frankreichs – Himmelswesen – Golfjunge – Verbannung; Verbannungsort – frühere Münze – Riemenwerk der Reit- und Zugtiere – respektieren – dickflüssig – enthaltsam lebende Frau – span. Eroberer (Hernando) – Fleck; Zeichen – Zeichnung im Holz – chem. Element, Seltenerdmetall – Hochschule, Fachschule – Einfluss; Befehlsgewalt – Opernsologesang – schmaler Spalt – Glanz-, Höhepunkt (franz.) – russische Stadt an der Oka – rundlich, üppig – Viereck – kurzes Ballettröckchen – Schwertlilie – halblang (Kleidung) – Bezeichnung – Ruder (Seemannssprache) – afrikanischer Strom – verstört, konfus – Kfz-Zeichen Remscheid – Abkürzung für Euer Ehren – Rand eines Gewässers – Staat in Nahost, Persien – mild, sanft – italienische Tonsilbe – Schankstätte bei Volksfesten – Meeressäugetier – Bierglas, Bierkrug

PAZ18_45

So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. Hasard, 2. Partie, 3. Mensch, 4. Rektor, 5. Kurier, 6. Sessel – Hantel, Diskus

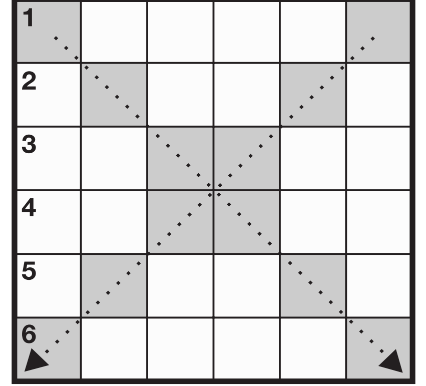
Kreiskette: 1. Nobile, 2. Bohnen, 3. Honnef, 4. Leinen, 5. Elster – Bonboniere

Sudoku:

Sudoku

	1					8		
	7		6				4	5
3				2	9			
		9	4		1		3	
		1		8		2		
	3		2		5	1		
			9	6				2
7	2				3		8	
		5					1	

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!



Diagonalrätsel

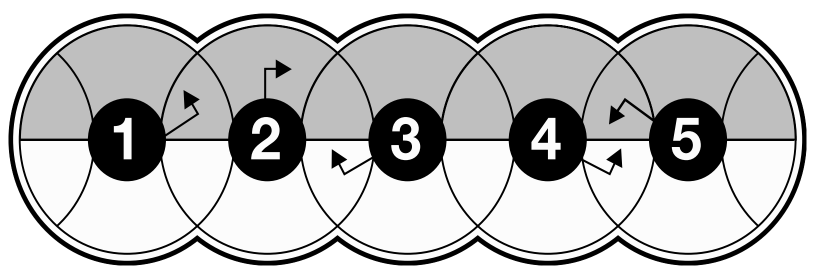
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Sportgeräte.

1 Glücksspiel
2 Gesangsrolle (Bühne)
3 Lebewesen
4 Schulleiter
5 Eilbote
6 Polstermöbelstück

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte eine Pralinenpackung.

1 italienischer Polarflieger, **2** Hülsenfrüchte, **3** Bad am Mittelrhein, **4** Flachsfaser; Gewebeart, **5** diebischer Vogel



Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



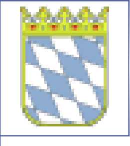
Baden-Württemberg

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Mittwoch, 21. November, 18 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal: Vortragsreihe der Landesgruppe (Referent und Thema noch offen).

Ludwigsburg – Dienstag, 20. November, 15 Uhr, Krauthof, Beihingerstraße 27: Stammtisch.

Reutlingen – Sonnabend, 17. November, 14 Uhr, Friedhof Römerschanze RT am Gedenkstein: Totengedenkfeier mit einer Ansprache der 1. Vorsitzenden der LOW Reutlingen, Ilse Hunger, anschließend Einkehr um Gasthaus Edelweiß. Bei Kaffee und Kuchen werden wir unserer Heimat gedenken.



Bayern

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Freitag, 23. November, 19 Uhr, Gasthof Krone, Gunzenhausen: „Der Tierfilmer Heinz Sielmann“ – Filmabend. Vorher gemeinsames Essen (Curry-Wurst).

Ansbach – Sonnabend, 17. November, 14.30 Uhr, Denkmal auf dem Waldfriedhof: Gedenkfeier aller Landsmannschaften für die Opfer von Flucht und Vertreibung. Um 15.30 Uhr in der Orangerie folgt ein Bildbericht über die Danzig-Reise.

Bamberg – Mittwoch, 21. November, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose, Keßlerstraße, Bamberg: Monatstreffen.

Hof – Sonnabend, 10. November, 15 Uhr, Altdeutsche Bierstube, Marienstraße 88, 95028 Hof: Monatsversammlung. Die Veranstaltung wird sich mit der durch ihre leuchtenden Farben bekannte Majolika-Keramik aus Cadinen beschäftigen. Gäste sind immer herzlich willkommen.

Anzeige

Heimatliche Qualitätswaren ab sofort wieder lieferbar

		1000 g
Ger. Gänsebrust, mager, oh. Kn.	ca. 800 g	36,99 €
Ger. Gänsebrust, mit Kn.	ca. 1000 g	22,99 €
Gänseschmalz, ca. 200-g-Becher	Stück	2,49 €
Gänseleberwurst	ca. 150 g	16,99 €
Gänseflumen (als fertiger Brotaufstrich)	ca. 300 g	6,49 €
Teewurst, Rügenwalder Art	ca. 100 g	16,99 €
Salami, mit Knoblauch,	ca. 500 g+2000 g	20,99 €
Krautwurst mit Majoran, fest	ca. 400 g	17,99 €
Krautwurst mit Majoran, streichfähig	ca. 150 g+850 g	14,99 €
Schweinemettwurst mit geb. Pfeffer	ca. 400 g	15,99 €
Hausm. Leberwurst, geräuchert	ca. 400 g	13,99 €
Lungwurst (vacu verpackt)	ca. 500 g+1000 g	10,99 €
Grützwurst geräuchert, mit u. ohne Rosinen		9,99 €
Hausm. Blutwurst, geräuchert	ca. 750 g	12,99 €
Zungenwurst	ab ca. 500 g	13,99 €
Hausm. Sülze	ca. 400 g	10,99 €
Ger. Schinkenspeck	500 g–2,0 kg	13,99 €

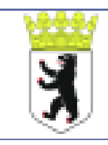
und vieles mehr!!!

Fordern Sie auch eine umfangreiche Bestellliste an!

Sie finden uns im Internet unter www.kinsky-fleischwaren.de

Der Versand erfolgt auf Rechnung.
Die Mehrwertsteuer ist in den Preisen enthalten.
Ab 100,00 Euro Warenwert senden wir innerhalb Deutschland portofrei!

KINSKY Fleischwaren GmbH
Rosenburger Weg 2 · 25821 Bredstedt
Tel. 0 46 71 - 91 38-0 · Fax 0 46 71 / 91 38-38



Berlin

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

KREISGRUPPEN



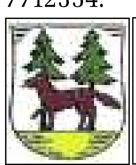
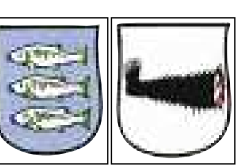

Angerburg, Goldap – Montag, 19. November, 14 Uhr, Restaurant Oase Amera, Borussiastraße 62, 12102 Berlin, Anfragen an Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Bartenstein – Anfragen an Elfi Fortange unter Telefon (030) 4944404.

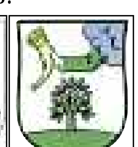


Frauengruppe – Mittwoch, 14. November, 13.30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 116-117, 10963 Berlin, Anfragen an Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

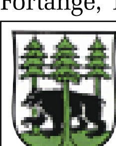



Johannisburg, Lötzen, Sensburg – Dienstag, 13. November, 13 Uhr, Restaurant Muna, Albrechtstraße 52, 12167 Berlin: Treffen. Anfragen Johannisburg und Sensburg, Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917, für Lötzen, Gabriel Reiß, Telefon (030) 7563563.

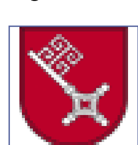




Königsberg, Samland, Labiau – Freitag, 16. November, 14 Uhr, Forckenbeckstraße 1, 14199 Berlin-Wilmersdorf, Anfragen an Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



Rastenburg – Sonntag, 11. November, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin, Anfragen an Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.



Bremen



Frauengruppe – Dienstag, 13. November, 12.30 Uhr, Hotel Robben – Grollander Krug, Emslandstraße 30, in Bremen-Grolland: Entenessen. Es gibt „Ente satt“ mit den üblichen Beilagen. Anmeldungen bitte ab sofort bei Frau Richter, Telefon (0421) 405515 oder jeden Donnerstag-Nachmittag in der Geschäftsstelle, Telefon (0421) 3469718.

Bremen – Volkstrauertag, 18. November, 14 Uhr, den Gedenksteinen um das Ehrenkreuz auf dem Osterholzer Friedhof: Der BdV und die ostdeutschen Landsmannschaften veranstalten eine musikalisch umrahmte Gedenkfeier für die Toten der Heimat und die Opfer der Vertreibung. – Donnerstag, 22., bis Sonnabend, 24. November, Einkaufszentrum „Berliner Freiheit“, Bremen-Vahr: Markt der Ost- und Westpreußen. Ganztags bis zum Ladenschluss bieten wir dort wie in den Vorjahren neue und antiquarische Bücher, Karten, Marzipan und Spirituosen an. Auch eine kleine Ausstellung zum Thema „Ein Ostpreuße begeistert Bremen und die Welt – Ehrenfried Freiherr von Hünefeld und seine Flüge nach Amerika und Asien“ mit sieben Bild- und Texttafeln zu sehen sein. – Sonnabend, 1. Dezember, 15 Uhr, Atlantic-Hotel beim Bremer Flughafen: Adventsfeier der Ost- und Westpreußen. Wir möchten wieder harmonisch und besinnlich zusammenkommen, gemeinsam Lieder singen und uns an weihnachtlich heimatlichen Geschichten erfreuen. Die Kosten der Kaffeetafel betragen wie im Vorjahr 10 Euro pro Person. Ihre Anmeldung in der Geschäftsstelle ist unbedingt erforderlich und wird ab sofort erbeten. – Dienstag, 11. Dezember: Tagesfahrt zum Ostpreußischen Landesmuseum nach Lüneburg, nach dem Umbau wiedereröffnet und durch die deutschbaltische Abteilung bereichert. Es gibt zwei Einstiegsmöglichkeiten: 7.45 Uhr, Betriebshof Kemper, Bremen-Nord und 8.15 Uhr, Busbahnhof vor dem Cinemaxx beim Überseemuseum. Nach der Führung ist Zeit zum Mittagessen im Gasthaus Krone und anschließend zur individuellen Besichtigung des Hauses oder zum Gang über den Weihnachtsmarkt. Um 16.30 Uhr erfolgt die Rückfahrt. Der Preis beträgt 38 Euro pro Person für Fahrt, Eintritt und Führung. Anmeldungen werden ab sofort direkt bei Kemper Reisen (Telefon 0421-651006) erbeten. Bezahlung bei Anmeldung auf Konto: Knauf GmbH, IBAN DE22 2905 0101 00 15 14 40 58 (Mindestteilnehmerzahl: 25 Personen).



Bremen: „Wolfskinder“ Rotraud Hahn und Horst Bartsch mit Historiker Christopher Spatz Bild: privat

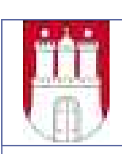
Bericht – Viel zu erzählen hatten Rotraud Hahn und der ebenfalls in Bremen wohnende Horst Bartsch, als es am 16. Oktober um das Thema „Vergessene Geschichte – Das Schicksal von Ostpreußens Wolfskindern und der Königsberger Restbevölkerung“ ging. Der Veranstaltung unserer Gruppe hatte sich der Landesverband Bremen des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge angeschlossen. Auch die Bremer Stadtbibliothek und die Buchhandlung Geist unterstützten in bewährter Weise als Mitveranstalter.

Zu Beginn des Abends stellte Christopher Spatz sein Buch „Nur der Himmel blieb derselbe – Das Schicksal von Ostpreußens Hungerkindern“ vor, das die Anregung zu der Veranstaltung geliefert hatte. Das Schicksal der über 1945 hinaus in Ostpreußen verbliebenen Menschen bedarf der öffentlichen Erinnerung und des Gedenkens. Dazu möchten die Bremer Ost- und Westpreußen mit dieser Veranstaltung anregen. Bisher gab es die Erinnerung an die vielen Verluste nur in der Individualität der wenigen Überlebenden. Zeitzeugenberichte können hier vielleicht eine Änderung hervorrufen. Die Veranstalter sind optimistisch, dass sich zumindest bei den 95 Besuchern des Abends eine Bewusstseinsänderung einstellen wird. Gebannt folgten diese den Berichten, die unser Mitglied Rotraud Hahn aus ihrer Zeit in Königsberg 1945 bis 1948 vortrug. Auch das ehemalige „Wolfskind“ Horst Bartsch, der als 12-Jähriger in Güterzügen nach Litauen gefahren war, erzählte von einer Kindheit, die sich heute kaum jemand realistisch vorstellen kann.

Zuvor hatte der Filmemacher Jonny Reimers die Verfilmung eines Interviews gezeigt, das Spatz mit Rotraud Hahn im vergangenen Jahr geführt hatte. Seine hervorragende Arbeit zeigte das synchron von drei Kameras aufgenommene Gespräch, in das historische Fotos eingebettet waren.

Trotz ihres hohen Alters hatten sowohl Rotraud Hahn als auch Horst Bartsch alle Anstrengungen dieser Veranstaltung auf sich genommen. Wenige Stunden zuvor waren sie zusätzlich bereit, der Fernsehredakteurin Marianne Strauch jeweils eine Stunde lang von ihren Schicksalen zu erzählen. Erfreulicherweise hatte sich der Sender Radio Bremen bereitgefunden, einen Bericht zu dem Thema für das Regional-Magazin „Buten un Binnen“ aufzuzeichnen und am selben Abend zu senden.

Heinrich Lohmann

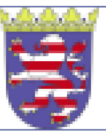


Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.



Frauengruppe – Sonnabend, 17. November, 13 Uhr, Hochkreuz Bergedorfer Friedhof: Kranzniederlegung zum Volkstrauertag, anschließend Café Sternwarte. – Freitag 23. November, 15 Uhr, Haus des Begleiters, Harders Kamp 1: „Von Königsberg in die Welt – Schwermer Marzipan“, Kaffee und Marzipantorte.



Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Darmstadt/Dieburg – Sonnabend, 10. November, 14.30 Uhr, Darmstadt-Neu-Kranichstein: Treffen.

Wetzlar – Montag, 12. November, um 13 Uhr, Restaurant „Grillstuben“, Stoppelberger Hohl 128: Treffen. Der Marburger Historiker Dr. Peter Wörster hält einen Vortrag zum Thema „Mitten in Europa – und doch an der Peripherie. Baltische Geschichte im Überblick“. Der Eintritt ist frei. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 77055.

Wiesbaden – Dienstag, 13. November, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35: Frauengruppe. Sonnabend, 17. November, 15 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Friedrichstraße 35: Monatstreffen. „Meine Heimat heute“ – Reise in das nördliche Ostpreußen, Bilder-Vortrag von Dieter Schetat, beginnt mit Tilsit, dessen Gesicht sich zunehmend verändert hat, ohne jedoch die deutsche Zeit vergessen zu lassen. Weitere Programmpunkte sind unter anderem Ostpreußens Hauptstadt Königsberg, die zur Fußball-Weltmeisterschaft 2018 eigens ein neues Stadion erhielt, das einstige Gestüt Trakehnen, die Gebiete der Elchniederung und der Rominter Heide sowie die Kurische Nehrung mit der Dünenlandschaft und der Vogelwarte Rossitten. Vor dem Bilder-Vortrag gibt es Kaffee und Kuchen von der Konditorei Gehlhaar. – Sonntag, 18. November, Südfriedhof: Volkstrauertag. Donnerstag, 22. November, 18 Uhr, Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46: Stammtisch. Serviert werden verschiedene Wildgerichte mit Klößen und Rotkohl sowie eine Wildsuppe. Für den musikalischen Rahmen sorgt das „Bläsercorps der Jägerschaft Wiesbaden“ mit traditionellen Jagdsignalen. Wenn Sie an diesem besonderen Stammtisch teilnehmen möchten, melden Sie sich bitte wegen der Platz- und Essendisposition bis spätestens 16. November bei Helga Kukwa, Telefon (0611) 373521 an. Teilnahme bitte nur nach Anmeldung.



Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7684391. Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebstorf, Telefon (05822) 5465. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Oldenburg – Mittwoch, 14. November: Vortrag über das nördliche Ostpreußen. Gisela Borchers

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18



Vortragsveranstaltung

Duisburg – Sonnabend, 24. November, ab 10.30 Uhr, vormaliges „Museum Stadt Königsberg“, Johannes-Corputius-Platz 1, Eingang Karmelplatz 5, 47051 Duisburg: Der Vorstand der PRUSSIA, Gesellschaft für Geschichte und Landeskunde Ost- und Westpreußens lädt zu einer Vortragsveranstaltung ein. Die Teilnahme ist kostenfrei, Gäste sind stets willkommen.

Ab 10.30 Uhr sowie in der Pause besteht die Möglichkeit, das Patenschaftsbüro der Stadtgemeinschaft Königsberg mit einem Bücherstand aufzusuchen.

11 Uhr: Begrüßung und Einführung in die Veranstaltung.

Anschließend referiert Professor Thomas Heberer, Duisburg, in seinem Vortrag zu „Was hat Ostpreußen mit China zu tun“ oder „Ostpreußen und China, bisher kaum bekannte Verbindungen und beidseitige Kontakte“.

Zwischen 13 und 14:15 Uhr ist ein Gedankenaustausch bei einem Imbiss vorgesehen.

14.15 Uhr stellt Jörn Barfod, Lüneburg, in seinem Vortrag „Das neugestaltete Ostpreußische Landesmuseum“ vor. Im August 2018 wiedereröffnet, präsentiert das um eine Deutschbaltische Abteilung erweiterte Museum eine grundlegend museal neugestaltete Dauerausstellung wie auch Sonderausstellungen.

Im Anschluss an die Vorträge besteht die Möglichkeit zur Aussprache.

Gegen 16 Uhr: Abschlussdiskussion, Schlusswort und Verabschiedung.

Fragen an: prussia.gesellschaft@gmail.com

Anzeigen

So bitter der Tod ist,
die Liebe vermag er nicht zu scheiden.

Nun müssen wir uns auch von unserer lieben Mutter,
Oma und Uroma verabschieden.

Edith Hamm
geb. Bienert
* 5. Mai 1933 † 17. Oktober 2018
Moithienen Bargteheide

In Liebe und Dankbarkeit
Deine Familie

Wir trauern um



Rotraut Schmidt
geb. Christoph
* 6. 9. 1927 † 25. 10. 2018
Grünlinde Kreis Wehlau Hanau

In liebevoller Erinnerung
Kinder, Enkel, Urenkel, Geschwister und Angehörige

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 17

berichtet in einem Bilder-Vortrag von ihrer Reise im Sommer 2018 durch das Königsberger Gebiet.

Osnabrück – Dienstag, 13. November, Hotel „Novum“, Blumenhaller 152, 49078 Osnabrück: Kegeln. – Freitag, 16. November, Hotel „Bürgerbräu“, Blumenhaller Weg 43, 49080 Osnabrück: Frauengruppe.

Rinteln – Sonnabend, 10. November, 15 Uhr, Großer Saal, Stadtmission, Waldkaterallee 1a, 31737 Rinteln: Der Historiker und Buchautor Christopher Spatz spricht unter dem Thema „Nur der Himmel blieb derselbe - Ostpreußens Hungerkinder“„ über die Wolfskinder und den aktuellen Stand seines Projekts. Gleichzeitig wird zur ergänzenden Erläuterung eine Ausstellung auf 14 Schautafeln gezeigt. Neben Mitgliedern und Freunden sind ebenfalls Angehörige und interessierte Gäste aus Nah und Fern herzlich willkommen. Im November findet kein weiteres Treffen der Rintelner Gruppe statt. Informationen zur landsmannschaftlichen Arbeit der Gruppe gibt es beim Vorsitzenden Joachim Rebuschat: Telefon (05751) 5386 oder über rebuschat@web.de.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Montag, 12. November, 14 Uhr, Haus der Diakonie, Kreuzstraße 19a, 33602 Bielefeld: Heimatnachmittag mit einem Film aus der Heimat.

Düren – Sonntag, 18. November, 9 Uhr, Friedhof Düren-Ost: Totengedenken zum Volkstrauertag. Es kommen hohe Persönlichkeiten von Düren und Kreis Düren zur Kranzniederlegung.

Düsseldorf – Freitag, 9. November, 19 Uhr, GHH: Europa und der Erste Weltkrieg. Eine multimediale Doku von Ingo Espenschied. – Montag, 12. November, 18 Uhr, GHH: Vortrag „Lenins Frauen“ von Natascha Janowskaja. – Dienstag, 13. November, 15 Uhr, GHH: Film „Jeder stirbt für sich allein“ (DDR). – Mittwoch, 15. November, 18 Uhr, Raum 412 „Ostpreußen“, GHH: Offenes Singen mit Marion Cals. –Donnerstag, 15. November, 19.30 Uhr, GHH: Vortrag „Die Kunst der Niederlage, Geschichte der Kapitulation“ von Professor Holger Afflerbach. – Sonnabend, 17. November, 18 Uhr, Restaurant Akropolis, Immermannstraße 40: Gänseessen. Anmeldung erforderlich bis 12. November, Telefon (0211) 682318 oder (0211) 87665123.

Köln – Mittwoch, 14. November, 14 Uhr, Café zum Königsforst (Endhaltestelle der KVB-Linie 9 Königsforst): Treffen der Ostpreußengruppe. Wir möchten darauf hinweisen, dass wir uns immer am zweiten Mittwoch im Monat begegnen. – Während der kommenden Versammlung wird die Weihnachts-Nikolaus-Feier, voraussichtlich im Straßenbahn-Museum Thielenbruch, Haltestelle der KVB-Linie 18, im Dezember geplant. Wir möchten daher besonders die Mitglieder und Gäste bitten, zur Planung zu erscheinen, wenn Sie bei der Feier dabei sein wollen. Wir werden zusammen mit der gastgebenden Pommerngruppe feiern.

Neuss – Sonntag, 18. November, 11.30 Uhr, Hauptfriedhof, Rheydter Straße: Teilnahme an der Feierstunde zum Volkstrauertag.

Schwelm – Sonnabend, 10. November, 15 Uhr, Sportlerheim FC 06, Freiherr-von-Hövelsweg: Grützwurstessen. – Sonntag, 18. November, 10.30 Uhr, Treffen am Stein: Volkstrauertag.

Witten – Montag, 19. November, 15 Uhr, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde Witten, Lutherstraße 6–10: Königsberger-Klopse-Essen.

Wuppertal – Sonnabend, 10. November, 14 Uhr Elberfeld, Hofaue 51, Kolkmannhaus: Nachtreffen der Teilnehmer Lüneburger-Heide-Reise. Im Oktober diesen Jahres beging die Gruppe das Erntedankfest mit der Erntekrone, deren Ähren in Ostpreußen gewachsen waren. Es wurden gemeinsam Erntedanklieder gesungen und Gedichte, sowie Wortbeiträge über Erntebräuche vorgetragen. An reich geschmückten Tischen wurde der von fleißigen Hausfrauen gebackene Kuchen genossen.



Ostpreußische Ähren Bild: privat

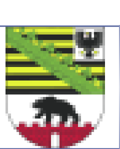
Ein weiteres Ereignis war die Tagesfahrt nach Porta Westfalica zum Kaiser-Wilhelm-Denkmal. Da die A1 wegen eines Unfalls gesperrt war, ging die Reise teilweise über die Bundesstrassen, was Zeit kostete, aber wegen der herbstlichen Landschaft lohnte. Das imposante Denkmal, das Besucherzentrum mit den vielen Informationen zur Geschichte und der Rundblick von der Besucherterrasse auf das Weserbergland und die norddeutsche Tiefebene waren sehr beeindruckend. Nach einem guten Mittagessen in Herford ging es weiter nach Bad Salzuflen. Dort war Gelegenheit, den Kurort mit einem Bähnlein zu erkunden oder entlang des Gradierwerkes die gute Luft zu genießen. Nachdem wir Kaffee und leckeren Kuchen genossen hatten, machten wir uns auf den Heimweg. Dank des Organisationstalents und langjährigen Mitglieds Gerhard Scheer erlebten wir einen schönen Tag.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Limbach-Oberfrohna – Wochenende 10. und 11. November: Jahresabschluss der LG Großwaltersdorf.

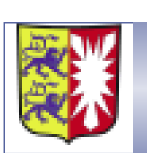


SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Gardelegen – Freitag, 23. November, 14 Uhr, Begegnungsstätte der VD Gardelegen: gemütliches Beisammensein in der Vorweihnachtszeit.

Halle – Freitag, 9. November, 14 Uhr, Begegnungsstätte der Volkssolidarität, An der Marienkirche 4 (Marktplatz): Treffen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Bad Schwartau – Donnerstag, 8. November, 14.30 Uhr, AWO Begegnungsstätte, Auguststraße 34: Monatstreffen mit der Schallplattensammlung von Wolf Rüdiger Ohlhoff.

Burg auf Fehmarn – Dienstag, 13. November, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: Reisebericht von Axel Simanowski aus Bad Schwartau über seine Fahrt im August mit dem Schiff von St. Petersburg nach Moskau. Gäste sind herzlich willkommen.

Flensburg – Sonntag 18. November, 11.30 Uhr, Friedhof Am Friedenshügel in der Kapelle: Volkstrauertag. Es ist wieder eine Mitfahrgelegenheit vorgesehen.

Neumünster – Mittwoch, 14. November, 15 Uhr, Stadthalle am Kleinflecken: monatliche Veranstaltung der LM der Ost- und Westpreußen. Aus dem Leben der „Anna Neander“ genannt „Ännchen von Tharau“ – Biografie in Wort und Bild, ein Lied mit 17 Strophen und weiteren Informationen rund um das Ännchen. Gäste sind herzlich willkommen.

Bericht – Die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen feierte am 10. Oktober im großen Kreis der Teilnehmer das Erntedankfest. Viele Gäste, darunter der gesamte Vorstand der Landsmannschaft Schlesien und den Sudetendeutschen, konnte die Vorsitzende Brigitte Profé begrüßen. Ein reich gedeckter Ernte-Gaben-Tisch war schon eine Augenweide.

Nach dem Kaffeetrinken mit der hausgebackenen Apfeltorte wurde mit dem abwechslungsreichen Programm begonnen.

Erntedank – Dank dem Herrn – für Werden und Wachsen der Natur zum Wohl der Menschheit und Tierwelt. Die Natur, die dem Auge in ihrer Schönheit Fröhlichkeit vermittelt und mit ihrem Ertrag über und unter der Erde – Leben erhält.

„Unser täglich Brot gib uns heute“, wird in der heutigen Zeit darüber noch nachgedacht? Dank sagen in einem Kreis, an eine Generation, die selbst erfahren musste, dass „satt werden“ keine Selbstverständlichkeit ist und Hunger weh tut.

Was wissen wir schon von Aussaat, Boden und Erntewagen? Nicht viel! Wir leben von der Hand in den Mund. Erntedank – ein starkes Wort. Es bedeutet, in sich zu gehen und festzustellen, dass nichts umsonst ist, dass der Natur alles abgerungen werden muss, um zu leben.

Im vorigen Jahr haben wir ausführlich über Sitten und Bräuche auf dem Lande gesprochen – harte Arbeit von früh bis spät, nicht so viele Maschinen – Technik heute, um die Arbeit zu erleichtern – Handarbeit war angesagt.

Wer Brot backen wollte, musste schon mal kilometerweit mit seinem Roggenpungel zur Mühle ins nächste Dorf laufen. Dankbarkeit soll ebenso wie Bescheidenheit Ausdruck finden. Dank sagen, das bedeutet auch, sich am Leben zu erfreuen.

Der Ablauf des Nachmittags mit den dazwischen eingebauten passenden Volksliedern, war so durchdacht, dass der Vortrag von Brigitte Profé die ganze Atmosphäre des „Erntedank“ umfasst.

Es waren die unendliche Weite dieses Landes und seinen dunklen Wäldern und Ackerbreiten, gegenwärtig jedes der ostdeutschen Länder, die uns leider nicht mehr gehören, hatten seinen eignen Charakter, seine Eigenständigkeit, seine Sitten und Bräuche, seine Art. Es sollte all dies nicht verlorengehen, sondern in Erinnerung erhalten bleiben und heute in Gedanken wieder wachgerufen werden. Umfangreiches Lesen, Nachfragen und Nachforschungen (beim Gutbesitzers Sohn aus der Heimat) haben viel Mühe und Zeit in Anspruch genommen um einen solchen Nachmittag zu gestalten.

Das Westpreußen- und das Ostpreußenlied waren wieder ein bewegender Abschluss dieser Erntedankfeier. *B. P.*

Schönwalde – Sonntag, 18. November, 10 Uhr, Kirche: Volkstrauertag. – Donnerstag, 22. November, 14 Uhr, Klönstuv: Seniorenbegegnung.

Uetersen – Freitag, 9. November, 15 bis 17 Uhr, Haus Ueterst End, Kirchenstraße 7: Vorstandsmitglied Frank Farin berichtet über die wirtschaftliche und politische Situation auch bei unseren Nachbarn.



Östlich von Oder und Neisse

In guter Gesellschaft

Ein Denkmal für den Gründer des ersten internationalen Reisebüros Deutschlands

Am 19. Oktober wurden im Oppelner Marschallamt die besten wissenschaftlichen Arbeiten von Lehrern und Studenten gewürdigt. Der erste Preis „Professor Opoliensis“ für die beste Arbeit der Region ging an die promovierte Alina Dittmann von der Neisser Berufshochschule. Die Arbeit wurde in deutscher Sprache verfasst und heißt „Carl Stangen – Tourismuspionier und Schriftsteller. Der deutsche Thomas Cook“.

Alina Dittmann ist bereits vor Jahren auf Carl Stangen (1833–1911) gestoßen, da er aus dem gleichen Ort wie die Germanistin und Anglistin, aus Ziegenhals [Glocholazy] in Oberschlesien, stammt. Als sie zu forschen begann, musste sie feststellen, dass Carl Stangen selbst in Deutschland fast völlig vergessen ist. Sein 100. Geburtstag am 25. November 2011 „wurde nirgendwo erwähnt und sein Lebenswerk als Pionier und Vater des deutschen, organisierten Tourismus ist heute kaum jemandem bekannt. Dabei gab seine Tätigkeit den Anfang solcher Unternehmen wie des Reisebüros Hamburg-Amerika Linie, also HAPAG und indirekt auch der TUI“, so Dittmann, die sich zur Herzensangelegenheit machte, Stangen vor dem Vergessen zu bewahren. „Er ist eine Ikone des internationalen Tourismus. Das Problem ist, fast sein ganzer Nachlass ist verlorengegangen und das ist wohl der Grund, dass man Stangen selbst in Berlin, wo er wirkte, vergessen hat“, bedauert Dittmann. Doch die Dozentin gab nicht auf und fand heraus, dass einiges über Carl und seinen Bruder Louis Stangen, die 1867 das erste internationale Reisebüro Deutschlands in Berlin gründeten, in der Zentralen Geographischen Bibliothek des Leibniz-Institutes in Leipzig aufbewahrt wurde.

Carl Stangen wurde mit Abschluss seines 10. Lebensjahres in die Militärerziehungsanstalt nach Annaburg im heutigen Sachsen-Anhalt geschickt. Damit sollte der Familientradition Folge geleistet werden, denn die Stangens waren seit Generationen mit dem Militär verbunden. Carl ist jedoch aufgrund seiner Krampfadern als militärisch untauglich eingestuft worden. So kehrte er nach Schlesien zurück, wählte das Postbeamtentum als seinen Beruf und verwaltete das Postamt in Tannhausen [Jedlinka] bei Waldenburg [Walbrzych]. Damals schon verfasste er Gedichte und Novellen für Zeitschriften. Sein besonderes Interesse galt jedoch den geographischen Besonderheiten.



Plakat des Reisebüros Bild: Dittmann

„Er schrieb Reiseführer, Fremden- und Gebirgsführer vor allem zu den schlesischen Badeorten Salzbrunn, Altwasser und Charlottenbrunn. Zusammen mit seinem älteren Bruder, dem Eisenbahnbeamten Louis, gab er in Breslau zwei Jahre lang die Schlesische Theater-Zeitung und die Breslauer Theater-Zeitung heraus.

Durch Louis inspiriert, der seit 1863 organisierte Gesellschaftsreisen in Deutschland und in den Orient angeboten hatte – und das früher als es Thomas Cook tat – hatte auch Carl seinen sicheren Beamtenposten aufgegeben und stieg in das Geschäft seines Bruders ein“, so Dittmann. Es entstand 1867 das Privatunternehmen der Gebrüder in Berlin. 1870 hatte Carl die Leitung des Büros übernommen, da sich Louis in der freiwilligen Krankenpflege während des deutsch-französischen Krieges engagierte und sechs Jahre darauf verstarb. Unter Carls Leitung entwickelte sich das Reisebüro rapide.

Alina Dittmann ist stolz auf ihren Landsmann, dessen bahnbrechendes Unternehmen die ersten organisierten Bahnreisen ausrichtete. „Carl Stangen ist auch zu verdanken, dass in Deutschland im Jahre 1869 der Privatverkauf von Eisenbahnbillets eingeführt wurde. Ein absoluter Pionier in Deutschland war er bei der Einführung der ersten Orientreisen mit Ausdehnung auf alle Orientländer und wie Stangen selbst schrieb „wurden bei einer solchen Reise zu Pferde Gegenden besucht, die bis dahin selbst auf den bestehenden Karten noch nicht verzeichnet waren“. Seit 1876 organisierte das Stangen'sche Reisebüro die ersten Dampfer-Nilfahrten. Das größte Ereignis war jedoch, so Dittmann, die „erste Deutsche Gesellschaftsreise um die Erde“ im Mai 1878.

Carl Stangen hat auf seine Reisen außer wohlhabenden Berlinern auch Gelehrte und hervorragende Zeichner mitgenommen, die diese Reisen in Stangens Reisemagazinen und Programmheften künstlerisch gestaltet haben. 1905 wurde das Stangen'sche Reisebüro an die Firma Hapag verkauft, die es als Hamburg-Amerika-Linie firmierte. Carls Söhne Ernst und Louis fungierten als Direktoren dieses Unternehmens, das seit 2004 zusammen mit den insgesamt 170 Hapag-Lloyd-Reisebüros zum Eigenvertrieb der TUI gehört.

Alina Dittmann organisierte an ihrer Hochschule in Neisse und in Ziegenhals eine Ausstellung zu Stangen. Nun möchte sie Carl ein Denkmal setzen. „Wir sind zwar eine mittelalterliche Stadt mit langer Tradition, aber es gibt keine Persönlichkeit, die als Wahrzeichen der Stadt fungiert. Ich denke Carl Stangen ist einer der berühmtesten und verdienstvollsten Ziegenhalser, und vielleicht werden wir hier eine Gedenkstätte einreichten können“, hofft die preisgekrönte Dozentin.

Chris W. Wagner

Der Rundlokschuppen in Schneidemühl

Ein Projekt des Europäischen Kulturerbejahrs 2018 – Sharing Heritage

Nun ist es inzwischen 7 Jahre her, seit die Initiative zum Erhalt der historischen Rundlokschuppen in den 3 Ländern gegründet wurde. Am 8.11.2011 kamen die Initiatoren der Projekte „Projekt insterJAHR" (Berlin/Insterburg-Tschernjachowsk), „Stowarzyszenia parowozownia pilska Okrąglak" (Schneidemühl-Piła), die Berliner Baukammer, das Wojewodschafts-Denkmalamt Großpolen und das „Interlok"-Dampf-Ausbesserungswerk (Schneidemühl-Piła) mit EVTZ Transoderana (Frankfurt/Oder) zusammen, „...vom gemeinsamen Interesse bewegt, das historische Erbe unserer drei Länder zu bewahren und behutsam zu entwickeln" – die „völkerverbindenden Eisenbahnrundschuppen" zu bewahren.

Unter dem Namen „AG 6 Ostbahn-Runde" werden seitdem Zeitungsstimmen gesammelt, man wirbt um Unterstützer, tritt auf Konferenzen gemeinsam auf, stößt Projekte und Studien an, tauscht Erfahrungen aus und bringt Archivpuzzles zusammen. Von Anfang an dabei ist der Berliner Architekt Dimitri Suchin.

Von den ersten Anfängen Englands bis ins letzte Gleisverzweig Brasiliens oder Sibiriens hatte die Eisenbahn des 19. Jahrhunderts ein universales Erkennungszeichen, prägnanter als jeder Prunkbahnhof und jede waghalsige Brücke: den Heizhausdom. Ein strahlenförmiger Kranz der Lok-„Ställe" um eine Drehscheibe angeordnet, darüber eine Kuppel, erst aus Holz, letztlich im filigranen Eisenguss. Ihr Höhepunkt, „Typ Schneidemühl", hatte bereits 1874 mit seiner Schwedler-Kuppel über Ganzglas-Tambour-Konstruktion, Schönheit und Zweck zu einer wahren Leistungsform gesteigert.

Ganz Deutschland kannte die Schneidemühler Kuppel, Berlin allein hatte ihrer neun – Pankow-Heinersdorf und Betriebsbahnhof Rummelsburg überdauerten als einzige im Land. Für beide liegen Abrissanträge vor: im Abseits seien sie, leer, bröckelnd, störend im Betrieb oder Umnutzung. Zugleich: eine bis heute gültige Technik- und Verkehrsleistung, die bereits Kulturgeschichte schrieb, das bescheinigen mehrere Fachleute. Mehr noch, die „verloren rumstehenden" Berliner Kuppeln, zusammen mit denen in Schneidemühl, in Dirschau, Bromberg, Insterburg und St. Petersburg, zeichnen eine Perlschnur auf die Landkarte, eine grenzensprengende Entwicklungsader: die ehemalige preußisch-russische, nunmehr deutsch-polnisch-litauisch-russische Ostbahn! Die letzte Rundlokkuppel-Strecke Europas.

Rauchschale und Kristallrund für die Kunst des Lok-Maschinisten, für Tschernyschewskij, Nabokow und Wagner, aber auch Bismarck und Molotow. Gänse aus Gusow, Gemüse aus Golzow, schlesische Kohlen, Königsberger Maschinen fuhren hier im Paris-Berlin-Transsib-Takt – sie machen es heute wieder, allen Grenzverwerfungen und erzwungenem Stillstand zum Trotz! Bloß nicht durchgehend, noch nicht: an der Ostbahn fädelt sich die neue Seidenstraße ein, es sucht die kleine Landgemeinde Masurens die Hand ihrer Schwester in Nadrauen, und auch Geiger touren wieder. Man streckt einander die Arme entgegen, bildet einen (Gedanken-)Steg, eine Hantel, ein Kräftepaar – so will es die Eigenart auch an der verwaisten Bahn. Die Kuppeln wären ein Festpunkt, in allen Sinnen des Wortes, man geht an sie ran – hoffentlich nicht zu spät? So konnte die Unterschutzstellung der polnischen und russischen Schuppen angestoßen werden, für die Insterburger Kuppel die denkmalgerechte „KFZ-Werkstatt mit Kulturanteil" konzipiert werden und für Schneidemühl die jüngste Dachsanierung. Im Raume steht der Aufruf des St. Petersburger ICOMOS und der Berliner Baukammer, die Bauwerksserie als ein Ganzes in die entsprechenden Register als gesamteuropäisches Geschichts- und Kulturerbe einzutragen – man hört sogar von der Wiederbelebung der Ost-Fernbahn, mit unserer kleinen Stimme im Chor.



Am 27. Juli 1851 erreichte die Preußische Ostbahn, von Küstrin nach Bromberg gehend, die kleine Stadt Schneidemühl. Bereits ein Jahr später reiste man von hier nach Danzig, mit einmaligem Umstieg bis nach Berlin; nach einem weiteren Jahr und mit nochmaligem Umstieg auch bis nach Königsberg. Die Weichselbrücken kamen 1857 ins Netz, zusammen mit der Strecke nach Landsberg und Frankfurt. 1860 erreichten die Gleise Insterburg und Eydtkuhnen, 1861 Bromberg und Thorn, am 1. Oktober 1867 schließlich auch Berlin: dem Fortschritt, der Wirtschaft, der Zeitschnelle riss die Bahn im preußisch-polnisch-litauischen Hinterland Tür und Tor auf.

Kaum fertig, ging man an die Erweiterung heran: ab 1871 werden alle Strecken mit zweitem Gleis versehen, die Bromberg-Umfahrung über Konitz und Dirschau wird erbaut und auch die Königsberg-Umfahrung über Thorn und Insterburg.

Günstig gelegen, wächst die Stadt Schneidemühl, heute Piła, zum natürlichen Zentrum des Nordost-Netzes: das erste Runddepot zum Wechseln und Warten der Lokomotiven wird hier 1870 zum Bau angekündigt.

Der Bau der 16-Stände-Anlage beginnt spätestens 1871, bereits 1874 geht sie zusammen mit dem neuen Bahnhofsgebäude der 1.-Klasse-Station in Betrieb. Der Entwurf erwies sich als günstig, nach Schneidemühl sahen ihn Berlin, Bromberg, Dirschau, Insterburg und Berlin.

Das Depot fasst 13 Lokomotiven bis zu 11 m Länge. Drei weitere Gleise dienen der Ein- und Ausfahrt; alle sind mit 12,5 - 13,5 m langen Arbeitsgruben versehen.

Die Schwedler-Schalenkuppel überspannt 31m und steigt auf 16 m im Scheitel, wo eine Lüftungs-Laterne von 6,5 m Durchmesser weitere zwei Meter Höhe zusteuert. Sie erwies sich als unzureichend, über jedem Lokstand musste ein Abluftrohr aushelfen, inzwischen abgängig.

Die Kuppel wird umringt von einem pultgedeckten Nebenschiff mit zusammengesetzten, genieteten Fischbauchträgern (9,7 m weit, 8,0 m kuppelseitige Höhe, 6,2 m an der Außenwand). Die Pappdächer mit ihren Brettertafel-Unterkonstruktionen entsprechen in der Größe den kreuzweise diagonalgespannten Kuppelfeldern. 12 der 16 Seiten des Polygon-„Runds" sind mit jeweils 2 Rechteckfenstern mit Segmentbogenabschluss versehen; drei Seiten haben statt Fenstern Tore, einst hölzerne mit Glaseinsatz, nunmehr aus Metall; an der letzten Seite schließt sich das Dienstgebäude an. Die vier Fenstermodule auf jeder Seite unter der Kuppel ergeben zusammen ein durchlaufendes, zwei Meter hohes Glasband. Die Wände sind gemauert und gestrichen, innen auch verputzt.

Zur Anlage gehörten ferner ein Heizhaus, ein Brunnen und ein Wasserturm (später durch einen separaten Neubau ersetzt), ferner die Kohlenbansen. Bereits 1904 entsteht daraus westlich des Empfangsgebäudes ein großes Ausbesserungswerk. Zur eingebauten Drehscheibe des Kuppeldepots gesellte sich in den 1920ern eine weitere von 16 m Größe, ein Radialdepot übernahm dann die größeren Lokomotiven.

Bis spät in die 1980er wurde unter der alten Kuppel gearbeitet, eine Lehrwerkstatt betrieben und verschiedene Wagen, Loks und Beiwagen repariert. Ein weiteres Jahrzehnt lang stellt man hier Draisinen ab.

Nach hundert Jahren Betrieb übergab das Ausbesserungswerk den Stab an die seit 1989 bestehende deutsch-polnische „Interlok". Erst in den neueren Hallen beheimatet, kehrte man 2004 mitsamt den zu restaurierenden Dampfloks ins Radialdepot zurück, dem Urgestein vom Heizhausdom direkt gegenüber. Dieses steht seitdem leer, der Zugang ist gesperrt.

„Okrąglak", ein Piłaer Bürgerverein, engagiert sich seit 2007 um die Rettung des Rundhauses; dasselbe Ziel, wenn auch unter eigenen Gesichtspunkten, schrieb sich auch die „Interlok" auf die Fahnen: beide wollen den Schuppen restauriert und nachhaltig umgenutzt sehen, in ihm werken und ausstellen, ihn zur Stadt öffnen und auch zum Fluss Küddow hin — des Bootstourismus wegen.

Seit Juli 2010 steht der Rundschuppen zu Schneidemühl unter Denkmalschutz.

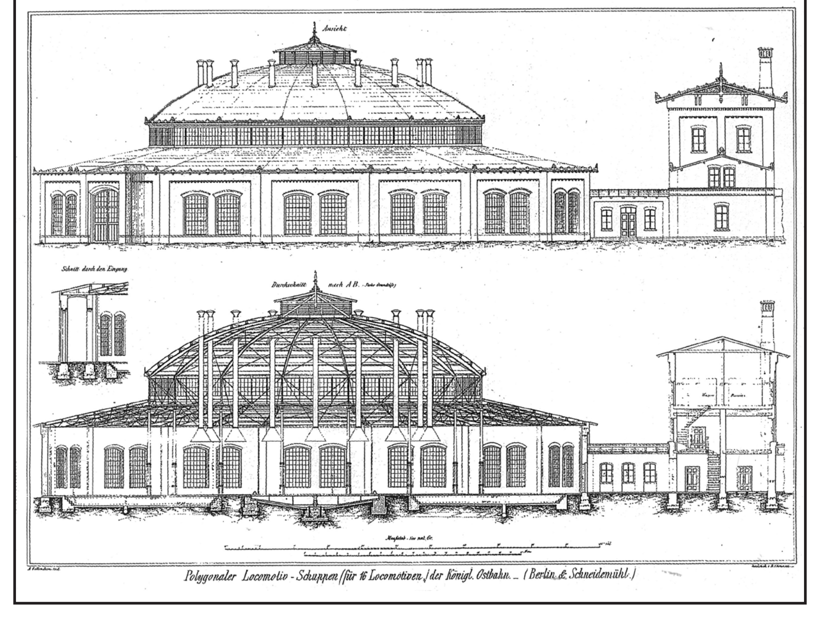
Das Betreten des Depots ist derzeit noch nicht möglich, man kommt allerdings auf das Gelände: über die 14.-Februar-Straße (14 Lutego) und die Zakopanska, oder vom Bahnsteig 1 des naheliegenden Fernbahnhofs. Bei der Einfahrt aus Richtung Posen sieht man es aus dem fahrenden Zug.

D. Suchin

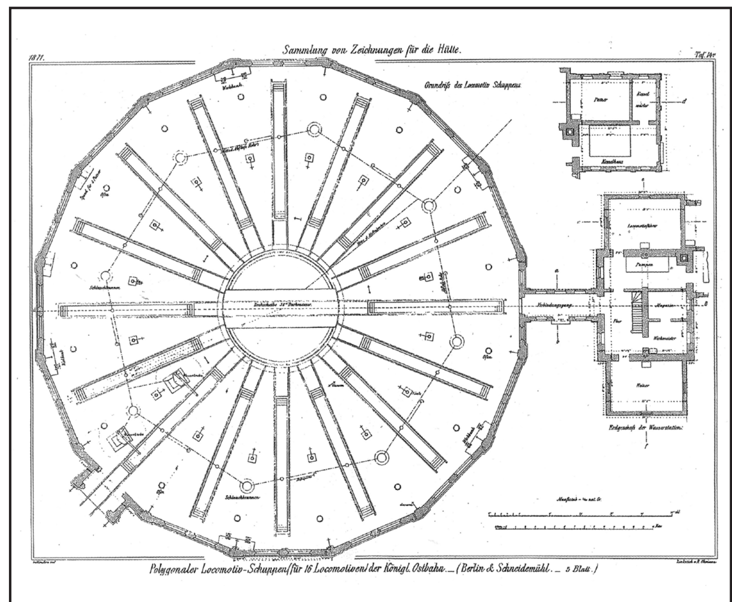
Der interessierte Leser kann sich gerne auf der Internetseite https://sharingheritage.de/projekte/rundlokschuppen-der-ostbahnkeulen-zu-hanteln/ detailliert informieren.

Farbfotos:
Piotr Chamczyk, Pila/Schneidemühl

Die Zeichnungen stammen von Victor von Roell, Enzyklopädie des gesamten Eisenbahnwesens, erschienen in Wien 1894, die Farbfotos von Piotr Chamczyk wurden im Jahr 2017 fotografiert. Die Kuppel ähnelt einem modernen Kunstwerk. Einer der Hauptinitiatoren zum Erhalt der Rundlokschuppen ist der Berliner Architekt Dimitri Suchin







Köslin – so war es damals

Im Jahr 1214 schenkte Herzog Bogislaw II. dem Kloster Belbuck das Dorf Cossalitz. Seit 1248 gehörte es dem Camminer Domstift und verblieb in dessen Besitz bis 1650. Hermann von Gleichen, Bischof von Cammin, erhob 1266 den Ort zur Stadt nach lübschem Recht, was fast alle Städte entlang der Ostseeküste Pommerns besaßen. 1278 wurde ein Zisterzienserkloster gegründet, ausgestattet mit vier Dörfern und zwei Kirchenpatronaten. Die ersten Nonnen kamen aus Itzehoe (in Schleswig-Holstein). Das „castrum cussalin" wird 1281 genannt, hatte aber nichts mit dem späteren fürstbischöflichen Schloss zu tun.

Ab 1292 baute man eine Ringmauer mit drei Toren und 45 Wachtürmen um die Stadt. Mitten auf dem Marktplatz wurde 1308 das Rathaus erbaut. Die Marienkirche wird 1333 erstmalig genannt. Köslin trat in Konkurrenz mit Kolberg. Der Seehandel blühte, weil der zur Stadt gehörende natürliche Hafen im Jamunder See dazu erheblich beitrug. Später versandete der See und aus war es mit dem Seehandel.

Nach der Reformation wurde Köslin 1544 evangelisches Bistum und ab 1556 fürstbischöfliche Residenz. Es wurde ein Schloss mit Schlosskirche gebaut und von 1574 bis 1622 war Köslin Residenz pommerscher Herzöge. Der Dreißigjährige Krieg hatte verheerende Folgen, 1671 hatte Köslin nur 80 Bürger!

Der Stadtbrand am 11.10.1718 vernichtete 317 Häuser. Rathaus, Schloss und Schlosskirche blieben verschont. Nach Plänen von König Friedrich Wilhelm I. wurden die Häuser am Markt und in den Hauptstraßen einheitlich 2-stöckig wieder aufgebaut. 1737 wurde die erste Wasserleitung gebaut. Die Stadt wurde zum zentralen Verwaltungsort und erweiterte sich sehr. Dieser Aktion fielen dann die mittelalterlichen Stadttore zum Opfer.

1825 wurde hier die zweitälteste öffentliche Sparkasse Pommerns gegründet und seit 1850 gab es hier eine Oberpostdirektion.

Vor dem I. Weltkrieg Gründung einer Diakonissenanstalt Salem. 1914 wurde der Flugplatz gebaut. Nach dem I. Weltkrieg Siedlungsbau nach allen Seiten. Zu den Verwaltungen wurden nun auch Land-, Amts-, Arbeits- und Versorgungsgericht geschaffen, Schulen und Banken eingerichtet.

Köslin hatte 1933 31.000 Einwohner, es war die Regierungsbezirkshauptstadt von Ostpommern. In die Badeorte an der Ostsee führten eine elektrische Stadt- und eine Strandbahn. Die herrliche waldreiche und hügelige Umgebung Köslins hatte seinerzeit Pommerns einzigen Naturpfad. Im Winter war die Möglichkeit für Wintersport gegeben.

Im 2. Weltkrieg wurde die Innenstadt dann nahezu vernichtet. Die Gesamtzerstörung der Stadt belief sich auf ca. 40 %.

Die Innenstadt veränderte nun total ihr Gesicht. Die gotische Marienkirche wurde um 1300 als dreischiffige Basilika mit Westturm errichtet, sie ist seit 1972 Kathedrale des Bistums Kolobrzeg. Von der mittelalterlichen Ausstattung ist noch ein gotisches Kruzifix aus dem 14. Jahrh., ein Taufbecken aus dem 13. Jahrh. sowie Heiligenfiguren des Hochaltars (Anfang 16. Jahrh.) erhalten. Am Marktplatz entstand 1960 - 1962 ein neues Rathaus. In Köslin gibt es jetzt u.a. eine Fabrik, die Christbaumschmuck herstellt.

Die Patenstadt ist Minden. Mit Ratsbeschluss vom 19. Juni 1953 übernahm die Stadt Minden die Patenschaft zu den Bürgern der ehemaligen Stadt Köslin in Pommern. Im Rahmen der Patenschaft zu den Köslinern wurde z. B. die Umsiedlung des Mutterhauses Salem-Köslin von Köslin nach Minden realisiert. 2016 feierte man die 25-jährige Partnerschaft des jetzt polnischen Koszalin mit Neumünster. Die Stadt hat heutzutage ca. 108.000 Einwohner.

Südlich von Köslin liegt der kleine Ort **Streckenthin**. Hier hatte die Familie von Kameke ihr Gut, das im Laufe der Zeit auf über 5.000 ha. angewachsen war. Seit 1906 züchtete man hier Kartoffeln und produzierte Saatgut. In den 1920-er und 1930-er Jahren wurde die Saatzucht auf weitere Betriebe ausgedehnt. Das Unternehmen entwickelte sich zu einem der bedeutendsten Pflanzenzuchtbetriebe in Deutschland und erwarb internationale Anerkennung. Nach dem II. Weltkrieg wurde die Kartoffelzucht in Böstlingen und Windeby in Schleswig-Holstein fortgesetzt.

Das wunderschöne Gutshaus, ein kleines Schlößchen, von einem herrlichen Park umgeben, ist jetzt das Hotel „Bernsteinpalast".

Brigitte Stramm

Bayern ist auch nicht mehr das, was es einmal war

Zu: Der tönerne Triumph (Nr. 42)

Bayern ist auch nicht mehr das, was es einmal war, ansonsten hätte eine dermaßen inländerfeindliche Partei wie die Grünen nicht 17,5 Prozent erreicht. Bedenken wir, welche Ungeheuerlichkeiten die Spitzenkandidatin, Frau Katharina Schulze, von sich gegeben hat.

Mit hasserfüllter Stimme spricht sie in einem Video von „alten, weißen Männern“, die ihr Europa, was immer sie darunter versteht, zerstören wollen. Ihr Feindbild ist offensichtlich neben dem weißen Mann auch noch die brave, deutsche Trümmerfrau, die wesentlich dazu beitrug, dieses Land wieder auferstehen zu lassen. Vor einigen Jahren verhüllte sie in München ein Denkmal für diese Trümmerfrauen und begründete dies mit hanebüchenen Argumenten.

Angesichts dieses abgrundtiefen Hasses, den Vertreter dieser Partei auf das eigene Volk haben, muss konstatiert werden, dass ein Wahlerfolg der Grünen nur im restlos umerzogenen, hirngewaschenen Deutschland möglich ist. Die Massenzuwanderung brachte eine gigantische Kriminalitätswelle und anarchistische Zustände, und 17,5 Prozent der Bayern wählen für noch mehr Asylmissbrauch, offene Grenzen und Islamisierung.

Dieses Ergebnis sollte allen Völkern Europas eine Mahnung sein, wo es hinführen kann, wenn die eigene Jugend seit Jahrzehnten zum Selbsthass und Nationalmasochismus erzogen wird.

Klaus Goldmann, Gallneukirchen/Österreich

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.



Vor knapp fünf Jahren verhüllten die beiden Grünen das Münchner Trümmerfrauen-Denkmal in der Alfons-Goppel-Straße am Marstallplatz: Die bayerischen Landtagsabgeordneten Katharina Schulze und Sepp Dürr vor ihrem Werk

Bild: pa

Sehr begrüßenswert

Zu: Spaltpilz für die Südtiroler Volkspartei (Nr. 40)

Das Vorhaben der österreichischen Bundesregierung, den Südtirolern die österreichische Staatsangehörigkeit anzubieten, ist sehr begrüßenswert und nach 100 Jahren mehr als überfällig. Die Schandverträge von Versailles und St. Germain hatten nicht das Ziel, nach dem Ersten Weltkrieg einen gerechten Frieden herzustellen, sondern das Deutsche Reich in seinen Grundfesten auf Jahrzehnte hinaus zu erschüttern und die k.u.k. Donaumonarchie zu zerschlagen. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker wurde dabei als Banner vorausgetragen, die Volksgruppen deutscher Nationalität waren selbstverständlich davon ausgenommen. So geriet auch Südtirol unter die Räder der Geschichte und wurde von Italien einverleibt, das im Ersten Weltkrieg geschickt sein Fähnchen in den Wind gehalten hatte.

Die Bestrebungen europäischer Politiker in den vergangenen 60 Jahren waren nicht darauf ausgerichtet, auch dieses Unrecht zu beseitigen. Nein, man überzog all die geschlagenen Wunden nur mit einer dicken Paste „europäischen Einheitsbreies“. Es komme ja nicht mehr darauf an, wo man wohne und zu welchem Staat das Land, die Region gehöre. Es sei eh alles gleich und somit in bester Ordnung. Dies ist der grundlegende Denkfehler einer arrogant-abgehobenen Politikerkaste, die die Entstehung der europäischen Nationen völlig außer Acht lässt.

Wunden aber, die lediglich immer wieder überkleistert werden, haben keine Chance, von innen heraus zu heilen. Sie haben die unangenehme Eigenschaft aufzubrechen, und dies meist zum denkbar schlechtesten Zeitpunkt. Solange diese Wunde, sprich das Unrecht, das an Volksgruppen deutscher Nationalität begangen wurde, nicht offiziell eingestanden und abgestellt wird, ist eine gesunde Weiterentwicklung, auch auf europäischer Ebene, nicht möglich. Das Vorhaben der österreichischen Bundesregierung kann daher nur ein erster Schritt in die richtige Richtung sein.

Hubert Geiger, Immendingen

Drei Korrekturen an gutem Beitrag

Zu: Ungarns Pendant zur deutschen Novemberrevolution (Nr. 43)

Als gebürtiger Ungar möchte ich zum sonst guten Beitrag von Dirk Klose drei Korrekturen hinzufügen: 1. Der ungarische Ministerpräsident vom 1903 bis 1905 und 1913 bis 1917, der am 31. Oktober 1918 ermordet wurde, hieß Graf István Tisza. 2. Kaiser Karl I. Habsburg, als ungarischer König IV. Károly, verstarb nicht im Schweizer Exil, sondern am 1. April 1922 im portugiesischen Exil in Funchal, auf der Insel Madeira. 3. Dem weißen Terror nach der Räterepublik 1919 ging ein ebenso grausamer dreimonatiger kommunistischer roter Terror voraus.

Dr. Ádám Sonnevend, Rostock

Wer noch an die EU glaubt, dem ist nicht mehr zu helfen

Zu: EU-Staaten tief in der Kreide (Nr. 41)

Zu Ihrem obengenannten Artikel noch folgendes: Professor Sinn und andere namhafte Wissenschaftler haben unermüdlich in der Vergangenheit versucht, die Leute darüber aufzuklären, auf welchem finanziellen Pulverfass wir leben. Er sprach dabei immer wieder von den Target-Salden. Kaum einer weiß, was das ist. Hier der Versuch einer Erklärung:

Ein deutsches Unternehmen liefert für 20 Millionen Euro Maschinen nach Italien. Die italienische Regierung gibt daraufhin via italienische Bank den Auftrag, den Betrag auf das EZB-Italien-Konto zu zahlen. Die Europäische Zentralbank weist dann die Bundesbank an, diese Summe an den deutschen Lieferanten zu überweisen. Da fließt dann das erste Mal richtiges Geld. Der deutsche Lieferant hat also sein Geld von der Bundesbank bekommen. Im EZB-System selber fließt aber kein echtes Geld, sondern es wird nur notiert, dass Deutschland eine Forderung an Italien hat. Das wird mit den EU-Mitgliedern standardmäßig praktiziert. Daraus ergibt sich bis heute ein Target-Saldo von 900 Milliarden Euro, den die Mitgliedsländer der EU Deutschland schulden.

Hinzu kommen die Verschuldungen der einzelnen Mitgliedsländer durch die hemmungslose Emission von Staatsanleihen, die auch wiederum von der EZB aufgekauft werden und mit hoher Wahrscheinlichkeit nie mehr zurückgezahlt werden können. Frankreich drängt Deutschland nicht umsonst in eine Transferunion, was nichts anderes bedeutet, als dass Deutschland für die Schulden der anderen haftet.

Hinzu kommt der Euro, der für viele der Eurostaaten viel zu hoch bewertet ist, und den Ländern, dadurch dass sie keine nationale Währung mehr haben, die abgewertet werden könnte, die Möglichkeit nimmt, auf dem Weltmarkt wettbewerbsmäßig zu operieren. Wer noch an die EU glaubt, dem ist nicht mehr zu helfen. Die Parlamentarier der EU sind ein Haufen hemmungsloser Millionäre, die inkompetent, verlogen, trickreich, verbrecherisch, heuchlerisch ihre Positionen ausnutzen, nur auf den eigenen persönlichen Vorteil bedacht. Die EZB und die EU gehören aufgelöst.

Alex Schnell, Steinau

Leserbriefe bitte an: *Preußische Allgemeine Zeitung*, Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Widukind

Zu: Plädoyer für die mutigen Sachsen (Nr. 38)

Zu den vielen geschichtlichen Beweisen für den Eigensinn und die Widerstandskraft der Sachsen eine kleine Korrektur: Vom tapferen Widukind wissen wir zwar weder Geburts- noch Todesjahr, aber ganz sicher, dass er sich 785 nach der Niederlage seiner Getreuen gegen Truppen Karls des Großen diesem unterwarf und Weihnachten in der Pfalz von Attigny an der Aisne taufen ließ. Er entging damit den schrecklichen Ermordungen von Gefangenen nach dem Sieg der Übermacht.

Peter L. Hahne, Kropp

Schinkels Plagiat

Zu: Weder neu noch eine Wache (Nr. 34)

Ihnen ist in Ihrem Artikel entgangen, dass nach neuesten Forschungen die Neue Wache, als Architekturentwürfe, vom jüdisch-preußischen Regierungsbauinspektor Salomo Sachs stammt. Schinkel adaptierte und schmückte die Pläne von Sachs einfach aus. Schon 1806 legte Salomo Sachs die preisgekrönten Architekturentwürfe vor, die durch den Napoleonischen Krieg verhindert wurden. Ihm blieb die große Anerkennung versagt, und Schinkel konnte, wie man heute sagt, mit einem Plagiat glänzen.

Ulrich Buhrow, Birkholz bei Bernau

Anzeige

Der Dexit – Deutschlands Ausstieg aus dem Euro:

Warum er nicht nur machbar, sondern notwendig ist!



Bisher wurden Bücher über den Euro geschrieben, die nachwiesen, warum er nicht funktionierte und nicht funktionieren kann: Geschichten, wie die Europa-Verträge gebrochen wurden, wie die EZB illegal Staaten finanzierte, wie die Einheitswährung mit immensen Summen gerettet werden musste, wie Deutschland den Zahlmeister spielte und wie die Sparer mittels Inflation und Nullzinsen schleichend enteignet werden. Alles eine notwendige Bilanz, die auch in diesem Buch gezogen wird.

Nur eine Frage wurde nie ernsthaft gestellt und diskutiert: Wenn es stimmt, dass der Euro mehr schadet als nutzt, ist es dann nicht besser, ihn abzuwickeln? Sollte Deutschland austreten? Und, wenn ja, wäre der Dexit überhaupt machbar? Wer wären die Gewinner? Wer die Verlierer?

Höchste Zeit, das Tabu zu brechen und die Debatte über den Dexit vorurteilsfrei und schonungslos zu führen.

In seinem neuen Buch widerlegt Bruno Bandulet die Legende vom Euro-Profiteur Deutschland. Er beschreibt das ominöse Target-System. Er schildert den schon weit fortgeschrittenen Marsch in die Transferunion und in die große europäische Umverteilung. Er rechnet ab mit Mario Draghi und Angela Merkel. Er erklärt, warum Deutschland Exportweltmeister ist und eurobedingt nichts davon hat. Und er begründet Punkt für Punkt, warum im Dexit der Ausweg aus der europäischen Sackgasse liegt.

Die bessere Alternative: die Neue Deutsche Mark (NDM)

»Bruno Bandulet ist ausgewiesener Kenner des Geldwesens, zumal des Euros. Sein Stil ist exzellent, leicht, flüssig, leserfreundlich. *Dexit* ist Pflichtlektüre für Bürger und Investoren, für alle, die mitreden wollen.« *Prof. Karl Albrecht Schachtschneider*

»Bruno Bandulet zeigt in seinem spannenden Euro-Krimi einen plausiblen Ausweg: den Austritt Deutschlands aus der EWU, möglicherweise über eine Parallelwährung.« *Prof. Thomas Mayer*

»Bruno Bandulets Überlegungen und Argumente für einen ›Dexit‹ sind eine große Bereicherung für alle, die konstruktiv darüber nachdenken wollen, wie es mit der Geldordnung in Europa weitergehen soll. Lassen Sie sich Bandulets neues Buch nicht entgehen.« *Prof. Thorsten Polleit*

»Wer Bandulets Buch liest, dem müssen die Augen aufgehen. Ja, so war es und so ist es. Wer wissen will, was in der Währungsunion los ist und warum sie von Krise zu Krise stolpert, muss Bandulets Buch lesen.« *Prof. Joachim Starbatty*



Bruno Bandulet: Dexit
geb. • 189 Seiten • Best.-Nr. 973 500 • 19.99 €

KOPP VERLAG
Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

Achtsamkeit statt Tiernummern

Circus Roncalli mit neuem Programm auf Tour – »Storyteller« als Klammer der Zirkusgeschichte

Wenn früher ein Zirkus in der Stadt war, dann war es eigentlich immer ähnlich: Trapeznummer, Zauberer, Clowns, Pferde und in der Pause der Aufbau des großen Käfigs für die Dressurnummer. Barum. Krone. Busch. Heute hingegen ist es ein großer Unterschied, in welches Zelt man geht.

Roncalli ist in 41 Jahren zur Marke gereift. Es gibt alle zwei Jahre ein neues Themenprogramm, daneben Varietés und Spezialveranstaltungen. Aufgebaut und organisiert von Bernhard Paul, der schon früh von seiner Idee infiziert war und der bewiesen hat, dass man sehr gut ohne die artifizielle Poesie André Hellers auskommt. Paul lebt seine eigene artifizielle Poesie.

Die besteht aus mehreren Zutaten. Erstens: Achtsamkeit – nicht so sehr im Weglassen von Plastik (auch das), sondern im Zulassen von Zwischentönen, Entschleunigung und Unsensationellem. Beispiele aus den letzten Programmen: Jonglage mit Heliumballons. Balance mit meterlangen Holzstäben, bei der man die Sekunden tropfen hört. Schattenspiele mit den Händen, während der Artist freihändig durch die Manege radelt. Die Faszination der Langsamkeit.

Zweitens: Ironie. Hier ist die Trapeznummer nicht bierernst, sondern der Rahmen für eine Clownerie, in der sich die Zirkuswelt selber auf die Schippe nimmt. „Der Clown lacht, weil er traurig ist“, heißt es. Vielleicht ist damit auch der Zustand der Artistik in unserer Zeit abgezirkelt, in der das kindliche Staunen nicht mehr so selbstverständlich ist, obwohl alle immer höher fliegen. Roncalli holt es zurück, das Lachen des Clowns gilt letztlich uns allen.

Drittens: Kitsch im positiven Sinne, besonders sichtbar in der „Corporate Identity“. Der Zirkus hat das immer gebraucht, früher den Kitsch der Sensationen, heute den des Liebenswürdigen. Von der Internetseite bis zu den Drehgriffen an den historischen Waggons zieht er sich durch. Der Medienmix im Zirkuszelt schwingt ihn noch höher auf, wenn die Beamer Ikonen projizieren: Eine virtuelle Pferdenummer. Der Gründer, lesend im Heißluftballon. Der Weißclown. Jedem auf den Bänken sagen diese Bilder etwas.

Das Interessante am Circus Roncalli ist aber nicht, in dieser Formelsprache erstarrt zu sein, sondern – im Gegenteil – erheblich zur Reform des Zirkus' beigetragen zu haben. Roncalli ist der Grund, warum viele heute überhaupt in einen Zirkus gehen. Gründer Bernhard Paul gehört zu denen, die dieses Konzept erst gegenwartstauglich gemacht haben.



Elefantennummer der anderen Art: Die Tiere gibt es bei Roncalli nur aus Stoff Bild: Roncalli

Vor allem wohl durch den Verzicht auf Tiernummern. Was früher die Leute anzog und deshalb an Attraktivität immer weiter gesteigert werden musste, ist mittlerweile Vergangenheit. Das Vorführen von Kunststücken durch Tiere wirkt problematisch, es wird vom Publikum hinterfragt, und was früher von anderen als Vermenschlichung von Bären, Affen und Elefanten vorgeführt wurde, wird heute zu Recht vom Schweigen der Geschichte umhüllt. Nicht einmal mehr Ponys laufen durch die Manege, es gab nur noch zwei oder drei blecherne Hündchen zu erblicken. Dafür ist die Riege attraktiver Artistinnen deutlich besser repräsentiert. Eine gute Entscheidung.

Wenn es also keine Tiere gibt und nicht immer die bombastischsten Sensationen, was ist es dann, woraus Paul seine dargebotenen Geschichten komponiert? Vor allem das Staunenswerte. Nehmen wir den Magier Mike Chao. Der stellt sich bescheiden an den Rand des Manegenrunds und während klassische Klaviermusik über den Besuchern niedertröpfelt, geschieht etwas in seinen Händen: Karten und Bällchen vermehren und verwandeln sich, hier tauchen sie auf, dort verschwinden sie, er bläst sie als Glitter in die Luft und blickt dabei mit leicht wehmütigem Ausdruck drein, als wüsste er selber nicht, was da vor sich geht. Diese Beiläufigkeit verzaubert das Publikum.

Ein krasser Gegenpol ist Robert Wicke, der buchstäblich mit nichts als sich selbst das Zelt vor Rhythmus kochen lässt. Wehe dem, der von ihm in die Manege geholt wird. Der gerät dort für die Ewigkeit von zehn Minuten zum Helden, der den brandenden Applaus auf seiner Seite weiß. Eine absolute Publikumsbombe ist – neben dem schon lange bekannten Roncalli-Stammclown Anatoli – das Ausnahmetalent Marco Antonio Vega alias Christirrin aus Mexico Stadt, das nicht nur zahllose Talente in sich vereint, sondern in seiner Wandlungsfähigkeit und absoluten Selbstironie eigentlich der Super-GAU für jedes Zirkusprogramm sein müsste. Wenn – ja, wenn dieser Kerl, der sich gibt wie ein Knallfrosch auf Crack, nicht zugleich ein absoluter Profi wäre.

Trotzdem sind es nicht allein Talent und Können der Artisten, welche die Besucher verzaubern. Es sind die „Stories“, die hier erzählt werden. Wer vor ein paar Jahren den Entschleunigungskünstler Baldrian mit seiner launischen Luftschlange Gisela erlebt hat oder wer jetzt Paolo Carillon oder das Duo Vic & Fabrini sieht, der wird ganz eingenommen von einer Geschichte. Das kann die melancholische Poesie am Boden sein, es geht aber auch ein paar Meter höher, wenn etwa Paul-Tochter Vivien allein (2016) oder als Hälfte der „Queens of Baroque“ staubumglittert akrobatische Bilder von grenzenloser Schönheit in die Zirkuskuppel stellt.

Brauchen wir dabei Adrenalin? Hochseilartistik ohne Netz, Lebensgefahr für hoffnungsvolle Künstler, die Tag für Tag unter Hochdruck arbeiten? Brauchen wir nicht. Wir sehen, dass der Artist Haitao Kong, der bis 16 Meter hoch auf Stühlen balanciert, dabei angekabelt ist. Das trägt zur Entspannung bei und damit zum Genuß. Spektakulär ist das alles trotzdem, wie beispielsweise die Cedeños Brothers in einer unglaublichen Sprungnummer (ohne Kabel) zeigen.

Roncalli, das ist eine Art fairer Deal. Fair, weil nicht wie bei den anderen die Hälfte der Karten zum Superpreis verschenkt werden muss, damit überhaupt noch jemand kommt. Dieser Zirkus kostet Geld, wenn man reingeht, aber davor kostete er seinen Betreiber auch schon viel. Und man bekommt viel zurück: „Komm her und wir zeigen Dir, was alles sehenswert ist“, sagt der Zirkus. Alles, was das Publikum tun muss, ist, sich einen Abend lang darauf einzulassen. Wer von dem, was er zu sehen bekommt, nicht hingerissen ist, dem ist nicht zu helfen. *Alexander Glück*

Nach Wien stehen Graz (bis 11. November), Linz (bis 9. Dezember) und Berlin auf dem Tourneeprogramm.

Bücher, die jeder kennt

Ein eigenes Museum für den in Leipzig gegründeten Reclam-Verlag

Klein und unprätentiös wie sein Hauptgegenstand, die preiswerten und schlicht ausgestatteten Büchlein, so stellt sich auch das neue Leipziger Reclam-Museum auf den ersten Blick dar. Auf den zweiten Blick überzeugt es, ebenso wie Titel des Verlages, durch Inhalte. Blickfänge sind zunächst die monströsen Regale, etwa mit über 5000 vor 1945 gedruckten Bändchen oder mit einem Querschnitt aus der Nachkriegsproduktion. Diese Bücher sollen allerdings nicht nur von außen bestaunt werden, handelt es sich doch nicht nur um ein Museum, sondern zugleich um eine Präsenzbibliothek.

Die Produkte des Reclam-Verlages dürften keinem Schüler unvertraut sein, allen voran diejenigen Bücher, welche seit 1970 ein knallgelber Umschlag schmückt. Mit Anstreichungen durchgearbeitet oder entnervt mit eigenen „Illustrationen“ versehen, so kennt sie jeder. Von solcher „Lesergestaltung“ sind Kostproben im Museum zu bewundern. Überhaupt ist die Ausstellung ein Beispiel dafür, wie Geschichte, in diesem Fall die Geschichte eines deutschen Traditionsverlags, anschaulich und zugleich unterhaltsam präsentiert werden kann.

Gegründet wurde der Verlag vor 190 Jahren, am 1. Oktober 1828, durch Anton Philipp Reclam in Leipzig. Reclams Großvater, Jean François, war Hofjuwelier Friedrichs des Großen und führte als Nachfahre hugenottischer Einwanderer ursprünglich noch den Namen Reclam.

Der große Wurf des Verlegers Reclam wurde die bis heute bestehende „Universalbibliothek“. Ab 1867 war es möglich, Autoren, die mehr als 30 Jahre zuvor verstorben waren, als „gemeinfrei“, das heißt ohne Kosten für Rechte oder Ähnliches, zu drucken. Dies betraf eine Reihe von Klassikern. Reclam machte davon reichlich Gebrauch.



Foto: pa

Geld rein, Nummer wählen, am Ring ziehen: Zwischen 1912 und 1917 wurden rund 2000 Automaten aufgestellt

Als erste Bände der schnell anwachsenden Reihe erschienen die beiden Teile von Goethes „Faust“. Reclam produzierte für den kleinen Geldbeutel. Allerdings gab es, wie man im Museum erfährt, auch anspruchsvoller gestaltete Ausgaben. Der Verlag war bekannt und konnte damit werben, „keine Reklame“ zu benötigen – damit hatte er gleich noch einmal auf sich aufmerksam gemacht. Die Popularität führte auch dazu, dass das Reclam-Format in angespannten Zeiten von anderen gern als „Tarnschrift“ verwendet wurde. Unerwünschte Inhalte erhielten den Umschlag eines gewöhnlichen Reclam-Titels, um keinen Verdacht zu erregen. Übrigens hat nur ein Reclam-Familienmitglied ein im Verlag gedrucktes Büchlein verfasst – der Bruder des Verlagsgründers, der Arzt Carl-Heinrich Reclam, brachte hier 1878 seinen „Gesundheitsschlüssel“ heraus.

Das Museum, in dem ein Reclam-Bücherautomat nicht fehlen darf, macht auch mit dem Schicksal des Verlages im geteilten Deutschland vertraut. Er existierte in Stuttgart und Leipzig, hohe literarische Ansprüche wurden auch in der DDR gepflegt. Seit 2006 ist „Reclam“ an seinem Gründungsort nicht mehr präsent. Umso wichtiger ist das Leipziger Museum, welches ausschließlich aus Teilen der privaten Sammlung des Germanisten Hans-Jochen Marquardt besteht. Dass es am Eröffnungstag heillos überfüllt war, ist sicher kein schlechtes Zeichen. *Erik Lommatzsch*

Reclam-Museum, Kreuzstraße 12, 04103 Leipzig, Telefon (0345) 5821726 (außerhalb der Öffnungszeiten), Mobiltelefon: (01578) 1913287 (während der Öffnungszeiten), E-Mail: kontakt@literarisches-museum.de, Öffnungszeiten: dienstags und donnerstags 15 bis 18 Uhr (außer an gesetzlichen Feiertagen und zwischen Weihnachten und Neujahr) sowie nach Vereinbarung.

Teurer als Silber

Vanille ist nicht nur ein beliebter, sondern auch ein rarer Stoff

Vanille ist ein sehr beliebtes Gewürz. Besonders in Joghurt, Eis und Backwaren sorgt es für eine Geschmacksrichtung, die reißenden Absatz garantiert. Gewonnen wird Vanille aus den Kapselfrüchten verschiedener Orchideen-Gattungen, die in Mexiko und Mittelamerika sowie einigen Inseln im Indischen Ozean zuhause sind. Weltweit größtes Vanille-Anbaugebiet und damit wichtigster Lieferant ist Madagaskar.

Die Insel kann mit ihrer recht überschaubaren Größe naturgemäß nicht die gesamte Welt mit Vanille beliefern, was den Preis grundsätzlich hochhält. Dass der Vanille, die frisch gepflückt so gut wie keinen Geschmack hat und ihre Aromen erst durch Wärme und Fermentationsprozesse freisetzt, heilende und aphrodisierende Wirkung zugeschrieben wird, treibt die Nachfrage zusätzlich in die Höhe.

Findige Entwickler haben schon früh ein künstliches Vanille-Aroma entwickelt, das in beliebig großen Mengen hergestellt werden kann. Der Preis liegt bei etwa fünf Prozent des Preises für echte Vanille und ist damit für zahlreiche Hersteller attraktiv. Doch wer synthetische Vanille verwendet, darf sein Produkt nicht mit dem Aufdruck „Natürliche Aromen“ kennzeichnen. Diese Auszeichnung wertet ein Produkt jedoch auf und rechtfertigt es, dem Verbraucher einen höheren Preis abzuverlangen. Die Konsequenz: Viele Hersteller legen Wert darauf, ihr Produkt mit dem Etikett „natürliche Vanille“ schmücken zu dürfen. Um trotzdem den Preis für echte Vanille zu vermeiden, der aktuell regelrecht durch die Decke geht, sind die Produzenten auf die Idee verfallen, andere Produkte natürlichen Ursprungs heranzuziehen, um durch Einwirkung von Wärme, den Zusatz von Enzymen, Fermentierungsprozesse und andere biotechnologisch heute zur Routine zählende Verarbeitungsprozesse ein Aroma zu erzeugen, das dem von Vanille ähnlich ist. Die Verwendung natürlicher Basisstoffe erlaubt es den Produzenten, ihre Ware entsprechend mit dem begehrten Aufdruck „Natürliche Aromen“ zu deklarieren. Biotechnologisch ist die Wissenschaft weit fortgeschritten. Da wundert es nicht, dass Vanillearomen auf Basis von höchst fragwürdigen Ausgangsstoffen wie Fichtenholz, Curcumin und Hefepilzen gewonnen werden. Asiatische Wissenschaftler scheinen bei der Gewinnung von natürlichen Aromen, die an Vanille erinnern und von anderen „natürlichen“ Ausgangsstoffen gewonnen werden können, besonders fantasievoll zu sein. Sie haben entsprechende Stoffe auf Basis von mit Enzymen versetzten Darmbakterien und Glycerin sowie aus Exkrementen von Rindern entwickelt.

Aktuell sind die Vanillepreise auf schwindelerregende Höhen von 500 bis 600 US-Dollar je Kilogramm geklettert. Damit ist Vanille wertvoller und teurer als Silber, das derzeit rund 460 US-Dollar je Kilogramm kostet. Eine Entwicklung, welche die Produzenten dazu treibt, weiter preiswerte Quellen für „natürliche Aromen“ einzusetzen. Wer Bourbon-Vanille für sein Weihnachtsgebäck oder den Sonntagskuchen verwendet, kann sich aber sicher sein, dass keine Basisstoffe verwendet werden, die er nicht zu sich nehmen möchte. Bourbon-Vanille darf nur die Vanille genannt werden, die auf Madagskar, Reunion oder den Komoren geerntet wird.



Weltweit heiß begehrt: Erntefrische Vanille Bild: Colourbox

Stephanie Sieckmann

Kritische Analyse über 50 Jahre Umerziehung

Anlässlich der 50 Jahre zurückliegenden Studentenrevolte von 1968 rückt 2018 das übernationale Phänomen „68“ in den medialen Fokus. Im Reigen des öffentlichen Gedenkens dominiert das vorherrschende Deutungsmuster, gemäß dem mit den Kampagnen der Studenten eine längst überfällige Liberalisierung der Bundesrepublik ausgelöst worden sei. Die Standardmeinung lautet, dass sich unsere Zivilgesellschaft ohne diese Impulse nicht entwickelt hätte und man den Akteuren schon deshalb Respekt schulde.

Ein Buchautor wie Josef Kraus (geb. 1949), der sich überaus kritisch mit dem Erbe von „68“ auseinandersetzt und selbst das Attribut „ambivalent“ zu milde findet, kommt daher mit seiner Streitschrift „50 Jahre Umerziehung. Die 68er und ihre Hinterlassenschaften“ bei den Kritikern der Massenmedien nicht zum Zuge. Allenfalls wird die messerscharfe Analyse des Publizisten, Diplom-Psychologen und Bildungsexperten in diesen Medien mit einem Fragezeichen hinter dem Haupttitel als einsamer Kontrapunkt zur Diskussion gestellt, beleuchtet sie doch die Merkmale und das Werden unserer gelenkten Demokratie – Kraus liebäugelt sogar mit dem Schlagwort „Demokratur“.

Der Autor war viele Jahre ehrenamtlicher Präsident des Deutschen Lehrerverbands und ist auch Verfasser von Bestsellern wie „Helikopter-Eltern“ und „Der Pisa-Schwindel“. 2018 wurde er mit dem Sprachpreis der Henning-Kaufmann-Stiftung ausgezeichnet. Eine sprachliche Glanzleistung ist auch sein leserfreundlich geschriebenes, gleichwohl entlang wissenschaftlichen Kriterien argumentierendes Buch.

Kraus hat das Konglomerat der „ideologischen und realen Hinterlassenschaften“ der 68er und ihrer Epigonen in Gesellschaft, Politik und Kirche aufgedröselt. Getragen von einer links orientierten Meinungsindustrie haben sich über den Marsch durch die Institutionen Gefälligkeitssysteme herausgebildet, lautet sein Befund.

Entmündigung durch Selbstzensur

So präsentieren sich heute Politiker, Kirchenleute und Massenmedien in merkwürdigem Gleichklang. Bei der „Normierung, Kanonisierung und Monopolisierung der Moral“, sprich der „Political Correctness“, wirke die Bertelsmann-Methode des „nudge“ (deutsch: Anstoßen, Anstupsen). Damit werde die Umerziehung des Individuums am Laufen gehalten mit dem Ziel und Zweck der Entmündigung durch Selbstzensur. Ob es sich dabei um einen deutschen Sonderweg handelt, sei allerdings dahin gestellt. In der Asylkrise offenbarte sich dann die Kehrseite der „Humanität“ des Meinungskartells aus Politikern und Journalisten. Zum Vorschein kam die Bereitschaft zu einer beinharten Bekämpfung Andersdenkender. Seither werden Meinungsdissidenten noch stärker ausgegrenzt und öffentlich beschimpft.

Ausführlich behandelt der Autor die Ursachen für die stetig gesunkenen Schulleistungen. Diese seien traurige Folge des pädagogischen Egalisierungs- und Machbarkeitswahns linker Ideologen. Auf eine Abwehrhaltung dürften vielerorts auch seine Leitgedanken zur ambivalenten Haltung der Linken zum Islam stoßen.

Allgemein wird die gesellschaftliche Evolution seit 1968 als linke Bewegung definiert. Ansatzweise diskutiert Kraus die Frage, inwiefern die Begrifflichkeiten „rechts“ und „links“ noch wie bisher anwendbar seien, da doch die „Political Correctness“ auch Politikern lieb und teuer sei, die mitnichten „linke“ Positionen vertreten. Entgrenzung, ein wesentliches Merkmal von „68“, sei eigentlich ein genuin linkes Prinzip, betont er. Auch im Hinblick auf die neue territoriale Entgrenzung, die von Spitzenmanagern freudig begrüßt wird, hat die alte Rechts-Links-Achse wohl ausgedient. Und aus der Entgrenzung zwischen Privatem und Öffentlichem schlagen die Tech-Konzerne bekanntlich milliardenschwere Vorteile. Darauf wird im Kapitel „Linke und ‚Kapitalisten‘ Hand in Hand“ ein Blick geworfen. Der Kapitalismus, urteilt Kraus, entwurzele Menschen, indem er auf dasjenige setze, was der Familie schade, nämlich auf Ungebundenheit und Gewinnmaximierung. Sein Resümee lautet, dass die fragwürdige Bilanz der 68er und ihrer Vollender sich wesentlich dem Versagen des Bürgerlichen verdankt. Unbedingt lesenswert! *D. Jestrzemski*



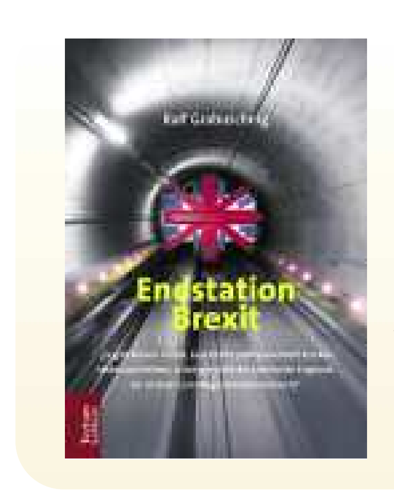
Josef Kraus: „50 Jahre Umerziehung. Die 68er und ihre Hinterlassenschaften. Sechste Ausgabe der Werkreihe TUMULT“, *Hg. von Frank Böckelmann, Manuskriptum Verlagsbuchhandlung, Lüdinghausen/Berlin 2018, broschiert, 189 Seiten, 19,90 Euro*

Arrogante Volkspädagogik

Natürlich muss Geschichtsschreibung nicht langweilig oder altbacken daherkommen. Mit schnoddrig-arroganter Volkspädagogik ist dem Leser aber ebensowenig gedient. Doch genau die findet sich in „Endstation Brexit“ aus der Feder des Junghistorikers Ralf Grabuschnig, der derzeit am Münchner Institut für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas arbeitet.

Dabei wirkt die Grundidee des Autors durchaus originell: Man könne doch ruhig einmal auf humorvolle Weise zeigen, wie es den Herrschenden auf der britischen Insel von der Keltenzeit bis heute gelungen sei, nichts aus der eigenen Geschichte zu lernen und einen kapitalen Fehler nach dem anderen zu machen. Die konkrete Ausführung spottet dann aber freilich jeder Beschreibung. So strotzt das Buch vor Vulgarismen und Zynismen: Heinrich VIII. sei „ein notgeiler Affe“ gewesen, Königin Victoria „die Zuchtkuh der Nation“ und die Buren, welche in den britischen Konzentrationslagern in Südafrika starben, seien „ein paar bekiffte Holländer“, denen kein Opferstatus zustehe, weil ihre Nachkommen ja später die Apart-heid eingeführt hätten.

Die letztere Aussage verrät, wes Geistes Kind der Autor ist: Er vertritt ein dezidiert linkes Weltbild, das sich auch in allerlei irrelevanten Seitenhieben gegen den US-Präsidenten Donald Trump sowie obskuren Verweisen auf angebliche historische Parallelen äußert. Beispielsweise werden die heutigen friedlichen Proteste gegen illegale Immigration auf eine Stufe mit den blutigen Abwehrkämpfen der Ur-Briten gegen marodierende Wikinger gestellt. Der Gipfel ist freilich die geschmacklose Aussage über den an Hämophilie leidenden russischen Zarensohn Alexej, der im Alter von 13 Jahren von den Bolschewiki massakriert wurde: „Möglicherweise ist so ein Kopfschuss für einen Bluter gleich doppelt unangenehm.“ *Wolfgang Kaufmann*



Ralf Grabuschnig: „Endstation Brexit“, *Tectum Verlag, Baden-Baden 2018, broschiert, 199 Seiten, 18,95 Euro*

Von nervigen Eltern

Statt ihre Kinder zur Selbstständigkeit zu erziehen und sie den Weg zur Schule allein zurücklegen zu lassen, kutschieren besorgte Eltern ihren Nachwuchs – nicht selten im sperrigen Geländewagen – bis direkt vor die Schultür und das, ohne Rücksicht auf andere zu nehmen. Das ist ein inzwischen alltägliches Bild.

Dass dieses Beispiel jedoch noch harmlos ist, schildern Lena Greiner und Carola Padtberg in ihrem Buch „Ich muss mit auf Klassenfahrt – meine Tochter kann sonst nicht schlafen!“. Was wie Satire anmutet, ist leider bittere Realität. Die Autorinnen lassen Erzieher, genervte Eltern und Lehrer zu Wort kommen, die unter den Macken der sogenannten Helikopter-Eltern leiden. Ein Lesegenuss, begleitet von Kopfschütteln. *MRK*



Lena Greiner /Carola Padtberg: „Ich muss mit auf Klassenfahrt – meine Tochter kann sonst nicht schlafen! Neue unglaubliche Geschichten über Helikopter-Eltern“, *Ullstein Verlag, Berlin 2018, broschiert, 219 Seiten, 10 Euro*

Eintritt frei ins Weltall

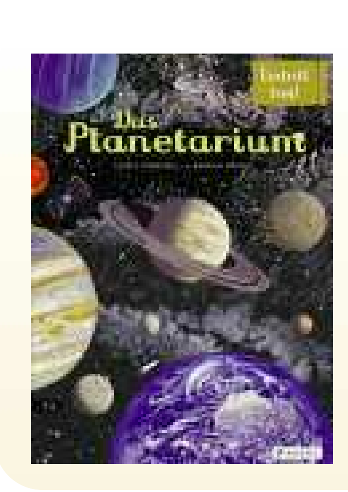
Ein Museum, das rund um die Uhr geöffnet ist, bietet das neue Buch „Das Planetarium“ von Chris Wormell und Raman K. Prinja. Die „Besucher“ erleben eine intergalaktische Reise durch das Sonnensystem, die Milchstraße und zu entlegensten Galaxien.

Prinja ist Astronom und Professor für Astrophysik am University College London. Unter seiner Anleitung und mit ausdrucksstarken Illustrationen von Chris Wormell bebildert, wird man nun durch sieben „Säle“ geführt. Im Saal eins geht es los mit einem Blick in den Weltraum. Hier erfährt man, was Licht und Strahlung eigentlich sind, welche Teleskope es gibt und wer sie erfunden hat. Ebenso lernt man etwas über moderne Sternwarten und Weltraumteleskope. Ohne diese Hilfsmittel wäre ein Blick ins All nicht möglich. Der zweite Saal befasst sich mit dem Sonnensystem. Zu jedem Planeten gibt es Informationen mit großer Abbildung. Auch Zwergplaneten, Kometen und Asteroiden werden erklärt. Im dritten Saal dreht sich alles um die Sonne. Sie ist ein Stern im Zentrum unseres Sonnensystems, der seit 4,6 Milliarden Jahren scheint. Irgendwann in ferner Zukunft wird auch der „Rote Riese“ sterben. Aus welchen Gründen und wie das aussehen könnte, ist in dieser Abteilung zu erfahren. Sternbilder der nördlichen und südlichen Hemisphäre lernt man im vierten Saal kennen unter der Überschrift „Der Nachthimmel“. Saal fünf widmet sich den Sternen. Welche Sterntypen gibt es, die Geburt eines Sterns sowie der Lebenszyklus von Sternen, wird verdeutlicht. Ein wenig unheimlich und geheimnisvoll geht es zu, wenn man sich mit sogenannten Schwarzen Löchern befasst. Worum handelt es sich dabei eigentlich und woher weiß man, dass es sie gibt?

Wer etwas über die Milchstraße und Galaxientypen erfahren möchte, begibt sich in den Saal sechs. Im Universum gibt es etwa zwei Billionen, sprich 2000 Milliarden Galaxien. Das ist eine so unvorstellbar große Zahl wie beinahe alles im Weltall riesig ist. Im Saal sieben kann man sich über das Universum insgesamt informieren. Es beginnt beim Urknall, geht über die Ausdehnung des Weltalls und ein mögliches Ende. Wissenschaftler berechnen Modelle, doch bleibt bisher fast alles ein großes Geheimnis.

So endet das Buch oder der Museumsbesuch mit dem Satz, dass wir bisher nur an der Oberfläche des Weltraums gekratzt hätten.

Ein sehr informativer Besuch im Weltraum für alle kleinen und großen Sternenforscher. *S. Friedrich*



Raman K. Prinja/ Chris Wormell: „Das Planetarium Eintritt frei!“, *Prestel Verlag, München 2018, gebunden, 25 Euro*

Umfangreiche Dissertation zur Geschichte in Bildern am Beispiel des Memellands

Kein Thema ist so abwegig, keine Ecke zu winzig oder abgelegen, als dass eine neugierige Wissenschaft sie nicht aufspürt und einer staunenden Öffentlichkeit mitteilt. Da hat sich die deutsch-litauische Historikerin Eva Pluharova-Grigiene in ihrer 2013 von der Universität Leipzig angenommenen Dissertation der Fotografieforschung verschrieben und als Thema das Memelgebiet in Fotografien und Abbildungen in den 100 Jahren seit 1889 gewählt. Herausgekommen ist eine deutsch-litauische Kulturgeschichte, die Trennendes und Gemeinsames zwischen beiden Völkern zeigt und die Einzigartigkeit von Menschen und Landschaft in diesem einst nordöstlichsten Vorposten Deutschlands in Erinnerung ruft.

Die Region hatte unterschiedliche Bezeichnungen: Memelgebiet, Memelland, nordöstliches Ostpreußen, Preußisch-Litauen oder Kleinlitauen – all das waren und sind bis heute gängige Bezeichnungen. Gemeint ist das Land beiderseits der Memel von der einst deutsch-russischen Grenze über Tilsit bis zur Stadt Memel an der Ostsee. Die Autorin hat in enormer Fleißarbeit seltene Quellen in litauischen Archiven, in Königsberg und in der Bundesrepublik durchgesehen und in einer Auswahl die unterschiedlichen nationalen Interessen an Hand der Fotografien deutlich gemacht.

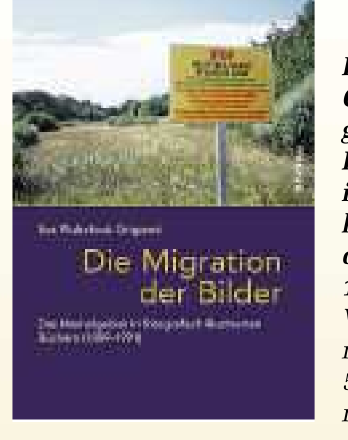
Kein Bild ohne Absicht, das gilt für die Malerei, aber auch für die Fotografie. Die Ergebnisse dieses Buches lassen sich, sehr vereinfacht, so zusammenfassen, dass sich das politische Interesse am Land stets auch im Bild spiegelte. Vor 1914 dominierte die deutsche Landschaftsfotografie, die die Schönheit der Landschaft hervorhob, vor allem die Kurische Nehrung, die „preußische Sandwüste“, und die litauische Bevölkerung wohlwollend, aber auch herablassend sah. In der Zwischenkriegszeit und besonders nach 1923, als der neue Staat Litauen den Landstrich okkupierte, dominierte auf beiden Seiten die Reklamierung der Region als deutsch beziehungsweise litauisch. Die NS-Zeit stilisierte Landschaft und Menschen zu Ikonen ihrer Blut-und-Boden-Ideologie.

Nach 1945 änderte sich das Bild in wahrsten Sinne des Wortes: Unter den Sowjets dominierte der sozialistische Aufbau, Fabriken, Werften und Arbeiter ersetzten Nehrung und Fluss. In der Bundesrepublik beschworen die Vertriebenen in der Landsmannschaft Ostpreußen in Publikationen mit traditionellen Bildmotiven die verlorene Heimat. Das Gleiche taten die vor allem in den USA und in Kanada lebende kleinlitauische Emigranten. Die Autorin beendet ihr umfangreiches Opus mit dem Jahr 1991, also dem Ende der Sowjetunion. Heute, so kann man annehmen, sind die nationalen Differenzen so gut wie verschwunden, die gemeinsame Arbeit von Deutschen und Litauern gilt der Bewahrung dieser Landschaft.

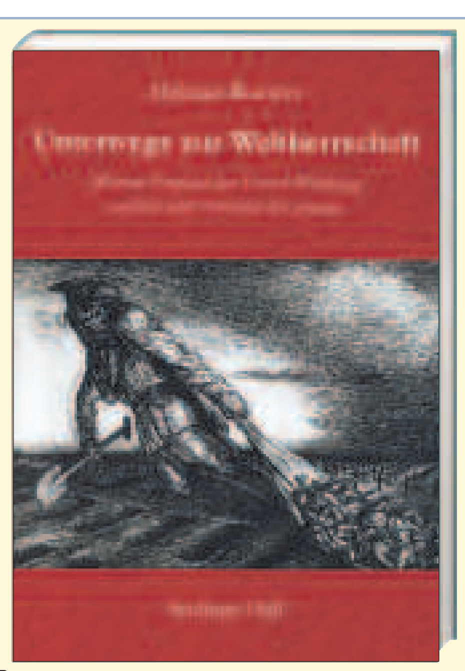
Wie Ostpreußen insgesamt, so ist auch dieser Landstrich eine Wehmutsregion der Deutschen. Die Autorin ist dieser Versuchung zum Glück nicht erlegen, sondern beschreibt nüchtern ihr ausgewertetes Material, das sie, für eine Dissertation wohl unumgänglich, einbettet in die wissenschaftstheoretischen Diskussionen ihrer Disziplin. Dem Buch sind 25 Farbtafeln und 235 Fotografien in Schwarz-Weiß beigegeben, angefangen von Bildern aus dem deutschen Kaiserreich über die 1920er und 1930er Jahre bis in die Zeit nach 1945. Das anfangs harte Sowjetregime lockerte sich ab den 1960er Jahren etwas, sodass auch die Fotografie über die platte Abbildung des sozialistischen Alltags hinauskam.

Es lag wohl am Bildmaterial, dass die Autorin den deutsch-litauischen Gegensatz so sehr herausstellte. Vielleicht hätte man auch den Aspekt der Gemeinsamkeit betonen können. Im Buch selbst wird mehrfach der aus der Region stammende Dichter Johannes Bobrowski erwähnt, der sich ja zeitlebens allen hier lebenden Menschen gleichermaßen verpflichtet sah. Zweitgutachterin dieser Dissertation war übrigens Ruth Leiserowitz, die in den vergangenen Jahren selbst mehrere sensible Bücher zum Thema Deutsche und Litauer vorgelegt hat.

Gleichwohl, eine bedeutende Arbeit. Das Buch ist wegen der vielen Bilder auf Hochglanzpapier gedruckt, was den Preis trotz Förderer zwangsläufig nach oben getrieben hat. Er steht wohl einer größeren Verbreitung im Wege, aber Bibliotheken und städtische Büchereien sollten sich dieses unglaublich schöne Stück Ostpreußen nicht entgehen lassen. *Dirk Klose*



Eva Pluharova-Grigiene: „Die Migration der Bilder. Das Memelgebiet in fotografisch illustrierten Büchern (1889–1991)“, *Böhlau Verlag, Köln Weimar Wien 2017, 500 Seiten, 60 Euro*



Helmut Roewer
Unterwegs zur Weltherrschaft
Warum England den Ersten Weltkrieg auslöste und Amerika ihn gewann
Im Sommer 1914 löste eine kleine Gruppe britischer Staatsbürger innerhalb von wenigen Tagen den Ersten Weltkrieg aus. Die Akteure waren Angehörige einer anglo-amerikanischen Geld- und Machtelite. Jahrelang hatten sie dieses Ereignis konsequent und heimlich vorbereitet. Ihr Ziel war es, die aufstrebende Wirtschaftsmacht Deutschland zu vernichten, die ihren globalen Phantasien im Wege stand. Das Deutsche Reich wehrte sich, bis es nach viereinhalb Jahren Kampf aufgeben musste. Dieses Buch schildert, was passierte. Der Autor: Helmut Roewer, geboren 1950, studierte Rechtswissenschaften, Volkswirtschaft und Geschichte. Nach dem zweiten juristischen Staatsexamen wurde er Rechtsanwalt und promovierte zum Dr. jur. über ein rechtsgeschichtliches Thema. Später arbeitete er als Beamter im Sicherheitsbereich des Bundesinnenministeriums in Bonn und Berlin, zuletzt als Ministerialrat. Von 1994 bis 2000 war er Präsident einer Verfassungsschutzbehörde. Heute lebt und arbeitet er als freiberuflicher Schriftsteller in Weimar und Skagen. 364 Seiten
Nr. P A1182 **Kartoniert** **24,95 €**



Helmut Roewer
Unterwegs zur Weltherrschaft
Band 2: Warum eine anglo-amerikanische Allianz Deutschland zum zweiten Mal angriff und die Rote Armee in Berlin einmarschierte
Der Streit, den die Sieger des Ersten Weltkriegs um die deutsche Beute untereinander nicht beilegen konnten, führte zum Monstrum des Diktats von Versailles. Deutschlands Ruin folgte auf dem Fuße, denn den meisten ehemaligen Feindstaaten ging es lediglich darum, Reparationszahlungen zu erpressen. Die Auseinandersetzungen der Sieger verschärften sich, als amerikanische Finanzfirmen ihre Kredite bei den ehemaligen Verbündeten eintrieben und mit ihren überschüssigen Dollars in Deutschland Geschäfte machen wollten. Mit der mutwillig erzeugten Weltwirtschaftskrise von 1929 verschoben sich die Fronten erneut, denn nunmehr wurden die Industrienationen auf das Niveau von Deutschland herabgedrückt. Als dieses sich nun wider Erwarten als erstes zu erholen schien, kamen die vom Jahrhundertbeginn bekannten Kriegsbefürworter unter den anglo-amerikanischen Eliten erneut zum Zuge. Sie führten ihre Länder konsequent in den Zweiten Weltkrieg. 398 Seiten
Nr. P A1183 **Kartoniert** **24,95 €**



Helmut Roewer
Unterwegs zur Weltherrschaft
Band 3: 1945 bis heute. Warum das US-Imperium so lange bei uns Erfolg hatte, jedoch bei der Umerziehung der Ostdeutschen scheiterte.
Das Buch ist der dritte Band der Trilogie. Es beginnt mit den im Zweiten Weltkrieg einsetzenden alliierten Planungen für ein besiegtes Deutschland und deren Umsetzung mit Hilfe der militärischen Variante des Morgenthau-Planes. Von dort geht der Weg durch den Kalten Krieg, den Rüstungswettlauf der Großmächte bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion. So wurde die deutsche Einheit möglich. Das Ende des kalten Krieges führte dann keineswegs in eine befriedete Welt, sondern in ungezählte Kriege. In diesen Kriegen der letzten drei Jahrzehnte musste die optimistisch, jedoch alsbald als illusionär zu erkennende amerikanische Annahme der Existenz einer alleinigen Weltmacht USA korrigiert werden. Infolge dieses Umdenkens entdeckten Weltmachtstrategen der USA Deutschland erneut als lästigen Konkurrenten, den es endgültig auszuschalten gilt. Dr. jur. Helmut Roewer war Ministerialrat und von 1994 bis 2000 Präsident einer Verfassungsschutzbehörde. 487 Seiten
Nr. P A1291 **Kartoniert** **24,95 €**



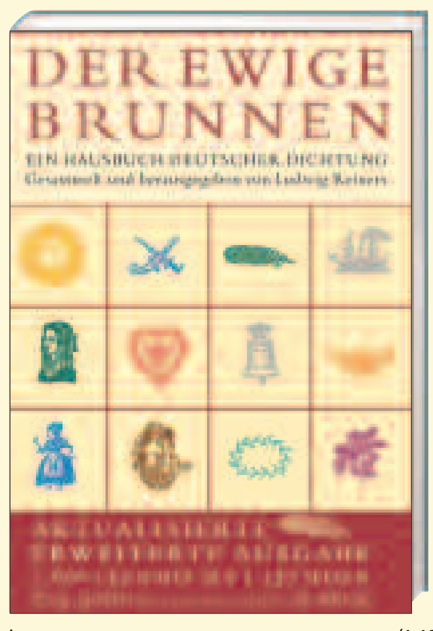
Freya Klier
Wir letzten Kinder Ostpreußens
Zeugen einer vergessenen Generation 448 Seiten/Kartoniert
Nr. P A0789 **16,00 €**

Sieben Kinder – sieben Schicksale. In ihrem bewegenden und aufwühlenden Buch zeichnet Freya Klier Flucht und Vertreibung von sieben Kindern aus Ostpreußen nach. Nach Jahrzehnten des Schweigens erhalten sie endlich die Gelegenheit, ihre Kindheitsgeschichte zu erzählen, beginnend mit dem Sommer 1944 bis hinein in unsere Gegenwart. Aus der Komposition der Stimmen erwächst ein so noch nie zu lesendes Panorama der letzten Kriegsmonate. Ein ergreifendes Zeugnis und Buch für eine ganze Generation – und deren Nachkommen! Freya Klier, geboren 1950 in Dresden, wurde 1968 wegen versuchter „Republikflucht" zu 16 Monaten Gefängnis verurteilt. Sie hat zahlreiche Preise und Ehrungen erhalten.



Johanna Ellsworth
Das Wiegenlied der Wolfskinder
Historischer Roman
276 Seiten/Kartoniert
Nr. P A1015 **14,95 €**

Winter 1944/45: Gemeinsam mit ihrer Mutter und Großmutter fliehen die Geschwister Gretel und Karlchen aus dem ostpreußischen Gerdauen vor den russischen Soldaten. Ihr Ziel ist Berlin, wo die Mutter Verwandte hat, doch erweist sich die Reise bald als Irrwanderung durch Ostpreußen, in der Zwangsarbeit, Hunger, Krankheit und Tod den Alltag bestimmen. Als die Lebensmittelrationen nach Kriegsende immer knapper werden, wird die achtjährige Gretel nach Litauen geschickt, um Gegenstände gegen Essen einzutauschen. Nach dem Tod der Mutter auf sich allein gestellt, verschlägt es die Geschwister zu einem litauischen Bauern, wo sie durch Zufall getrennt werden. Der historische Roman, basierend auf den Lebenserfahrungen von Zeitzeugen, ist Erlebnisbericht und spannungsreiche Fiktion zugleich und beleuchtet authentisch das (Über-)Leben deutscher Flüchtlingskinder nach dem Zweiten Weltkrieg.



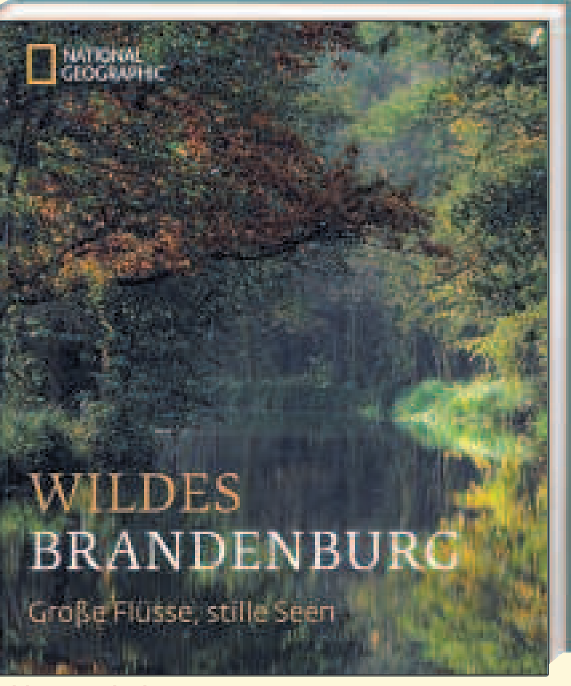
Ludwig Reiners (1.136 Seiten)
Der ewige Brunnen
Ein Hausbuch Deutscher Dichtung
Der ewige Brunnen ist die berühmteste Sammlung deutscher Gedichte. Auf über 1.100 Seiten sind mehr als 1.600 Gedichte aus acht Jahrhunderten zusammengestellt. Die Ausgabe wurde von Albert von Schirnding überarbeitet und durch Gedichte aus den letzten fünfzig Jahren erweitert. So ist dieses „Hausbuch deutscher Dichtung" jetzt aktualisiert und auf den neuesten Stand gebracht. Mit seiner Gedichtsammlung „Der ewige Brunnen" – Ein Hausbuch deutscher Dichtung hat Ludwig Reiners vor über fünfzig Jahren ein Werk zusammengestellt, das inzwischen selbst zum Klassiker geworden ist. Für Millionen Leserinnen und Leser wurde dieses Buch zum Ort der Begegnung mit der deutschen Dichtkunst. Es ist ein schier unerschöpfliches Lesebuch und für viele ein Erbauungsbuch. Für jeden Geschmack, für alle Altersstufen ist etwas darin vorhanden. Es finden sich die zum literarischen Kanon zählenden Gedichte ebenso wie unbekanntere und heute fast vergessene. In den Gedichten spiegeln sich die Lebenserfahrungen aus acht Jahrhunderten.
Nr. P A0950 **Gebunden** **19,95 €**



Loki Schmidt
Die Blumen des Jahres
Loki Schmidt liebte Blumen über alles. So wählte sie Jahr für Jahr eine Blume des Jahres, stellte sie ausführlich und kenntnisreich vor und lenkte damit den Blick der Öffentlichkeit auch auf seltene und gefährdete Pflanzen. Dieses liebevoll ausgestattete Buch, mit Zeichnungen von Loki Schmidt und vielen Farbfotos, präsentiert alle Blumen des Jahres seit 1980 und ist eine Fundgrube für jeden Naturfreund. 232 Seiten
Nr. P A0956 **Gebunden** **22,00 €**



Bernsteinkette mit Lederband
Dekoratives Bernsteincollier mit geschliffenem, verschiedenfarbigem Bernstein, aufgelockert durch echtsilberne Schmuckelemente. (Länge ca. 45 cm)
Nr. P A1177 **89,90 €**



Wildes Brandenburg
Große Flüsse, stille Seen
Brandenburg ist mit mehr als 3000 Seen eine der wasserreichsten Landschaften Europas. Große Flüsse, stille Seen – das dünn besiedelte Brandenburg wird gern „märkische Sandbüchse" genannt, ist aber auch mit seinen zahllosen Bächen und Kanälen das wasserreichste Bundesland. Im Osten wird es von der Oder begrenzt, an deren Unterlauf sich ein Nationalpark mit seinen malerischen Auenwäldern erstreckt. Daran schließt sich eine wellige Landschaft mit flachen Seen und breiten Urstromtälern an – Spuren der letzten Eiszeit. Berühmt ist der Spreewald mit seinem Labyrinth aus Wasserläufen, an deren Ufern man mit etwas Glück die scheuen Fischotter beobachten kann. Brandenburgs Westen birgt mit dem Biosphärenreservat Flusslandschaft Elbe und dem Naturpark Westhavelland ausgedehnte Feuchtgebiete, die ein Paradies für Schwäne, Kraniche und Störche sind. Der farbenprächtige Bildband hat einen Umfang von 160 Seiten.
Nr. P A1316 **Gebunden** **12,99 €**



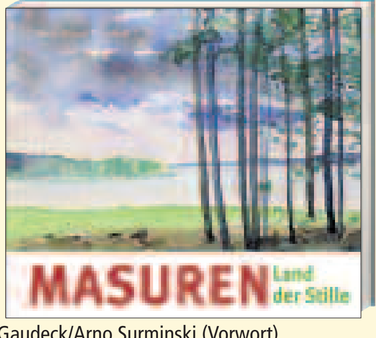
Norbert Rosing
Wildes Mecklenburg-Vorpommern
Bilder einzigartiger Naturschätze
Strände, Seen und wilde Wälder, weiße Kliffs und endlose Felder – kein deutsches Bundesland ist so dünn besiedelt wie Mecklenburg-Vorpommern, allein drei der 14 deutschen Nationalparks liegen hier. Naturfotograf Norbert Rosing („Wildes Deutschland") zeigt uns die schönsten Seiten dieser Region: die Vorpommersche Boddenlandschaft mit ihren Dünen und schneeweißen Stränden, die klaren Seen der Müritz, die weltberühmten Kreidefelsen auf Rügen mit dem imposanten Königsstuhl, aber auch versteckte Kleinode: seltene Orchideen, bunte Wiesen, verwunschene Heide, nicht zu vergessen die 1000-jährigen Eichen von Ivenack. Über all den unzerschnittenen Landschaften spannt sich der weite Himmel, an dem See- und Fischadler kreisen und im Herbst Tausende von Kranichen entlangziehen. Der farbenprächtige Bildband hat einen Umfang von 160 Seiten.
Nr. P A1317 **Gebunden** **12,99 €**



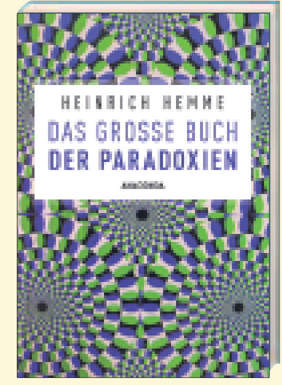
Maria Sibylla Merian
Klappkarten
Die liebevollen und detailgetreuen Naturmotive der Naturforscherin und Künstlerin Maria Sibylla Merian sind weltweit bekannt. Ihr Todestag jährt sich in diesem Jahr zum 300. Mal. Schon mit 11 Jahren war Maria Sibylla Merian in der Lage, Kupferstiche herzustellen; bald übertraf sie in dieser Technik ihren Lehrer und entwickelte einen persönlichen Malstil. Ihre Blumenbilder ergänzte sie nach dem Vorbild der Utrechter Malerschule mit kleinen Schmetterlingen und Käfern. In diesem Set finden Sie ihre schönsten Kunstwerke zusammen mit poetischen und ermutigenden Zitaten berühmter Persönlichkeiten. 8 Klappkarten sind in der Schachtel enthalten.
Nr. P A1124 **Klappkarten** **7,95 €**



Leselupe mit Licht
(ohne Batterie)
Hauptlinse mit 2-facher u. kleine Linse mit 6-facher Vergrößerung
Nr. P A0445 **11,95 €**



Hans-Jürgen Gaudeck/Arno Surminski (Vorwort)
Masuren - Land der Stille
Der Maler Hans-Jürgen Gaudeck begab sich mit Büchern masurischer Autoren im Gepäck auf die Reise. Auf den Spuren von Ernst Wiechert und Arno Holz, von Fritz Skowronnek und Arno Surminski, der das Vorwort zu diesem Buch schrieb, erkundete er Land und Leute und verfasste mit Pinsel und Farben eine Liebeserklärung an Masuren, dessen Zauber ungebrochen ist. 96 Seiten
Nr. P A1057 **Gebunden** **16,95 €**



Heinrich Hemme
Das große Buch der Paradoxien
288 Seiten
Kartoniert
Nr. P A1246 **9,95 €**

Ein reich illustriertes Buch über die wundersame Welt der Paradoxien, Spielereien und Absurditäten. Hier wird so lustvoll wie fachmännisch Ihr Verstand strapaziert und Ihre Wahrnehmung überlistet. Magische Quadrate, Teufelsgabel oder Möbiusband; ein vollbelegtes Hotel, in dem immer noch ein Zimmer frei ist; eine Schildkröte, die kein noch so schneller Läufer je überholt: Seit jeher haben Philosophen, Mathematiker und Künstler ihre Freude daran, die Logik verrücktspielen zu lassen. Sie beweisen Unmögliches und lassen die Welt Kopf stehen.



Kaffeebecher mit Wappenrand
Porzellanbecher mit dem Wappenrand der Wappen der Ostgebiete des Deutschen Reiches.
Nr. P A0785 **12,95 €**



Zinn-Relief-Elch-Wandteller
Der Zinn-Relief-Elch-Wandteller hat einen Durchmesser von 19,5 cm, hat einem Eichenholzrahmen und eine Aufhängevorrichtung.
Nr. P 5618 **Zinn-Relief-Elch-Wandteller** **42,00 €**

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name

Straße/Nr. Telefon

PLZ/Ort

Datum Unterschrift

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Streit um Beitrittsprozess

Berlin – Der Staatsminister im Auswärtigem Amt, Michael Roth (SPD), hat Forderungen widersprochen, den EU-Beitrittsprozess für die Türkei endgültig zu beenden. Die Tür solle zumindest formal offenbleiben, so Roth zum „Tagesspiegel“. Zuvor hatte der CSU-Europapolitiker Manfred Weber dafür plädiert, mit dem ergebnislos laufenden Beitrittsprozess Schluss zu machen. *H.H.*

Neue rassistische Medienmacher

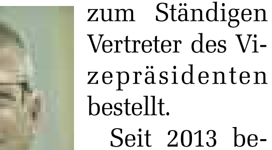
Berlin – Der Chef der „Bild“-Zeitung, Julian Reichelt, hat für Verärgerung beim linken Netzwerk „Neue Deutsche Medienmacher“ gesorgt. Das Netzwerk hat Reichelt mit dem Negativpreis „Goldene Kartoffel“ bedacht. Der Bedachte kam sogar zur Verleihung in Berlin, hielt den „Medienmachern“ jedoch vor, antideutschen Rassismus zu betreiben. „Kartoffel“ sei ein Schimpfwort gegen Deutsche. Reichelts „Dankesrede“ wurde von wütenden Zwischenrufen unterbrochen. *H.H.*

ZUR PERSON

Für immer die Nummer Zwei?

Ob er wohl bleiben darf? Das fragen sich die Mitarbeiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz und politische Beobachter. Die Rede ist von **Thomas Haldenwang**, der als bisheriger Stellvertreter den Posten des Verfassungsschutzchefs nach dem Abgang von Hans-Georg Maaßen interimsmäßig übernimmt. Dabei wäre er prädestiniert, die Mammutbehörde mit über 3000 Bediensteten zu leiten. Der Jurist, Jahrgang 1960, war von 1991 bis 2000 als Referent in der Dienstrechtsabteilung sowie als Personalreferent im Bundesinnenministerium tätig.

Im Jahr 2000 wechselte er als Referatsgruppenleiter in das Bundesverwaltungsamt, wo er für Fachaufgaben verschiedener Bundesministerien zuständig war. 2006 kehrte er in das Innenministerium zurück, leitete dort das Referat Laufbahnrecht und übernahm die Geschäftsführung des Bundespersonalausschusses. 2009 kam er zum Bundesamt für Verfassungsschutz. Bis Ende 2012 leitete er die Zentralabteilung und wurde zum Ständigen Vertreter des Vizepräsidenten bestellt.



Seit 2013 bekleidet er diese Funktion selbst. Bis zur endgültigen Entscheidung über die Nachfolge Maaßens ist Haldenwang mit der Funktion des Präsidenten betraut. Eine geradlinige Beamtenlaufbahn, skandalfrei und unauffällig. Eigentlich spricht alles dafür, Haldenweg die Leitung des Hauses dauerhaft anzuvertrauen. Doch er hat aus Sicht von Bundesinnenminister Horst Seehofer ein Manko: Er gilt als Vertrauter Maaßens und innerhalb des Bundesamtes als „graue Eminenz“. So ist es nicht unwahrscheinlich, dass Seehofer Haldenwang als Risiko für seine eigene Position einschätzt und sich für einen ihm bedingungslos ergebenen Kandidaten entscheidet. Dann bliebe Haldenwang trotz aller fachlichen Qualifikation für immer die Nummer Zwei. *J.H.*



Mist, aufgeflogen

Wie die Ösis Berlins Pläne durchkreuzen, warum Ausländer Rassisten sind, und wieso wir den Italienern eins überziehen müssen / Der satirische Wochenrückblick mit Hans Heckel

Das ist wirklich ärgerlich. Geplant war, den „Globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration“ still und heimlich unterm Radar der öffentlichen Aufmerksamkeit ins Ziel zu schmuggeln. Bloß keine Debatte! Die könnte ja Fragen aufwerfen, die man nur ausweichend beantworten kann, um die Katze im Sack zu behalten.

Nun liegt dieser gerissene Plan in Trümmern. Es waren, wen darf das noch wundern, mal wieder diese verschlagenen Österreicher. Die haben den Stöpsel gezogen und eine Flut unangenehmer Fragen in die deutsche Öffentlichkeit gespült.

Zuvor hatten sich zwar schon die USA und Australien von dem „Migrationspakt“ losgesagt, der am 10. Dezember im marokkanischen Marrakesch unterzeichnet werden soll. Es folgte Ungarn, und auch in Polen, Tschechien Dänemark, Kroatien, Slowenien und der Schweiz wachsen die Bedenken. Aber wer sind die schon? Alles Rechtspopulisten!

Österreich ist komplizierter – zwar auch irgendwie rechtspopulistisch, aber Sebastian Kurz, der Kanzler in Wien, gilt immer noch als Schwesterparteiler der deutschen CDU/CSU, was Ungarns Viktor Orbán höchstens der Form nach noch ist.

Erst als Kurz den Pakt absagte, wurde Berlin wirklich nervös. Dieser Tage wurde es sogar ersten CDU-Politikern zu heiß. CDU-Innenexperte Marian Wendt will, dass die Bundesregierung den Pakt nicht unterzeichnet. Er fordert stattdessen eine „sachliche Debatte“. Eine sachliche Debatte, mal ganz was Neues. Für diesen gewagten Vorstoß bringt er immerhin die beste aller Begründungen vor: Weil sonst die Rechtspopulisten den Ton in der Debatte vorgeben. Soll wohl heißen: Wenn die „Rechten“ die Angelegenheit nicht öffentlich gemacht hätten, würde man natürlich kein Wort darüber verlieren.

Das Außenamt unter Heiko Maas will gegen „Falschbehauptungen“ über den Pakt ins Feld ziehen. Eine solche Falschbehauptung sei, dass der Vertrag zu irgendwas verpflichte. Nun ja, pingelige Textauswerter haben den Text untersucht und 87 Mal die Wörter „verpflichten“ oder „Verpflichtung“ aufgestöbert. Was Heiko Maas noch lange nicht dazu verpflichtet, irgendwelche Verpflichtungen zuzugeben. Und im Grunde hat er sogar recht. Der UN-Migrationspakt ist mehr so eine Art Rutschbahn, auf der die Staaten Europas und Nordamerikas ganz langsam in die besagte Verpflichtung zur massenhaften Aufnahme von wem auch immer ganz langsam hineinschlittern sollen.

Was ist das große Ziel? Das hat der verstorbene frühere UN-Migrationsbeauftragte Peter Sutherland schon vor Jahren ausgeplaudert: Die nationalen Kulturen Europas sollen überwunden, also quasi ausgehöhlt und eingeebnet werden (die *PAZ* berichtete). Da das nicht alle gern hören, hat man die Schleichweg-Route mit dem Migrationspakt gewählt.

> Hoffen wir, dass auf Maaßen einer folgt, der mit politischen Abweichlern endlich aufräumt

Entscheidend wird sein, die „sachliche Debatte“ von kritischen Einwänden freizuhalten. Da sind wir auf einem guten Weg. Laut dem Gutachten des Staatsrechtlers Dietrich Murswiek für die AfD kann schon die Verwendung des Wortes „Überfremdung“ dazu führen, dass einem verfassungsfeindliche Bestrebungen untergejubelt werden. Seien Sie also bloß vorsichtig, was sie laut denken, wenn Sie auf dem Marsch durch Ihren Stadtteil selbst nach 300 Metern noch kein einziges deutsches Wort gehört haben.

Murswiek ist bewusst übervorsichtig. Könnte also durchaus passieren, dass „Überfremdung“ doch noch durchgeht. Wenn dem so ist, muss das aber nicht so bleiben. Verfassungsschutz-Chef Hans-Georg Maaßen ist ja nun endlich weg. Hoffen wir, dass jemand auf seinen Posten kommt, der die gebotene Strenge im Umgang mit abweichenden Einschätzungen der Lage aufbringt. Dann ist jedenfalls Schluss mit dem „Überfremdungs“-Gerede, dann gibt's nur noch Bereicherung, Buntheit und Vielfalt. Oder die ewige Verdammnis.

Es könnte alles ganz herrlich werden nach der endgültigen Austilgung der Falschdenker. Leider lassen unsere schlimmsten Feinde im Kampf gegen den allgegenwärtigen Rassismus einfach nicht locker. Wer diese Feinde sind, wissen wir ja: die Ausländer!

Ob Amis oder Ungarn, Polen oder Tschechen, Russen oder Italiener, Kroaten oder Dänen – wo's undeutsch zugeht, tanzen sie aus der Multikulti-Reihe. Wann sehen diese widerspenstigen Völkchen endlich ein, dass nur wir recht haben und sie uns gefälligst folgen müssen?

Von ihrem schändlichen Kurs lassen sie sich nicht einmal von den frommen Aktivitäten der weltumspannenden Nichtregierungsorganisationen zur Förderung der Massenwanderung abbringen. In Mittelamerika begleitet die Gruppierung „Pueblo sin Fronteras“ (PSF) recht eifrig die sogenannte „Karawane“ von Emigranten, die durch Mexiko Richtung USA unterwegs ist. PSF bestreitet mit Inbrunst, von Stiftungen des US-Milliardärs George Soros unterstützt zu werden.

Soros ist Unterstützer der Demokraten und es ist doch ein günstiger Zufall, dass die „Karawane“ pünktlich zu den US-Kongresswahlen in die Schlagzeilen ploppte. Das musste US-Präsident Trump und seine Republikaner wegen ihrer Grenzkontroll-Politik ja notwendigerweise wie Unmenschen aussehen lassen. Selbstverständlich wurden auch die US-Medien mit jenen Bildern armer Emigrantenkinder überschwemmt, welche wir Deutsche noch von 2015 kennen.

Doch irgendwas ist schiefgegangen. Viele Amis haben ganz anders reagiert als erhofft. Natürlich hatten sie Mitleid mit den Leuten da unten. Dennoch waren viel zu viele US-Bürger froh, dass sie Grenzkontrollen haben, deren Sinn ihnen angesichts des Massenzuges wieder sichtbar wurde.

So war das nicht gedacht, eine klassische propagandistische Fehlzündung. PSF ringt um den Eindruck, nur humanitär unterwegs zu sein und keinen politisch-ideologischen Stroßtrupp darzustellen, wie die Trumpisten behaupten. Der Name der PSF lautet ins Deutsche übersetzt indes „Volk ohne Grenzen“, was schon heftig auf Weltanschauung (nach dem Motto: Alle Grenzen abschaffen, „no borders, no nations“, „Kein Mensch ist illegal“ und so weiter) schließen lässt. Waren die armen Leute, die da auf Wanderung gegangen sind, angelocktes Kanonenfutter für eine politische Wahlkampf-Kampagne?

Pfui! Damit so etwas nicht einmal gedacht werden kann, muss der Kampf gegen „Hassreden“ noch sehr viel schärfer geführt werden. Nur, was nützt unsere deutsche Standfestigkeit, wenn die Ausländer da draußen immer frecher aus der Reihe tanzen?

So fangen die Italiener (ja, die schon wieder) an, ernsthaft Probleme zu machen. Die haben offenbar die Nase voll vom Euro-Diktat, sie wollen nicht einsehen, dass Massenarbeitslosigkeit, eine in weiten Teilen verwüstete Industrie und unerfüllbare Auflagen nur beweisen, wie sehr die einfachen Italiener von der Gemeinschaftswährung profitiert haben. Stattdessen wächst in ihnen der populistische Ungeist empor, dass eine eigene Währung, die man notfalls abwerten kann, sie flexibler machen würde im Wettbewerb auf dem Weltmarkt.

Aus Rom dringt nunmehr die düstere Kunde, dass sich das Land darauf vorbereite, eine Art nationale Zweitwährung neben den Euro zu stellen. Die würde logischerweise dem Zweck dienen, den schrittweisen Totalausstieg aus dem „Jahrhundertprojekt“ einzuleiten.

Da können wir nur hoffen, dass die Euro-Zone nach Ablauf des Ultimatums an Rom nächste Woche härteste Maßnahmen beschließt. Zum Glück haben wir mit Heiko Maas einen Außenminister, der schon als Justizminister gezeigt hat, dass er mit politischen Abweichlern keine Gnade kennt. Der sozialdemokratische Chefdiplomat der Bundesrepublik wird im Ringen mit Rom dafür sorgen, dass das Ansehen und die Beliebtheit Deutschlands völlig neue Höhen erklimmen.

MEINUNGEN

In seiner Abschiedsrede als Chef des Bundesverfassungsschutzes vor Geheimdienstchefs aus ganz Europa äußerte ***Hans-Georg Maaßen*** *am 18. Oktober in Warschau* ***schwere Vorwürfe gegen die Bundesregierung:***

„Ich habe bereits viel an deutscher Medienmanipulation und russischer Desinformation erlebt. Dass aber Politiker und Medien ‚Hetzjagden‘ frei erfinden oder zumindest ungeprüft diese Falschinformation verbreiten, war für mich eine neue Qualität von Falschberichterstattung in Deutschland. Ich hatte mich in der darauffolgenden Woche gegenüber der ‚Bild-Zeitung‘ in nur vier Sätzen dazu geäußert, indem ich klarstellte, dass es nach Erkenntnissen aller zuständigen Sicherheitsbehörden keine derartigen rechtsextremistischen ‚Hetzjagden‘ gab.“

„Sputniknews“ (1. November) zitiert den russischen Präsidenten ***Wladimir Putin****, der auf dem „Weltkonzil des russischen Volkes“ seine ganz eigene Sicht auf die* ***Masseneinwanderung*** *geäußert habe:*

„Wir sehen, welche Anstrengungen heute unternommen werden, um die Welt neu zu formatieren, die Werte der Zivilisation sowie die kulturellen und historischen Räume, die sich im Laufe von Jahrhunderten entwickelt haben, zu zerstören. Ziel ist es, alle Arten gesichtsloser Protektorate zu schaffen.“

Alexander Wallasch *sieht in* ***Friedrich Merz*** *vor allem den Vertreter einer* ***globalen Finanzelite****, der „nicht für Deutschland brennt“. In der „Achse des Guten (2. November) schreibt er:*

„Wer … glaubt, Friedrich Merz könnte irgendeine neue ‚Klarheit über den Markenkern der CDU‘ schaffen, der gibt dem reanimierten Politiker hier Vorschusslorbeeren mit auf den Weg, die noch schneller im Winde verweht sein werden als bei Martin Schulz, als der die SPD in einer kurzen Supernova über die 30-Prozent-Hürde blähte, bevor die Partei endgültig in sich zusammenfiel.“

Hans-Jürgen Papier*, ehemaliger Präsident des Bundesverfassungsgerichts, beklagt in der „Bild“-Zeitung (5. November)* ***staatlich tolerierten Rechtsbruch:***

„Was geltendes deutsches und europäisches Recht vorsieht, ist über Jahre nicht wirklich umgesetzt worden und wird noch immer nicht durchgesetzt. Wir müssen ja feststellen, dass wir noch immer in beträchtlichem Maße illegale Zuwanderung nach Deutschland zu verzeichnen haben … Noch immer wird in der EU einfach weitergereicht und fast jedem, der ohne Anspruch nach Deutschland will, ist das fast ungehindert auch möglich.“

In der „Basler Zeitung“ (3. November) betrachtet ***Markus Somm Merkels Bilanz:***

„Obwohl Deutschland blühte wie selten zuvor – nicht zuletzt dank einem künstlich unterbewerteten Euro –, nutzte Merkel diese günstige Lage kaum, um das Land von seiner Steuerlast, von seinen vielen, oft bizarren Regulierungen zu befreien oder anderen liberalen Anliegen zum Durchbruch zu verhelfen. Stattdessen baute sie den Staat aus, erhöhte die Renten, vertiefte die Bürokratie, verteuerte die Energie.“